E 2814

MENSCHEN MACHEN MEDIEN

Medienpolitische ver.di-Zeitschrift Nr. 4 / 07 Jahrgang 56

ver.di

PRESSE FREIHEIT

Der Blick richtet sich nach Osten

inhalt

titelthema pressefreiheit

8 **Europas Blick nach Osten**
Von Harald Gesterkamp
9 **Reporterdenkmal in Bayeux**
10 **Frühgeburt im Gefängnis**
Äthiopische Journalistin Serkalem Fasil unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert
11 **Cano-Preis als Schutz**
Dieter Offenhäußer, stellv. Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, zum Engagement für Pressefreiheit

aktuell

4 **Warnstreik bei CinemaxX in Göttingen**
4 **Hamburger Stadtportal nun in Springer-Hand**
4 **Ein Hörbuch über Mumia Abu Jamal**
4 **Wahlen VG Wort**
5 **Ende des Dialogs**
RTL beim größten Umbau der Senderkette
24 **Scheinpraktika im Visier**
Petitionsausschuss berät prekäre Situation junger Leute
24 **Buchrezension: Medienlandschaft Deutschland**
25 **Rhein-Zeitung: Kein BR für alle**
25 **Verbandsklage gegen Springer**

porträt

6 **Der Steuermann**
Werner Ach vom ZDF weiß um die Rolle der „Verbände im Verbund"

kolumne

7 **Blutige Spuren**
3. Mai Tag der Pressefreiheit – in vielen Ländern noch Utopie

ver.di aktuell

12 **Zeit und Geld gerecht verteilen**
Gewerkschafterinnen diskutierten über künftige Frauenpolitik
13 **Startschuss für mehr Jugendarbeit**
Ergebnisse einer geplatzten Bundesfachbereichsjugendkonferenz

medienpolitik

14 **Product Placement sehr eingeschränkt**
EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste bald unter Dach und Fach
16 **Lernen von den Briten**
Politische Vorgaben zum Schutz kleiner Filmproduktionsfirmen
17 **KEK: Mediale Vielfaltsicherung durch Sachverstand sicherstellen**

journalismus

18 **Zunehmende Kontrollen**
Künstlersozialversicherungsgesetz geändert: Rückzahlungen und Ausschlüsse möglich
19 **Zähes Ringen**
Erhalt des aussagekräftigen Presseausweises eingefordert

print

20 **Puppen tanzen an der langen Leine**
Madsack-Konzern unter Holding-Dach in einzelne Teile zergliedert

Vorratsdatenspeicherung (S. 30), Überwachung oder „Cicero" (S. 22), – Pressefreiheit hat viele Aspekte und ist in «M» regelmäßig notwendiges Thema

21 **Schon entdeckt? ohrenkuss**
22 **Schleichwerbung hält an**
Presserat sprach 13 öffentliche Rügen aus
22 **Cicero-Urteil begrüßt**
Für Gesetzgeber dennoch Handlungsbedarf
23 **„Schmerzensgeld" für MZ-Redakteure**

rundfunk

26 **Fernsehen im digitalen Wettbewerb**
40. Mainzer Tage der Fernsehkritik zur Flut medialer Angebote
27 **Neue Gesetze gefordert**
28 **Service, PR und Promiklatsch**
Immer mehr „Fremdtöne" in vielen deutschen Radioprogrammen

kommentiert

Gebrutzeltes in der FR

Von Michaela Böhm | Mc Donald's greift zu einem perfiden Trick: Die um gutes Image bemühte Imbisskette lässt „Schülerreporter" für sich Werbung produzieren. Als Laufbursche bietet sich die Frankfurter Rundschau (FR) an. Auf den ersten Blick wirkt die achtseitige Beilage wie ein journalistisches Produkt. Sieht aus wie eine Zeitung, liest sich wie eine, ist aber keine. Nur oben rechts ein kleiner Hinweis: „Anzeigen-Beilage von Mc Donald's".

Der Konzern öffnete seine Türen und die jugendlichen Schreiber – „mit riesigen Mengen an Information von den Kommunikationsprofis versorgt", sind überwältigt: „Ich hätte niemals gedacht, dass Mc Donald's so ein angenehmer Arbeitsplatz sein kann." Ordentlich, freundlich und hygienisch gehe es in dem Unternehmen zu, in dem jeder vom Frittendreher zum Manager aufsteigen könne und Einstiegslöhne von 7,05 Euro als fair bezeichnet werden.

Glaubwürdiger kann Werbung nicht daherkommen, als wenn Jugendliche selbst als Hamburger Botschafter für ihre Altersgruppe fungieren. Schlimm genug. Doch die Frikadellenpostille ist Teil des Zeitungsprojekts „FRiSCH – Frankfurter Rundschau in der Schule", mit der sich die linksliberale Zeitung schmückt. Alles gut und wichtig: Die FR stellt Schulklassen die Zeitung für den Unterricht zur Verfügung und eine eigene Jugendredaktion produziert unter Anleitung eines Journalisten einmal wöchentlich eine eigene Seite.

Doch ohne Sponsoren kommt FRiSCH nicht aus. Einen Teil der Kosten übernehmen der Flughafenbetreiber Fraport und Mc Donald's, das Jugendprojekt selbst wird abgewickelt von der Berliner Agentur Raufeld Medien, die auch für das Big-Mac-Bulletin verantwortlich ist. Raufeld-Geschäftsführer Jens Lohwieser ist angesichts der Kritik unschlüssig, ob das alles richtig war: Mc Donald's habe den Jugendlichen zwar ausdrücklich erlaubt, kritische Fragen zu stellen. Doch sei fraglich, ob es klug war, dem Wunsch eines Konzerns nachzugeben und ausgerechnet unerfahrene Schüler mit dem Projekt zu betrauen.

Wer 15- und 18-Jährige einer ausgefuchsten PR-Taktik überlässt, muss sich nicht wundern, wenn sie am Ende unterliegen. Nur FR-Geschäftsführer Sönke Reimers, der trotz mehrfacher Nachfragen für M nicht zu sprechen war, hält das für kritischen Journalismus. Der Mann mit langjähriger Springer-Erfahrung freut sich im Editorial, dass es den Schülerreportern gelungen sei, die Dinge von verschiedenen Seiten zu beleuchten und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Mc Donald's hat indes ein anderes Problem: Wie gelingt es, die Definition von McJobs als „reizlose, schlecht bezahlte Jobs mit wenig Aufstiegschancen" im britischen Duden loszuwerden? Unser Vorschlag: Lasst Laien ran. Ein Beispiel aus dem Rinderhack-Report: „Ich hätte nie gedacht, dass braten so kompliziert sein kann." Dieser Dudeneintrag wurde Ihnen gebrutzelt von Mc Donald's.

editorial

film

29 **Tarifrunde Kino**
ver.di fordert Lohnerhöhung um 5 Prozent
29 **Filmrezension: Enron**

recht

30 **Licht am Horizont**
Buchverbot aufgehoben – Geschichtsschreibung zugelassen
30 **Betreiber von Internetforen haften für Veröffentlichungen**
30 **12.000 bereit für Karlsruhe**
Anhaltender Protest gegen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung

internationales

31 **Anspruchsvolle Ziele für Journalistenarbeit**
Zagreb: dju-Vertreter in Leitungsgremium der EFJ gewählt

rubriken

4 **Briefe an M**
32 **Service / Seminare**
34 **Impressum**
36 **Leute / Preise**

Foto: Petra Dreßler

Freiheit kontra Einfalt

„Oder gibt es einen Einfältigen, der da glaubt, eine Nation könne frei sein, solange ihre Presse nicht frei ist", fragte schon der ungarische Dichter Petöfi im Jahre 1848 in seinem veröffentlichten „Tagebuch". O ja, es gibt sie die „Einfältigen" – bis heute. Sie führen Freiheit und Demokratie im Munde und schränken im gleichen Atemzug die Pressefreiheit ein. So ist inzwischen für Präsident Bush jeder Journalist verdächtig, der seinen „Krieg gegen den Terrorismus" in Frage stellt. Das Verhältnis zwischen den Medien und der Bush-Regierung hat sich drastisch verschlechtert, unter dem Deckmantel der „nationalen Sicherheit" geraten kritische Journalisten ins Visier der Administration.
Auch in der Türkei war in den 90er Jahren das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus die Grundlage, um unliebsame Journalisten zu bedrohen, zu ermorden oder ins Gefängnis zu stecken. Im Zuge verschiedener Reformen und einer Liberalisierung der Strafgesetze 2005 wurde dieses Gesetz revidiert, auch die Staatssicherheitsgerichte wurden abgeschafft. Dennoch ist die Meinungsfreiheit türkischer Journalisten und der Bürger nach wie vor stark eingeschränkt, stehen „Beleidigung" und „Aktionen gegen nationale Interessen" unter Strafe. Auf dieser Basis konstruierte Vorwürfe führen zur Inhaftierung von Journalisten (M 3 / 2007).
All das steht im Widerspruch zu Geist und Wortlaut der Europäischen Menschenrechtskonvention und damit auch zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union.
Aber der Blick der gegenwärtigen deutschen EU-Ratspräsidentschaft richtet sich ebenso nach Osten auf die ehemaligen Sowjetrepubliken. Leider auch hier oft einäugig: Freiheitliche Grundwerte geraten gegenüber profitablen Wirtschaftsbeziehungen ins Hintertreffen. Wobei unaufgeklärte Morde wie der an der kompromisslosen Journalistin Anna Politkowskaja schlaglichtartig belegen, wie es in Russland um die Freiheit der Medien bestellt ist.
In Zentralasien wähnen sich viele Länder auf dem Weg zu einer demokratischen Gesellschaft, gesteuert offenbar von Petöfis „Einfältigen". Die Regierenden treten Menschenrechte und Pressefreiheit in Ländern wie Usbekistan und Turkmenistan mit Füßen. (Kolumne Seite 7; Titel Seite 8 – 11)
Auch die deutsche Sektion von „Reporter ohne Grenzen" wird in diesem Jahr den Schwerpunkt ihrer Arbeit auf Osteuropa richten. Vielleicht bietet der 3. Mai, der „Tag der Pressefreiheit", gerade in diesem Jahr Anlass, um Mitglied in dieser Organisation zu werden. Schon ein bescheidener Jahresbeitrag hilft KollegInnen weltweit – von aktiver Mitarbeit ganz abgesehen, die stets willkommen ist (www.reporter-ohne-grenzen.de).

Karin Wenk,
verantwortliche Redakteurin

& aufgespießt

Schlechter Geschmack

Von Kirsten Liese | Dass die klassisch-romantische Musik vor allem bei jungen Leuten immer weniger Anklang findet, ist nicht neu. Aber diese Entwicklung nimmt bedenkliche Ausmaße an. Denn während engagierte Autoritäten wie Simon Rattle mit seinen Education-Projekten („Rhythm is it!") oder Daniel Barenboim mit seinem Berliner Musik-Kindergarten angestrengt gegen die Krise angehen, regen sich neuerdings kontraproduktive Kräfte im Kino: So rangiert unter den Nominierungen für den Deutschen Filmpreis ausgerechnet ein Film ganz oben, der mit seinem schlechten Geschmack geradezu eindrischt auf die deutsche Klassik: „Vier Minuten", ein Kammerspiel zwischen einer altmodischen Pianistin, die in einem Frauengefängnis (!) – obendrein noch ausgerechnet im provinziellen brandenburgischen Luckau (!) – unterrichtet und einem jungen Talent, das sie dort entdeckt. Schon die Geschichte selbst ist höchst unrealistisch und skurril. Schlimmer aber ist die Regie-Handschrift eines Banausen.
Am Ende hebt „eine fantastische Musik … an, gegen die Schumann wie Müll wirkt": So diffamiert Chris Kraus im Presseheft Schumanns A-Moll-Konzert. Ausgewählt hat er es, „weil der Anfang ziemlich lächerlich klingt". Im Film drückt sich das in den Äußerungen seiner jungen, musikalisch recht unbedarft wirkenden und ebenfalls für einen Filmpreis nominierten Hauptdarstellerin Hannah Herzsprung aus, der man anmerkt, dass sie sich allenfalls mit einem einwöchigen Klavier-Crashkurs auf die Dreharbeiten vorbereitet hat: „Ich dresch mir diesen Scheiß-Schumann rein, bis der mir aus den Ohren quillt. Jetzt bleiben sie cool, wenn ich mal was richtig Gutes spiele". Richtige Hochbegabte wie der 12-jährige Jungpianist Teo Gheorghiu, der in dem ungleich besseren Film „Vitus" von Fredi M. Murer ebenfalls das Schumann-Konzert interpretiert, lieben die deutsche Romantik.
In „Vier Minuten" lässt Jenny das verhasste Stück – übrigens ohne Orchester (!) – nach ein paar Takten in ein scheußliches Geklimper aus Rock und Avantgarde explodieren. Der Riesenapplaus, den sie dafür erntet, ist ebenso beschämend wie das nahezu einhellige hohe Kritikerlob für das undefinierbare Gestümper, das im Los Angeles Journal gar als „phänomenale, radikale Schumann-Bearbeitung" gewürdigt wurde. Auch in Medienkreisen ist es offenbar um die musische Bildung miserabel bestellt, was sich etwa auch auf einer Pressekonferenz der jüngsten Berlinale bestätigte, wo sich folgender Dialog um Christoph Petzolds „Yella" entspann: „Warum haben Sie Beethovens abgeleierte Mondscheinsonate eingesetzt?" Petzold: „Solch banale Stücke sind halt Bestandteil unserer Hotelkultur". Wenn denn wenigstens der neue Beethovenfilm „Klang der Stille" Hand und Fuß hätte. Der aber verfälscht die Musikgeschichte, strotzt nur so vor simplen Dialogen, lässt kein Klischee aus und macht zu guter Letzt Beethoven unbeabsichtigt zur Karikatur. Damit sind wir kulturell im Keller angelangt. Von wegen „Freude schöner Götterfunken" …

Wir freuen uns über Briefe. Vor allem über kurze. Wir wollen möglichst viele zu möglichst vielen Themen erhalten und abdrucken. Manchmal müssen wir Leserbriefe kürzen. Wir bitten um Verständnis.

ver.di Bundesverwaltung
Karin Wenk
«M»-Redaktion
10112 Berlin

Telefon: (030) 69 56 23 26
Fax: (030) 69 56 36 76

E-Mail:
karin.wenk@verdi.de

Freier Lokalrundfunk in Köln mit Website

„Bürgerfunk in Frage gestellt" in M 3 / 2007

Sehr geehrte Frau Lessmann, vielen Dank für Ihren engagierten Artikel in der neuesten Ausgabe von „Menschen Machen Medien". In Ihrer Box „Infos zu Bürgerfunk NRW" fehlt eine ganz wichtige Informationsquelle: www.flok.de/rest/gefahr.htm (FLok – Freier Lokalrundfunk Köln e.V., d. Red.)

Außerdem haben auch die Kölner Radiowerkstätten eine Informationsseite eingerichtet: www.koelner-buergerfunk.info und bei dem Menüpunkt „KölnerBürgerfunkNews" gibt es auch fortlaufende Informationen für Interessenten.

Andrea Wurnitsch, FLoK-Vorstand, per Mail

Interview nicht ewig zu verhindern

„Anfängersünden" in M 1 – 2 / 2007

Wie schreibt Gisela Sonnenburg in ihrer Rezension des Buches „Medienmenschen", das aus Interviews mit Medienschaffenden besteht?: „Das medienversierte Regie-Genie Schlingensief zog seine Einwilligung nach erfolgtem Interview zurück." Betonung auf: Nach erfolgtem Interview. Sie schreibt das völlig kritiklos, so als ob es normal oder rechtens wäre, wenn ein Interviewter sein Interview zurückzieht. Doch das wäre der Tod jeden Interviews. Vor allem die guten und besten Interviews müssten zuerst dran glauben. Nein, Schlingensief hatte nichts mehr zurückzuziehen. Er hätte das Interview vorher verweigern müssen. Sobald es läuft, kann er nicht mehr darüber verfügen. Er kann es maximal abbrechen, aber er kann keine Veröffentlichung mehr verhindern.

Thomas Moser, Berlin

Foto: gpest.de

Warnstreik bei CinemaxX in Göttingen

Am 4. April wurde im Göttinger CinemaxX das Preview von „300" bestreikt. Die gesamte Belegschaft legte von 18.30 bis 21.00 Uhr die Arbeit nieder.
Im CinemaxX selbst kam es durch den Streik zu Verzögerungen des Ablaufs. Schlangen bildeten sich und viele Besucher des Previews waren unsicher, ob der lang erwartete Film auch zu sehen sein würde. Auch die Polizei kam nach einem Anruf, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Sie verabschiedete sich mit einem noch „Viel Erfolg". Berichtet über die Aktion wurde im Göttinger Tageblatt, der Hessischen / Niedersächsischen Allgemeinen und im NDR-Fernsehen.

Während die Beschäftigten beim CinemaxX seit drei Jahren einen neuen Tarifvertrag fordern, führte die Hamburger Konzernleitung 2004 stattdessen einfach einen Billiglohnsektor ein. Der Einstiegslohn wurde um zwölf Prozent gegenüber dem des alten Tariflohns gesenkt. Jahresurlaub und Lohnzusatzleistungen wurden zusammengestrichen.

Heute lässt die CinemaxX AG Beschäftigte für nur 6,50 Euro arbeiten, auch am Samstag oder Sonntag, ohne Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und den sonst üblichen Urlaubsanspruch. Das CinemaxX will die Schichtlänge auf drei Stunden kürzen. Die Beschäftigten sollen für drei Stunden am Tag herbeizitiert werden können und dann ständig wechselnd an der Kasse, beim Müllwegräumen und beim Popcornverkauf ganz nach Belieben der Geschäftsleitung eingesetzt werden. Dagegen wehren sich die Kolleginnen und Kollegen. *hen* ■

Hamburger Stadtportal nun in Springer-Hand

Das Hamburger Internet-Stadtportal Hamburg.de wurde mehrheitlich an die Axel Springer AG verkauft. „Der Senat hat mit seiner Entscheidung die Medienkonzentration gefördert und kleinere Anbieter ignoriert", kritisiert ver.di-Landeschef Wolfgang Rose diesen Coup. Unter fünf Kaufinteressenten habe ausgerechnet der Verlag den Zuschlag erhalten, der in Hamburg über eine besonders starke Medienmacht verfüge. Man trete dem Hause Springer nicht zu nahe, wenn man ihm eine besondere Zuwendung zur Politik des Senats attestiere. Es dränge sich der Eindruck auf, dass der vielfach gedruckte Bürgermeister Ole von Beust hier kurz vor der Bürgerschaftswahl einen wichtigen Verbündeten bedient habe, heißt es in der ver.di-Pressemitteilung.

Auch der Hamburger Politikwissenschaftler Prof. Hans J. Kleinsteuber rät dem Bundeskartellamt, einen kritischen Blick auf diese Übernahme zu werfen. In einer Expertise erinnerte er daran, dass sich Springer in den 90er Jahren selbst an einem Stadtportal versucht habe, „allerdings mit geringen Erfolg". Nun erwerbe das Unternehmen, das bereits im Zeitungsmarkt (Bild, Das Hamburger Abendblatt, die Welt) und an führenden Radiostationen wie Radio Hamburg und an dem einzigen Ballungsraum-TV-Sender (Hamburg 1) beteiligt ist, die Mehrheit bei Hamburg.de „Damit sind endgültig alle Chancen vertan mit dem Stadtportal ein Stück autonomer Bürgeröffentlichkeit zu schaffen", sagt Kleinsteuber. Kritische Stimmen würden so kaum mehr den Weg in die Öffentlichkeit finden. *Red.* ■

Ein Hörbuch über Mumia Abu Jamal

Das Leben des schwarzen Journalisten Mumia Abu Jamal ist weiterhin in Gefahr. Nur eine neue Solidaritätsbewegung kann sein leben retten. Da kommt ein Hörbuch gerade recht, das über den politischen Hintergrund informiert, der Mumia in die Todeszelle brachte. Es kann bestellt werden über Ausnahms-Weise e.V. Mumia Abu Jamal CD-Hörbuch, Weisestr. 53, 12049 Berlin oder über:
free.mumia@gmx.net
Es kostet 7,00 Euro. Überweisung auf das Konto bei der GLS Gemeinschaftsbank 2004239 801, BLZ: 430 609 67. *now* ■

Ende des Dialogs

RTL beim größten Umbau der Senderkette

RTL hat den Dialog und damit die Tarifpartnerschaft mit den Gewerkschaften ver.di und DJV beendet. Am 2. März teilte die RTL-Geschäftsführung mit, dass sie die Verhandlungen nicht fortsetzen werde, da es kein Ergebnis geben könne, das den Vorstellungen des Senders entsprechen würde.

„Mit dieser einseitigen Entscheidung setzt die Geschäftsführerin, Anke Schäferkordt, für die etwa 2000 im Konzern Beschäftigten einen bedrohlichen Schlussstrich unter einen seit 2001 auf Betriebsebene bestehenden Tarifvertrag“, heißt es in einer ver.di-Pressemitteilung. RTL hatte Ende des Jahres 2006 den Manteltarifvertrag gekündigt und verweigert jetzt einen Neuabschluss.

Im Zuge der geplanten Zusammenlegung verschiedener Senderbereiche bis Ende 2008 bestehe unter den Beschäftigten Sorge um ihre Arbeitsplätze und den Erhalt bisheriger Einkommen. Die Erfahrungen im Jahr 2006 hätten gezeigt, dass RTL Personal abbaut ohne wirtschaftliche Not und Rücksicht auf die Wahrung von Programmqualität. Etwa bei der Zusammenlegung der Nachrichten-Redaktionen der Morgen- und Mittagsnachrichten. Als Nächstes stehen in mehreren Wellen Ausgliederungen einiger Bereiche der Produktion und Technik bevor.

„Es ist zu verurteilen, dass RTL als cashcow des Bertelsmann-Konzerns mit bisherigen Standards brechen wird und auf die Beschäftigten Druck ausübt, auf nachwirkende Tarifrechte zu verzichten. Denn RTL beabsichtigt, wesentliche Einkommensbestandteile und Arbeitsrechte, wie Arbeitszeitregelungen, Zuschläge und vieles mehr allein mit den Betriebsräten ohne Gewerkschaften zu vereinbaren. Ich erwarte, dass die kompetenten Betriebsräte diesem Druck widerstehen werden. Zumal große Teile der Beschäftigten solche Schritte ablehnen würden“, erklärte ver.di-Tarifsekretär Matthias von Fintel.

Das Ziel von ver.di bleibe, für die Beschäftigten im RTL-Konzern die Arbeitsbedingungen auch in Zukunft sicher zu gestalten. Dafür werde ein Tarifvertrag unumgänglich sein, so von Fintel. *Red.* ■

Anzeige

Journalistinnen und Journalisten

Solidarität und Gegenwehr
Versammlung der VG Wort am 18. Mai ‘07

Mit der als „2. Korb“ bekannten Urheberrechtsreform will die Bundesregierung die Urhebervergütungen auf Kopiergeräte massiv zugunsten der IT-Industrie absenken. Wer einen Wahrnehmungsvertrag mit der Verwertungsgesellschaft Wort hat, sollte deshalb an der diesjährigen VG-Wort-Versammlung teilnehmen – insbesondere wer in München und Umgebung wohnt.

Versammlung der Wahrnehmungsberechtigten
Freitag, 18. Mai 2007, um 18.30 Uhr
Hotel Bayerischer Hof, Promenadeplatz 2 – 6, München

Auf dieser Versammlung wählen die Wahrnehmungsberechtigten ihre Delegierten. Die Delegierten nehmen an der Mitgliederversammlung der VG Wort am 19. Mai um 10 Uhr im Hotel Bayerischer Hof teil, um den Verwaltungsrat zu wählen.

Foto: ZDF / Carmen Sauerbrei

Der Steuermann

Werner Ach vom ZDF weiß um die Rolle der „Verbände im Verbund“

Von Rudolf Gültner | „Im Zentrum des Sturms“ – so war der Bericht über die Gründung der ver.di-Fachgruppe Medien in der März-Ausgabe überschrieben. Da hilft es, wenn an der Spitze des Bundesvorstands einer steht, der als passionierter Segler auch Erfahrungen damit hat, ein Boot bei starkem Wind auf Kurs zu halten: Werner Ach.

Gewerkschaftsarbeit kann Spaß machen, auch wenn es zunächst ganz anders klingt. Der Titel eines Initiativantrags auf dem Gewerkschaftstag 1998 lautete „Organisationsstrukturreformkommission zur Rolle der Verbände im Verbund“ und der Mann mit dem rotblonden Vollbart, der den Antrag begründete, sprach über die Vielfalt des Verbandswesens, von den Ebenen einer Verbundgewerkschaft im Verband und den Verbandsebenen im Verbund. Bald schon stellt sich jedoch der Persiflagecharakter heraus, spätestens als es hieß: „Wenn ein Bein mit Verband verbunden wird, zeigt das die wichtige Rolle der Verbände im Verbund“. So war dann klar: Der da sprach, kennt den Ernst der Lage und nimmt doch nicht alles bierernst, der beherrscht die gewerkschaftliche Terminologie und ist doch kein kauderwelschender Paradefunktionär. Sein Name: Werner Ach. Seine jüngste Funktion: Vorsitzender der Fachgruppe Medien. Seine biographischen Daten: 1948 in Wächtersbach geboren, verheiratet, zwei Kinder, 1969 Kameravolontariat beim Hessischen Rundfunk, seit 1971 beim ZDF, seit fast 40 Jahren Gewerkschaftsmitglied und seither in vielen ehrenamtlichen Funktionen aktiv. Als Kenner weiß er auch um den Grund für diese Multifunktionalität: „Ein Mitglied, das wirklich aktiv werden will, steht vor einem Berg von Ebenen. Um sich durchzusetzen, muss er auf allen Ebenen aktiv werden.“

Schon mit 14 stand sein Berufswunsch fest: Werner Ach wollte Kameramann werden. Die Begeisterung für das Medium wuchs – „Cinema Paradiso“ lässt grüßen – im Kino des Onkels und in der elterlichen Dunkelkammer. Als Kameramann fing er 25 Jahre lang für ZDF-Dokumentationen und Reportagen Bilder aus der Welt der Großen und Mächtigen, aber auch der kleinen Leute ein. Was neben den Arbeitsinhalten sein Interesse weckte: die Arbeitsbedingungen im Fernsehen. Von Anfang an engagierte sich der Kameramann gewerkschaftlich. Lange Jahre gelang es ihm, die gestaltende Arbeit und das gewerkschaftliche Engagement zeitlich zu vereinbaren. 1995 war jedoch eine Grundsatzentscheidung notwendig: Kamera oder IG Medien, Beruf oder Berufung? Ach entschied sich für die Gewerkschaft und übernahm im ZDF den Vorsitz des Betriebsverbands, den er seither inne hat.

Mehr als eine Revolution erlebt

Wer seit einem Vierteljahrhundert im Medienbereich arbeitet, der hat mehr als nur eine Revolution erlebt. Die jüngste Herausforderung: die Folgen der Digitalisierung. „Hinter dem Stichwort Videojournalist verbirgt sich mehr als eine neue Technik: Hier wachsen Berufsbilder zusammen und wir müssen Antworten darauf finden, wie weit die Funktionskopplung gehen kann.“ Vieles wird sich ändern, doch Werner Ach legt Wert darauf, dass trotz der Veränderungen die innere und äußere Informationsfreiheit gewährleistet bleiben muss: „Es ist die Aufgabe der Gewerkschaften im digitalen Zeitalter, zu verhindern, dass Rundfunk und Information zum reinen Wirtschaftsgut degradiert werden. Rundfunk ist und bleibt auch ein Kulturgut für alle.“

Nicht minder revolutionär sind die organisatorischen Veränderungen. „Ich war bei der Auflösung der RFFU und dem Ende der IG Medien dabei,“ sagte er und vermittelt dabei so gar nicht den Eindruck eines gewerkschaftlichern Dinosauriers, schließlich entstand immer etwas Neues.

Erfahrungen sammelte Ach auch auf zwei scheinbar gegensätzlichen Feldern: In Friedens- und Umweltinitiativen lernte er, wie wichtig Motivation und Koordination ist. „Durch Vernetzung können auch kleine Gruppen erfolgreiche Arbeit leisten“, lautet sein Fazit nach 25 Jahren als Stadtverordneter in seiner Heimatgemeinde. Und da er es leid war, als Lokalpolitiker vor fast leeren Zuhörerbänken zu sprechen, suchte er sich noch eine weitere Bühne: die „Fassenacht“. Als Büttenredner stellt er seit 10 Jahren unter Beweis, dass er sich auch auf Ungereimtes einen Reim machen kann – auch das eine Fähigkeit, die sich in der Gewerkschaftsarbeit bewährt.

An der Spitze der Fachgruppe Medien steht ein Kameramann und kein Journalist. Werner Ach – nur eine Verlegenheitslösung? Jedenfalls ist er um eine Antwort nicht verlegen: „Ich war überrascht“, räumt er ein, „vor allem von der Einmütigkeit.“ Doch seine Wahl ist kein Zufall: Als Verhandlungsführer im ZDF und als Vorsitzender des Tarifausschusses öffentlich-rechtlicher Rundfunk koordiniert er seit Jahren die Tarifarbeit. Und auch zu den anderen Bereichen der neuen Fachgruppe pflegt er gute Kontakte. Und als journalistisch denkender Kameramann freut er sich auf die konstruktive Zusammenarbeit mit Journalistinnen und Journalisten der dju und die Koordination der Themen, die über berufsspezifische journalistische Anliegen hinausgehen.

Wenn es um die Aufgaben der neuen Fachgruppe geht, schlägt er einen weiten Spannungsbogen: vom Erhalt des öffentlich-rechtlichen Rundfunks über die Bewältigung der Folgen der Digitalisierung bis hin zur Tarifarbeit: Und, was ihm besonders am Herzen liegt: die Mitgliedergewinnung. Bei einem Tarifvertrag über Telearbeit im ZDF hat ver.di Wert darauf gelegt, dass sich Trittbrettfahrerei nicht länger lohnt. „Wir wollen mit unserer Tarifarbeit dafür sorgen, dass bestimmte Leistungen nur Gewerkschaftsmitgliedern zugute kommen oder unsere Mitglieder von Verschlechterungen ausgenommen werden.“

Große Sorge machen ihm die Probleme rund um die freie Mitarbeit. „Während die Arbeitgeber den Beschäftigungsumfang der Freien reduzieren, verändert der Gesetzgeber zugleich das soziale Sicherungssystem“, beschreibt Ach das Grundproblem. Die Folge: „Das soziale Netz hält nicht mehr.“ Schon jetzt sind Freie gezwungen, in andere Arbeitsfelder abzuwandern, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. ■

Blutige Spuren

3. Mai Tag der Pressefreiheit – in vielen Ländern noch Utopie

Von Wolfgang Mayer | Sie wiesen sich als Journalisten aus und hatten sich bei den örtlichen Behörden angemeldet. Trotzdem wurden sie verhaftet und geschlagen, als sie Photos von der Demonstration im russischen Nischni Nowgorod schossen. Doch der Ausgang der Geschichte von Jelle Brandt Corstius und Remco Reiding, den beiden holländischen Korrespondenten, war vergleichsweise glimpflich: Nach eineinhalb Stunden wurden sie am 24. März 2007 wieder frei gelassen. Manche andere Kolleginnen und Kollegen auf der Welt müssen den Einsatz im Beruf sogar mit dem Leben bezahlen.

155 getötete Vertreter der Medien meldete die Internationale Journalisten-Föderation als Bilanz des letzten Jahres. Auf 871 Festnahmen und 82 Tote kam Reporter ohne Grenzen. Die Organisation brachte es in ihrer Bewertung auf den Punkt: „Jenseits dieser Zahlen zeichnet sich ein Mangel an Interesse und zuweilen auch ein Versagen demokratischer Staaten ab, uneingeschränkt für Presse- und Meinungsfreiheit einzutreten“. So ist die Arbeit als Journalistin oder Journalist heute in vielen Ländern nicht weit entfernt von einem Himmelfahrtskommando. Pressefreiheit? Für viele Kolleginnen und Kollegen ist das eine Utopie.

Blutig ist die Spur der Verfolgung und Rache an kritischen Journalistinnen und Journalisten. 2006 starben 69 im Irak, 13 auf den Philippinen, zehn in Mexiko. Weltweit Aufsehen erregte der Fall der Reporterin Anna Politkowskaja von der russischen Nowaja Gazeta, die am 7. Oktober 2006 in ihrem Wohnhaus in Moskau erschossen wurde. Aber die Opfer stammten nicht nur aus als „gefährlich“ geltenden Ländern. Am 6. Januar 2006 lauerten Unbekannte dem Korrespondenten Prahlad Goala von der indischen Zeitung Asomiya Khabar auf dem Heimweg auf und töteten ihn; er hatte von illegalen Baumfällaktionen in einem Waldschutzgebiet berichtet.

Es traf auch Kollegen aus der Technik. Am 8. August 2006 drangen bewaffnete Männer in die Druckerei der Zeitung Kaieteur News in einem Vorort der guayanischen Hauptstadt Georgetown ein und erschossen die Arbeiter Mark Maikoo, Chitram Persaud, Eon Wigman, Richard Stuart und Shazim Mohamed. Die Zeitung hatte über die schlechten Bedingungen in den Gefängnissen des Landes und kritisch über die bevorstehenden Wahlen berichtet.

Pressefreiheit auf dem Papier, nach dem Gesetz, ist noch lange nicht identisch mit Pressefreiheit in der Realität. Materielle Sicherheit ist eine weitere Voraussetzung. Begegnungen machen das deutlich. Zum Beispiel mit der fest angestellten Kollegin Olga aus einer polnischen Stadt, die von ihrem Dumping-Gehalt nicht leben kann. Sie ist darauf angewiesen, von ihrem Chefredakteur Themen zugewiesen zu bekommen, für die sie eine Extra-Prämie erhält. Natürlich weiß sie, was dem Chefredakteur gefällt, und sie richtet sich danach. Denn sie braucht weitere solche Aufträge, um zu leben.

Ein Glück, dass wir in Deutschland arbeiten – hier gibt es kaum Fälle von Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten, und wir verdienen ordentlich. Es war allerdings eine beklemmende persönliche Erfahrung in fast 30jähriger Tätigkeit als Wirtschaftsjournalist, in zwei Fällen Morddrohungen erhalten zu haben: „Wenn Sie das schreiben …“. Zur Schreibtischroutine gehört das nicht. Die Einschüchterungsversuche kamen nicht von einer Staatsgewalt, sondern von ganz „einfachen“ Wirtschaftskriminellen, denen die Recherchen galten. Sind wir hier also wirklich alle frei in der Berichterstattung? Die Gesetzgebung in Deutschland lässt Spielräume wie in vielen anderen Ländern eben nicht zu. Doch eine Grenze für die Freiheit ist oft in den eigenen Köpfen gezogen. Nach wie vor gilt, was Kurt Tucholsky 1932 schrieb: „Die Interessen der Verleger sind mannigfaltig; am Redakteur hat er nur eines: dass der ihm keine ‚Unannehmlichkeiten‘ mache“.

In Zeiten, in denen aus Gründen der Kostenersparnis der Rotstift immer häufiger an den Stellenplänen für die fest Angestellten und an den Honorarbudgets für die freien Journalisten und Journalistinnen ansetzt, und die Angst vor dem Verlust des Jobs in vielen Redaktionen grassiert, sind die Scheren im Kopf geschärft, um eben jene „Unannehmlichkeiten“ zu vermeiden. Tucholsky schrieb über Verlogenheit: „Der Unternehmer hat eben, wie das oft vorkommt, die Philosophie seines Geldes. Dem Redakteur wird zugemutet, die Philosophie eines Geldes zu haben, das er niemals verdient“.

Und dann ist da in Deutschland immer noch jenes Relikt aus dem vorigen Jahrhundert, das Tendenzschutz heißt und – natürlich – interne Pressfreiheit hemmt. Es gehört in die Mottenkiste, ist ein Kuriosum in Europa. Kollegen und Kolleginnen jenseits der Grenzen lässt sich diese deutsche Besonderheit schwer erklären. Auch dickere englische Wörterbücher geben keine Übersetzung her. Der Begriff „Redaktionsstatute“ lässt sich besser in andere Sprachen übertragen. Sollte man die Forderung nach ihnen nicht lieber aus der Schublade kramen? Vielleicht käme Deutschland dann in Sachen Pressefreiheit voran. Nach der letzten Statistik von Reporter ohne Grenzen zur Pressefreiheit liegt Deutschland nämlich erst auf Platz 23. Abgeschlagen hinter Ländern wie Slowenien, Bolivien oder Trinidad und Tobago. Eigentlich peinlich … ■

Wolfgang Mayer ist dju-Vertreter im Steering Commitee der EFJ

Foto: Christian v. Polentz / transit

Spenden für Reporter ohne Grenzen!

Mit Ihrer Spende
- verteidigen Sie das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung
- helfen Sie uns, effektiv gegen Bedrohung, Misshandlung oder Inhaftierung von Journalistinnen und Journalisten einzuschreiten
- ermöglichen Sie, Prozessbeobachter und Rechtsanwälte für faire Prozesse vor Ort zu schicken
- fördern Sie Medien, die wegen Zensur oder Verbot in ihrer Existenz bedroht sind oder deren Produktionsmittel zerstört wurden
- helfen Sie, Journalistinnen und Journalisten aus der Schusslinie zu holen.

www.reporter-ohne-grenzen.de
Spendenkonto: Reporter ohne Grenzen e.V.; Berliner Volksbank;
BLZ 100 900 00 – Konto-Nr: 566 7777 080

Europas Blick nach Osten

In der Europäischen Union ist die Pressefreiheit im Großen und Ganzen garantiert. Für die zentralasiatischen Staaten gilt das jedoch ganz und gar nicht. Jetzt sucht die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nach einer neuen Strategie im Umgang mit den früheren Sowjetrepubliken in der Region. Dabei geht es auch um Menschenrechte und Pressefreiheit. Doch unter welchen Bedingungen arbeiten Journalisten in Ländern wie Usbekistan oder Turkmenistan eigentlich? Pressefreiheit und Außenpolitik am Beispiel Zentralasiens.

Foto: Peer Grimm / dpa

Frank-Walter Steinmeier zu Gesprächen beim usbekischen Präsidenten Islam Karimov

Von Harald Gesterkamp

Erik Bettermann fand klare Worte: „Es ist nicht zu akzeptieren, dass Journalisten durch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen eingeschüchtert und unter Druck gesetzt werden.“ Adressat der Worte des Intendanten der Deutschen Welle war der usbekische Präsident Islam Karimow. Diesen forderte Bettermann auf, „dafür Sorge zu tragen, dass sein Land auf dem Weg zu einer Demokratie auch und gerade die Rolle der Medien in besonderer Sorgfalt beobachtet und begleitet.“

Deutsche-Welle-Kollegin drohen drei Jahre Haft

Nicht ohne Grund protestierte Bettermann Ende März so massiv bei der usbekischen Regierung. Denn die Behörden in Taschkent hatten am 23. März gegen Natalja Buschujewa, eine usbekische Mitarbeiterin der Deutschen Welle, Ermittlungen eingeleitet. Ihr wird unter anderem vorgeworfen, Einkommen verschleiert und vor allem ohne gültige Akkreditierung als Journalistin gearbeitet zu haben. Allerdings ist die Vergabe von Akkreditierungen in Usbekistan – freundlich formuliert – sehr schwierig. Anträge werden meist nämlich gar nicht erst bearbeitet. Und auf Nachfrage heißt es oftmals, sie seien „verloren gegangen“. Usbekische Bürger dürfen mit nicht-akkreditierten Journalisten allerdings nicht sprechen.

Die Situation der Deutsche-Welle-Mitarbeiterin ist symptomatisch. Nach der blutigen Niederschlagung von Protesten in Andischan im Jahr 2005 wurden die Büros der britischen BBC in Usbekistan genauso geschlossen wie die von „Radio Free Europe / Radio Liberty“. Die Behörden zwangen die Mitarbeiter anschließend zur Ausreise. Wenn heute usbekische Journalisten ausländische Medien mit Informationen versorgen, riskieren sie die Inhaftierung. Natalja Buschujewa drohen im schlimmsten Fall bis zu drei Jahre Haft. Nach Angaben ihres Anwalts hat sich die Journalistin ins Ausland abgesetzt.

Vor diesem Hintergrund war die Zentralasienreise von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier am 27. und 28. März eine schwierige Aufgabe. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft arbeitet derzeit an einer neuen europäischen Strategie gegenüber den Ländern Zentralasiens. Dabei geht es darum, bis zum Juni einen „weißen Fleck“ in den Außenbeziehungen der Europäischen Union zu tilgen. Neben Fragen der Energiepolitik und strategischen Überlegungen – die sich aus dem Wunsch nach Stabilität in der Nachbarschaft zu Afghanistan erklären – stehen auch die Themen Bildung, Demokratie und Menschenrechte auf der Tagesordnung. Hier will die Europäische Union, wenn die Staats- und Regierungschefs den deutschen Vorschlägen folgen, mit Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan unter anderem in einen Menschenrechtsdialog eintreten.

Das Auswärtige Amt bemüht sich nach eigenen Angaben schon lange um die Achtung der Pressefreiheit in der Region. In der Tat besteht mit den „Reportern ohne Grenzen“ ein regelmäßiger Dialog. Die deutschen Botschaften in Zentralasien protestieren bei Bedarf gegen Festnahmen von Journalisten oder auch bei Zeitungsschließungen. Auch bei Staatsbesuchen ist es langjährige Übung, dass deutsche Außenminister Menschenrechtsverletzungen ansprechen und Listen mit konkreten Einzelschicksalen übergeben – mit der Bitte um eine Stellungnahme. Auch bei der jüngsten Zentralasienreise hat Steinmeier nach Angaben einer Ministeriumssprecherin alle relevanten Menschenrechtsthemen angesprochen. Dabei dürfte auch das Schicksal von Natalja Buschujewa erwähnt worden sein, auch wenn es keine offizielle Bestätigung dafür gibt.

Schwieriger Dialog über Pressefreiheit

Die Reaktion des usbekischen Außenministers auf den Besuch seines deutschen Amtskollegen indes sprach Bände. Man verbete sich „die Einmischung in innere Angelegenheiten“, tobte Wladimir Norow auf einer Pressekonferenz mit Steinmeier recht undiplomatisch am 28. März in der kasachischen Hauptstadt Astana. Ein „Verhältnis wie zwischen Lehrern und Schülern“ werde man nicht akzeptieren, meinte er mit Blick auf die Äußerungen

Steinmeiers, man wolle beim Aufbau von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie helfen.

Am 7. November 2006 gab es noch Grund zur Zuversicht. An diesem Tag durfte der usbekische Journalist Ulugbek Chaidarow das Gefängnis verlassen und zu seiner Familie nach Andischan zurückkehren. Gut vier Wochen vorher war der oppositionsnahe Journalist wegen angeblicher Bestechung und Erpressung zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Kurios war die weitere juristische Behandlung seines Falls. Der Richter verschob aus persönlichen Gründen die Berufungsverhandlung am 7. November. Aber noch am gleichen Tag ordnete er die Freilassung Chaidarows an. Die Begründung: Er habe zu Hause entschieden, dass der Journalist unschuldig sei.

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) hatte den Fall zuvor öffentlich gemacht und im Vorfeld eines Usbekistan-Besuchs im Herbst 2006 auch Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf das Schicksal Chaidarows hingewiesen. „Wir haben das Gefühl, dass Steinmeier die Pressefreiheit wichtig nimmt“, meint Elke Schäfter von ROG. „Das merken wir auch an der Ernsthaftigkeit, mit der sich das Auswärtige Amt für unsere Anliegen interessiert.“

Justiz-Willkür gegen Oppositionelle

In Usbekistan bleibt für das Ministerium aber noch viel zu tun: ROG führt das Land auf der „Rangliste zur Pressefreiheit weltweit“ auf Platz 158 von 168 Staaten. Allein wer das Internet nutzt, um an Informationen jenseits der offiziellen Regierungslinie zu kommen, muss mit Verfolgung rechnen. Und die oben skizzierten seltsamen Umstände der Freilassung von Chaidarow verdeutlichen die Willkür, mit der die Justiz gegen Oppositionelle, aber auch gegen Journalisten vorgeht. Ein anderes Beispiel ist Jamschid Karimow. Der Neffe des Präsidenten verschwand nach seiner Festnahme am 12. September vergangenen Jahres zunächst spurlos. Erst zwei Wochen später tauchte der Journalist in einer psychiatrischen Klinik in der Stadt Samarkand wieder auf. Diese hat er bis heute nicht verlassen. „Dieses Vorgehen erinnert an die schlimmsten Zeiten der Sowjetunion“, ist Joel Simon, Direktor des „Komitees zum Schutz von Journalisten“ entsetzt. „Wenn schon ein Verwandter des Präsidenten mit solch brutalen Methoden an der Arbeit gehindert werden soll, ist es schwer vorstellbar, wie es anderen ergehen könnte“.

Als noch schlimmer betrachtet ROG die Lage in Turkmenistan. Auf der Liste der Verletzer der Pressefreiheit steht das Land auf Platz 167 – nur in Nordkorea gibt es somit noch schlechtere Bedingungen für die Medien. Nach dem Tod des für seinen Personenkult berüchtigten Präsident Separmurad Njasow im Dezember hoffen Menschenrechtler allerdings auf eine Besserung der Lage. Auch die Bundesregierung hält den Zeitpunkt für günstig, dem Land jetzt nach dem Regierungswechsel ein Angebot zum Dialog zu machen. Ihrer Ansicht nach gibt es auch in dieser zentralasiatischen Republik ein großes Interesse an einer Zusammenarbeit mit Europa. Und das gelte es zu nutzen.

Bis sich „europäische Werte“ in Turkmenistan durchgesetzt haben, dürfte es aber noch eine Weile dauern. Der Pressekonferenz in Astana jedenfalls, die sein usbekischer Kollege Norow für Kritik am Westen nutzte, blieb der stellvertretende Außenminister Turkmenistans, Wepa Hadijew, jedenfalls ohne Angabe von Gründen fern, obwohl er zuvor an der von Außenminister Steinmeier geleiteten Kon-

Reporterdenkmal in Bayeux

2.000 Namen ermordeter Medienschaffender eingraviert

Im nordfranzösichen Städtchen Bayeux wird seit Monaten an einem Großprojekt für die Pressefreiheit gearbeitet. Am 2. Mai nun soll das Denkmal eingeweiht werden, auf dem die Namen von Journalisten eingraviert sind, die seit 1944 bei der Arbeit getötet wurden.

Der Ort ist natürlich nicht zufällig gewählt. Die Gedenkstätte befindet sich zwischen dem Friedhof des Commonwealth und dem Gedächtnismuseum der Schlacht um die Normandie. Zur Erinnerung: Bayeux war die erste französische Stadt, die nach der Landung der Alliierten in der Normandie von der Besatzung durch die Nazis befreit wurde. Selbstverständlich wird die Erinnerung daran seit Jahrzehnten wach gehalten. Aber in Bayeux denkt man auch darüber hinaus. Seit 1994 vergibt die Stadt beispielsweise in vier Kategorien einen Preis für Kriegsreporter. Der Bayeux-Calvados-Preis ist – für Printmedien, Fernsehen, Hörfunk und Foto – jeweils mit 7.600 Euro dotiert.

Gemeinsam mit den „Reportern ohne Grenzen“ hat die Stadt im vergangenen Jahr die „Reportergedenkstätte“ ins Leben gerufen. Das vom Architekten und Landschaftsgestalter Samuel Craquelin gestaltete Memorial ist 500 Meter lang als Promenade angelegt und seit Oktober zugänglich. Auf mehreren weißen Steinen sind die Namen der Journalisten, Fotografen, Kameraleute und Tontechniker eingraviert – zum Tag der Pressefreiheit sollen dann 2.000 Namen auf den Stelen verewigt sein.

In bewaffneten Konflikten sind besonders viele tote Reporter zu beklagen. Der Waffengang im Irak forderte in den vergangenen vier Jahren schon mindestens 153 Opfer unter Medienkollegen – mehr als jeder andere Konflikt seit dem Zweiten Weltkrieg. Im Vietnam-Krieg starben bis 1975 mindestens 63, auf dem Balkan in den 90er Jahren 49 und im algerischen Bürgerkrieg zwischen 1993 und 1996 waren es 77 Journalisten und Medienmitarbeiter.

Aus traurigem Anlass wird das Projekt in Bayeux künftig in jedem Jahr aktualisiert werden müssen. „Leider sieht es so aus, dass wir in den kommenden Jahren mehr und mehr Steine brauchen werden“, meint Elke Schäfter, Geschäftsführerin von „Reporter ohne Grenzen“.

Harald Gesterkamp ■

Die Homepage der Gedenkstätte findet man unter: www.prixbayeux.org

Foto: Sylvain Guichard

ferenz in Kasachstan teilgenommen hatte.

Fragen nach Menschenrechten und Pressefreiheit weichen die turkmenischen Behörden aus naheliegenden Gründen aus. Es gibt nicht ein einziges unabhängiges Medium im Land, ausländische Journalisten sind nicht willkommen und das Internet steht vollständig unter staatlicher Kontrolle. Ohnehin hat nur ein Prozent der Bevölkerung Zugang zum Netz, aber nur zu einer streng gefilterten Version. Seit 2002 fegt eine Welle der politischen Repression durch das Land. Für Aufsehen sorgte im vergangenen Juni die Festnahme von drei Journalisten, die einem französischen Fernsehkanal bei einer Reisedokumentation geholfen hatten. Ogulsapar Muradowa kam im September unter ungeklärten Umständen in der Haft ums Leben – Menschenrechtler befürchten, dass sie an den Folgen der Folter starb (siehe M, 10/2006). Von den damals mit ihr inhaftierten und in einem Schnellverfahren zu sieben Jahren Haft verurteilten Kollegen Annakurban Amanklitschew und Sapardurdi Chadschijew gibt es seit Monaten keine Nachricht. Laut Amnesty International werden sie ohne Kontakt zur Außenwelt gefangen gehalten.

Kasachstan: Medien in Präsidentenhand

In Kasachstan sieht die Lage nur unwesentlich besser aus. So wurde im August vergangenen Jahres in der Großstadt Almaty der französische Journalist Grégoire de Bourges erschossen. Er arbeitete an einem Text im Auftrag der Regierung und fiel offiziellen Angaben zufolge einem bewaffneten Überfall zum Opfer. Laut ROG gibt es aber noch viele offene Fragen zu seinem Tod. Im Land selbst bestimmt die Familie des Präsidenten Nursultan Nasarbajew die Medienpolitik: So gehören seiner Tochter Dariga und seinem Schwiegersohn mehrere Rundfunkstationen und Zeitungen, die früher in staatlichem Besitz waren. Nach der Wiederwahl Nasarbajews im Dezember 2005 wurden zudem mehrere oppositionelle Blätter geschlossen.

Auch aus Tadschikistan werden immer wieder Festnahmen von Journalisten bekannt. Ausländischen Sendern wie der BBC oder „Radio Free Europe“ wird die Arbeit regelmäßig durch bürokratische Hindernisse erschwert. Eine Ausnahme in Zentralasien stellt Kirgisistan dar. In diesem Land hat die Pressefreiheit einen Status erreicht, der als zufriedenstellend betrachtet werden kann.

Das möchte Frank-Walter Steinmeier am liebsten schon bald für alle früheren Sowjetrepubliken in Zentralasien sagen können. Für das Projekt einer neuen europäischen Zentralasien-Strategie, die auch Menschenrechte und Pressefreiheit fördert, ist also genug zu tun. In den nächsten Monaten wird man mit Spannung beobachten können, ob in Brüssel und Berlin der Ansatz der Demokratieförderung hochgehalten oder letztlich doch dem Aspekt der Absicherung von Rohstoffquellen untergeordnet wird. Denn in der strategisch wichtigen Region Zentralasien sind etwa fünf Prozent der weltweiten Öl- und Gasreserven nachgewiesen. ■

Frühgeburt im Gefängnis

Äthiopische Journalistin Serkalem Fasil unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert

Foto: privat

Ein besonders furchtbares Schicksal hat die äthiopische Journalistin Serkalem Fasil erlitten: Sie wurde im November 2005 schwanger festgenommen und musste im Gefängnis unter erbärmlichen Haftbedingungen ihr Kind zur Welt bringen. Ihr Kind ist jetzt zehn Monate alt, doch Serkalem Fasil ist noch immer inhaftiert.

Die Parlamentswahlen in Äthiopien im Mai 2005 standen von Beginn an unter keinem guten Stern. Schon im Vorfeld waren mehrere Kandidaten und Anhänger der Opposition eingeschüchtert und festgenommen worden. Die unabhängigen Medien, darunter die von Serkalem Fasil mitherausgegebenen Blätter Asqual, Menilik und Satenaw kritisierten das Vorgehen der Regierung und ließen trotz des Risikos Oppositionelle zu Wort kommen.

Nach der Abstimmung am 15. Mai berichteten offizielle Wahlbeobachter von Unregelmäßigkeiten. Die Opposition sprach von Betrug. Obwohl das Votum in 31 Wahlkreisen wegen Unregelmäßigkeiten wiederholt werden sollte, verkündeten die regierungseigenen Medien bereits umgehend den Wahlsieg der „Revolutionären Demokratischen Front des Äthiopischen Volkes“ (EPRDF). Im September wurde das endgültige Ergebnis bekannt gegeben. Die regierende EPRDF hatte demnach zwei Drittel der Mandate gewonnen.

Die Opposition verweigerte die Mitarbeit im Parlament und rief im November zu Demonstrationen auf. Wie schon zuvor im Juni wurden in der Hauptstadt Addis Abeba Kundgebungsteilnehmer erschossen. 42 waren es jetzt, im Sommer waren bereits 36 Menschen getötet worden. Im ganzen Land wurden mehr als 10.000 festgenommen, darunter gewählte Abgeordnete, Menschenrechtler und mindestens 15 Journalisten.

Auch Serkalem Fasil und ihr Lebensgefährte Eskinder Negga, der ebenfalls als Journalist arbeitet, wurden inhaftiert. Serkalem Fasil war zum Zeitpunkt ihrer Festnahme schwanger. Im Juni 2006 brachte sie im Polizeikrankenhaus einen Sohn zur Welt. Da es sich um eine Frühgeburt handelte, rieten die Ärzte dazu, den untergewichtigen Jungen im Brutkasten einer Intensivstation in einem Krankenhaus versorgen zu lassen. Dies wäre aber nur möglich gewesen, wenn Serkalem Fasil oder ihr Lebensgefährte das Kind hätten begleiten dürfen. Das wurde von den Behörden nicht gestattet. Serkalem Fasil musste somit unter unmenschlichen Bedingungen im Kaliti-Gefängnis von Addis Abeba für ihren Sohn sorgen. Selbst gesundheitlich angeschlagen, verbrachte sie Monate mit ihrem Sohn in einer mit Ratten, Kakerlaken und Flöhen verseuchten Zelle. Serkalem Fasils Sohn lebt jetzt bei ihren Eltern. Sie selbst muss im Gefängnis ausharren und sieht ihn nur selten. Inzwischen wurde eine – offenbar konstruierte – Anklage gegen sie eingeleitet wegen „Verrats“ sowie wegen „Verstößen gegen die Verfassung“ und „Anstiftung zu einer bewaffneten Verschwörung“. Ein Urteil wurde noch nicht gefällt.

Harald Gesterkamp ■

Amnesty International hat eine Onlinepetition für die Freilassung von Serkalem Fasil gestartet. Im Internet unter: . www.amnesty-einsatz.de

Cano-Preis als Schutz

Dieter Offenhäußer, stellvertretender Generalsekretär der Deutschen UNESCO-Kommission, zum Engagement für Pressefreiheit

Foto: Harald Gesterkamp

M | *Wie viel Platz bleibt der Deutschen UNESCO-Kommission neben der Arbeit zu Bildungsstudien oder zum Weltkulturerbe eigentlich noch für die Pressefreiheit?*

DIETER OFFENHÄUßER | Analog zu den UNESCO-Programmbereichen haben wir in der Deutschen UNESCO-Kommission Referate zu Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation. Die Arbeit zur Pressefreiheit ist im Kommunikationssektor angesiedelt. Ihr Anteil an der Arbeit lässt sich schlecht in Prozenten beziffern, aber da, wo wir gefordert sind, erfüllen wir unsere Aufgaben. Dabei pflegen auch wir die Zusammenarbeit mit Fachverbänden wie Journalistenorganisationen.

M | *Und mit wem kooperieren Sie auf diesem Gebiet?*

OFFENHÄUßER | Wir beziehen uns in unserer Arbeit auf mehrere Verbände und kooperieren mit unterschiedlichen Organisationen. Das sind zum Beispiel das Komitee zum Schutz von Journalisten, die Internationale Journalistenvereinigung oder auch die Reporter ohne Grenzen, um nur einige zu nennen.

M | *Der Tag der Pressefreiheit geht auf eine Initiative der UNESCO zurück. Wie setzen Sie sich denn konkret für bedrohte Journalisten ein?*

OFFENHÄUßER | Zum Beispiel dadurch, dass wir öffentlich gegen Übergriffe protestieren. Wenn ein Journalist in Ausübung seines Berufs angegriffen, bedroht oder ermordet wird, veröffentlicht der Generaldirektor der UNESCO in Paris eine Presseerklärung. Das macht die UNESCO seit vielen Jahren. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten setzt sie sich zum Schutz von Journalisten weltweit ein. Wichtig ist dabei die jährliche Verleihung des Guillermo-Cano-Preises. Jedes Jahr am Welttag der Pressefreiheit wird ein Journalist oder eine Journalistin damit ausgezeichnet. Der Preis kann Menschen unmittelbar schützen. So erhielten ihn Ende der 90er Jahre unter anderem die Chinesin Gao Yu und die Nigerianerin Christine Anyanwu. Beide Journalistinnen waren in Haft, beide wurden nach der Verleihung mit dem UNESCO-Preis freigelassen.

M | *Hat sich die Deutsche UNESCO-Kommission für den diesjährigen Tag der Pressefreiheit Schwerpunkte gesetzt?*

OFFENHÄUßER | Auch hier zu Lande gibt es natürlich Felder, in denen die Pressefreiheit diskutiert wird, wenn wir etwa an die Durchsuchung der Cicero-Redaktion denken. Aber das ist ein anderer Problemkreis, mit dem wir uns bei der UNESCO kaum befassen. Die UNESCO wird in diesem Jahr in Kolumbien einen Kongress „Pressefreiheit und Sicherheit von Journalisten“ abhalten und dabei auch den Guillermo-Cano-Preis 2007 verleihen. Der Namensgeber des Preises, Guillermo Cano, war ein kolumbianischer Journalist, der 1986 in Bogotá von Auftragskillern der Drogen-Mafia erschossen wurde. International stehen der Schutz von Journalisten, aber auch der Einsatz gegen Straflosigkeit im Mittelpunkt. Denn solange diejenigen, die Verbrechen an Journalisten begehen, dafür nicht zur Rechenschaft gezogen werden, werden Medienleute eine Zielscheibe bleiben. Ich selbst werde am 3. Mai an der Fachhochschule für Medien in München einen Vortrag zur Pressefreiheit und über die Arbeit der UNESCO in diesem Bereich halten. Denn eins ist klar: Da wo die Pressefreiheit in Gefahr ist, ist auch die Demokratie in Gefahr. Und da, wo sich die Pressefreiheit entwickelt, wie etwa in Mali oder Namibia, da entwickelt sich mit dem Meinungspluralismus auch die Demokratie.

M | *Gibt es auch Projekte zur Unterstützung von Medienvielfalt zum Beispiel in Entwicklungsländern?*

OFFENHÄUßER | Früher war die Medienförderung und damit die Förderung einer pluralistischen Presselandschaft ein Schwerpunkt deutscher Entwicklungspolitik. Auch die Stiftungen waren in diesem Feld sehr engagiert. Aber in den 90er Jahren hat sich die Schwerpunktsetzung der Projekte geändert.

M | *Warum?*

OFFENHÄUßER | Das vermag ich nicht zu beurteilen. Vielleicht liegt es auch daran, dass Medienprojekte schlecht auszuwerten sind. Wenn Sie einen Brunnen bauen, können sie nachher sehen, wie viele Menschen Zugang zu Trinkwasser haben. Nach dem Aufbau einer Radiostation ist der Zuwachs an Demokratie kaum messbar. Wir bedauern aber sehr, dass solche Projekte zurückgefahren wurden.

Interview: Harald Gesterkamp ■

Der Tag der Pressefreiheit

Auf Vorschlag der UNESCO hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen am 20. Dezember 1993 den 3. Mai zum Internationalen Tag der Pressefreiheit erklärt. Die Verfassung der UNESCO nennt die Förderung der Presse- und Meinungsfreiheit als ein Leitziel der Organisation. Das Datum erinnert an den 3. Mai 1991. An diesem Tag wurde die Deklaration von Windhoek verabschiedet, die eine unabhängige und pluralistische Presse in Namibia garantiert.
Seit 1994 wird jährlich am 3. Mai an die Verletzung der Informationsfreiheit in allen Teilen der Welt erinnert. Anlass dazu gibt es genug: Journalistinnen und Journalisten werden – nicht nur, aber vor allem in totalitären Staaten – ermordet, bedroht, willkürlich inhaftiert oder mit bürokratischen Schikanen an der Arbeit gehindert. Auf allen Kontinenten werden Medien zensiert oder verboten. Im vergangenen Jahr wurden nach Angaben der „Reporter ohne Grenzen“ 81 Journalisten und 32 Medienmitarbeiter wegen ihrer Arbeit getötet (siehe M, 01-02/2007). Es ist die Botschaft des 3. Mai, dass jeder Journalist das Recht haben muss, frei und ohne Angst seinem Beruf nachgehen zu können. Denn nur wo frei berichtet werden kann, ist die Grundlage dafür geschaffen, dass generell die Menschenrechte geachtet werden.

hg ■

Zeit und Geld gerecht verteilen

Gewerkschafterinnen diskutierten über künftige Frauenpolitik

Der Wert der Arbeit – ordentlich bezahlte Arbeit gleichermaßen für Frauen und zu menschenwürdigen Bedingungen – das war Kern einer konstruktiven Debatte auf der Konferenz der Frauen des ver.di-Fachbereichs Medien, Kunst, Industrie (FB 8) am 24. und 25. März 2007 in Berlin. Es galt, Bilanz zu ziehen und gleichfalls Pflöcke einzuschlagen, wie die Gewerkschaftsfrauen künftig die Politik von ver.di mitgestalten können.

Die Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, die Beteiligung von Frauen – „einer Minderheit von 51 Prozent" – am gesellschaftlichen Erwerbsleben habe bereits am Beginn ihrer aktiven Gewerkschaftsarbeit vor Jahrzehnten gestanden, erinnert sich Monique Troedel. Diese Auseinandersetzung wurde zunehmend mit Frauenthemen gefüllt. Heute gehe es vor allem um die gerechtere Verteilung von Arbeit und den Wert der Arbeit im gesellschaftlichen Kontext. Denn Frauen leisten nach wie vor viel Arbeit, die jedoch gar nicht oder schlecht bezahlt werde.

Fotos: Kirchgäßner

Kämpferische Aktionen gefordert

Troedel prangerte das „bürgerlich naive Frauenbild" an, das derzeit in der Gesellschaft geprägt wird, sowie eine Politik, die Frauen im „politischen Gestrüpp verwahrlosen lässt". Darüber hinaus erwarte man von Frauen aus der Mittelschicht und Intellektuellenkreisen offenbar ein volles Arbeitspensum und dann noch jede Menge gesunde Kinder. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sei eine nach wie vor aktuelle Forderung.

Monique Troedel, die sich nach 25 Jahren Frauenarbeit in der Gewerkschaft, lange Zeit als Vorsitzende des Frauenvorstandes im FB 8, aus dem „aktiven Dienst" verabschiedete, wünschte dem neuen Gremium und seinen Mitstreiterinnen „Kraft und Weitsicht sowie eine gute Zahnärztin, damit Ihr gute Zähne zum beißen bekommt". Die einstige Verlagsfrau geht beruflich in den Ruhestand, bleibt aber auf der politischen Bühne präsent, zunächst mit ihrer Kandidatur zur Bremer Bürgerschaft im Mai. Beherzte Dankesworte und den ausgesprochenen „Respekt für ihr persönliches Engagement" (Frank Werneke) bekam sie mit auf den Weg. Der neue Bundesfrauenvorstand des FB 8, dessen Vertreterinnen von den Landesfrauen gewählt worden waren, wurde einstimmig bestätigt.

Kriterien für eine „gute Arbeit"

Erwerbstätigkeit sei inzwischen für die meisten Frauen ein selbstverständlicher Teil ihrer Biographie, konnte Dr. Alexandra Scheele von der Universität Potsdam an ihre Vorrednerin anknüpfen. Während sich jedoch auf der einen Seite durchaus beeindruckende Emanzipationsgewinne für Frauen konstatieren ließen, gebe es in Deutschland nach wie keine Geschlechtergleichheit auf dem Arbeitsmarkt. So hätten Frauen heute bessere Bildungsabschlüsse, europaweit ein höheres Bildungsniveau als junge Männer. Auch die Erwerbsbeteilung von Frauen in Westdeutschland habe erheblich zugenommen (in Ostdeutschland ist sie gegenüber der DDR-Zeit gesunken, liegt aber immer noch über dem gesamtdeutschen Niveau).

Dennoch resultiert dieser Anstieg vor allem aus Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung. Fast 82 Prozent der weiblichen Erwerbstätigen arbeiten im Dienstleistungssektor und konzentriert im Niedriglohnbereich. Nach wie vor gibt es nur einen geringen Anteil von Frauen in Leitungs- und Entscheidungspositionen. Ungleich verteilt seien auch heute noch die Ressourcen Zeit und Geld. Die gewerkschaftliche Frauenpolitik stehe deshalb vor vielfältigen Herausforderungen. Ziel sei es, „die gleichberechtigte Erwerbsintegration von Frauen mit der sozialen Frage und mit dem Anliegen von ‚guter Arbeit' zu verbinden", so Alexandra Scheele.

In drei Arbeitsgruppen wurden bereits erste Kriterien für eine solche „gute Arbeit" fixiert. Normen für eine menschengerechte Arbeit aufstellen (kürzere Arbeitszeiten, gerechte Bezahlung, Flexibilität und auch Planbarkeit, Gesundheitsschutz), zerfranste Arbeitsverhältnisse – Leiharbeit, Praktika, Pilotprojekte, zunehmende Befristungen – wieder in „normale" Arbeitsverhältnisse zurückführen, sind nur einige Stichworte.

Die gewerkschaftliche Frauenarbeit müsse „sichtbarer werden", hob ver.di-Bundesfrauensekretärin Vera Morgenstern hervor. Ein Schritt in diese Richtung sei das „Betriebsrätenetzwerk – Gleichstellung im Betrieb". Es biete Möglichkeiten kollegialer Befragungen und damit den Austausch von Erfahrungen, Informationen über Veranstaltungen und vieles mehr. Erfolgreich werde ein Mentoring-Programm veranstaltet, bei dem erfahrene Kolleginnen jungen Frauen als „Partnerinnen" zur Seite gestellt werden. Im Ergebnis einer ersten Runde wurden einige der jungen Frauen in gewerkschaftliche Funktionen gewählt.

Neuer Bundesfrauenvorstand im Fachbereich 8

Heidrun Heidebreck, Baden-Württemberg; Industrie
Adelheid Beier, Baden-Württemberg; Verlage, Druck, Papier
Barbara Tedeski; Bayern; Darstellende Kunst
Agnes Kottmann; Bayern; Literatur-VS
Dallmer; Marianne, Berlin-Brandenburg; Verlage, Druck, Papier
Ingeborg Robert, Hessen; Verlage, Druck, Papier
Bettina Hoffmann, Niedersachsen-Bremen; Verlage, Druck, Papier
Brigitte Zielinski-Luplow, Nordrhein-Westfalen; Verlage, Druck, Papier
Elke Barbato, Nordrhein-Westfalen; Verlage, Druck, Papier
Almut Broer, Nord; Bildende Kunst
Silke Gorsegner, Rheinland-Pfalz-Saar; Medien
Annett Schaumann, Südost; Medien

Gewerkschaftsfrauen bringen sich aktiv in die Mindestlohnkampagne von ver.di ein

Von ver.di unterstützt worden war auch die DGB-Idee, die Mindestlohnkampagne in den Fokus des diesjährigen Internationalen Frauentages zu stellen. Die Aktionen zum 8. März in zwölf Städten seien sehr erfolgreich gewesen. Vera Morgenstern hob die Realisierung der Frauenquote in ver.di hervor, die besonders im Zuge der Organisationswahlen immer wieder debattiert werde. Und sie verwies mit Nachdruck auf die guten frauenpolitischen Informationsmaterialien von ver.di, die jedoch mehr beworben werden müssten (http://frauen.verdi.de).

„Ihr seid so etwas wie der Kitt, der den Fachbereich zusammenhält“, appellierte Frank Werneke an die Frauen auf der Konferenz. Denn die Attraktivität von Frauenpolitik kristallisiere sich in fachgruppenübergreifender Themenarbeit heraus, so der Fachbereichsleiter Medien, Kunst, Industrie und ver.di-Vize. Das sind Themen wie die Kampagne „Arbeit darf nicht arm machen – Mindestlohn 7,50“, die ver.di gesellschaftlich mit gesetzt habe. 4,3 Millionen Menschen arbeiten für weniger, 1 Million für so wenig, dass sie Zusatzleistungen der Arbeitsagentur erhalten. So arbeiten etwa die Beschäftigten der PIN-AG mit 4,50 Euro pro Stunden plus variablen Lohnbestandteilen. Letztere bezahlen dann Konkurrenten wie die Deutsche Post, die aufgrund gezahlter Tarifgehälter Sozialversicherungsbeiträge in Milliardenhöhe abführt. Die Erfolgschancen von Gewerkschaftspolitik hingen davon ab, wie es künftig gelinge, in Betrieben und Städten Aktion zu entfalten, mitunter vom „zivilen Ungehorsam am Arbeitsplatz“ bis hin zu politischen Streiks, hob Frank Werneke hervor.

In der anschließenden heftigen Diskussion forderten die Frauen von ver.di, mit mehr Schärfe aufzutreten, den Etikettenschwindel vieler verdeckter Subventionen für Unternehmen aufzudecken und sich doch wieder öfter auf das Grundgesetz zu berufen. Das derzeit diskutierte ver.di-Programm wurde als zu zahm, zu wenig kämpferisch und dabei auch noch zu wenig prägnant kritisiert. Frank Werneke hob den Stein auf und warf ihn zurück, indem er die Frauen aufforderte, diese Kritik sehr konkret an Programmpunkten festzumachen.

Ein Schwarzbuch Call-Center

In der Antragsdebatte erging demzufolge ein entsprechender Auftrag an den neuen Vorstand, der sich dafür mit dem ver.di-Frauenrat verständigen wird. Neben Anträgen zur Mindestlohnkampagne, zur Arbeitszeitverkürzung und zur Mitbestimmung innerhalb der Gewerkschaft wurde ein Initiativantrag beschlossen, der ver.di auffordert, ein „Schwarzbuch Call-Center“ herauszugeben, um die sklavenähnlichen Arbeitsbedingungen in diesen Unternehmen anzuprangern – ein großes Aufgabenpaket also auch für den neuen Vorstand.

Karin Wenk ■

Startschuss für mehr Jugendarbeit

Ergebnisse einer geplatzten Bundesfachbereichsjugendkonferenz – Antrag für eine existenzsichernde Ausbildungsvergütung

An dieser Stelle sollte eigentlich ein Bericht über die Bundesfachbereichsjugendkonferenz der medien+co.jugend (Fachbereich 8 Medien, Kunst und Industrie) in ver.di stehen. Leider musste die Konferenz, die vom 23. – 25. März 2007 in Berlin stattfinden sollte, kurzfristig aus Mangel an TeilnehmerInnen absagt werden. Das war insbesondere deshalb schade, weil der inhaltliche Schwerpunkt der Konferenz, der viel versprechende Vortrag von Martin Dieckmann zum Thema „Medienbranche. Unser Arbeitsplatz und unsere berufliche Perspektive“ nicht diskutiert werden konnte. Selbstverständlich hätte auch eine Diskussion um Anträge stattfinden sollen.

Schließlich waren rechtzeitig vor der Konferenz sieben Anträge bei der medien+co.jugend eingegangen. Diese wurden nun vom „alten“ Bundesfachbereichsjugendfachkreis, also der medien+co.jugend, die sich stattdessen am Wochenende traf, einstimmig beschlossen und an die nächsthöheren Konferenzen weitergeleitet. Die Anträge behandelten die Betreuungssituation der jugendlichen Mitglieder in ver.di (drei Anträge) bzw. die Ausbildung von JugendsekretärInnen.

Es wurden aber auch Anträge zu aktuellen Themen wie der Verschlechterung des Jugendarbeitsschutzgesetzes und die Forderung nach einer existenzsichernden Ausbildungsvergütung verabschiedet. Insbesondere mit dem letztgenannten Antrag möchte die medien+co.jugend die aktuelle Diskussion um den Mindestlohn um einen Punkt erweitern. Denn es ist nicht nur notwendig und sinnvoll für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns zu kämpfen, sondern auch die Ausbildungsvergütungen anzupassen. In manchen Branchen und Berufen, um Beispiel bei Veranstaltungstechnikern, sind diese Vergütungen so niedrig, dass den Auszubildenden ein elternunabhängiges Leben unmöglich ist. Dies steht natürlich im starken Gegensatz zur Doktrin der immer wieder geforderten maximalen Flexibilität und frühen Übernahme von Verantwortung auch von Auszubildenden.

Obwohl die medien+co.jugend zurzeit personell nur schwach besetzt ist, ist doch der Tatendrang und die politische Motivation zu gesellschaftlichen Veränderungen, wie die Anträge ausschnittartig zeigen, ungebrochen. Daher nutzen wir diese Möglichkeit, alle interessierten, jugendlichen ver.di-Mitglieder des Fachbereiches 8 aufzurufen, sich in der medien+co.jugend zu engagieren.

Der Kontakt kann über die E-Mail-Adresse medienjugend@gmx.de hergestellt werden.

Gesche Blanken ■

3. JAV-Konferenz

Vom 11. bis 13. Juni 2007 findet die dritte bundesweite JAV-Konferenz der ver.di-Jugend statt, diesmal in Willingen in Hessen. In Branchen- und Themenmeetings bieten sich zahlreiche Vernetzungsmöglichkeiten. In Workshops erarbeiten sich die Teilnehmenden Praxiswissen für eine konsequente Interessenvertretung. Jetzt anmelden unter: www.jav.info

Product Placement sehr eingeschränkt

EU-Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste bald unter Dach und Fach

Neuer Regelrahmen für das Fernsehen in Europa: In Kürze verabschieden EU-Kommission und -Parlament die neue „Richtlinie für audiovisuelle Mediendienste". Sie löst die bisherige „EU-Fernsehrichtlinie" ab. Den europäischen TV-Konsumenten droht der legalisierte Kommerz.

Foto: European Community, 2007

Verbraucherschutzkommissar Markos Kyprianou ist gegen grundsätzliche Zulassung von Produktplatzierungen

Mit der im Wendejahr 1989 verabschiedeten „EG-Fernsehrichtlinie" wurden erstmals europaweite Mindeststandards für Fernsehsender in Europa und für die Weiterverbreitung der Programme in anderen Mitgliedsstaaten festgelegt. Seitdem hat sich der audiovisuelle Sektor revolutioniert. Gab es vor 18 Jahren gerade mal an die 50 Programme in den einzelnen Mitgliedsstaaten, so tummeln sich – die Digitalisierung macht's möglich – derzeit mehr als 1.500 Kanäle in den Netzen, verbreitet vorzugsweise via Kabel und Satellit. Längst sind die elektronischen Medien auch ein relevanter Wirtschaftsfaktor. Nach EU-Angaben erzielten die knapp 500 TV-Unternehmen im Einzugsgebiet der Europäischen Union im Jahr 2003 einen Gesamtumsatz von 65 Milliarden Euro. Aus dieser rasanten Entwicklung folgen nun auch medienpolitische und -rechtliche Konsequenzen.

Nach einer ersten Überarbeitung 1997 befindet sich die TV-Richtlinie derzeit in einem neuen Revisionsprozess. Um die Details der Ausgestaltung gab es – von einer größeren Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet – heftige Auseinandersetzungen zwischen den einzelnen Interessengruppen. Dabei prallten die eher wirtschaftsliberalen Auffassungen der EU-Kommission, der großen TV-Unternehmen und konservativer Parteien auf Positionen in EU-Parlament und Gesellschaft, die sich einer verstärkten Kommerzialisierung der elektronischen Medien widersetzten. Zugleich erschwerten die unterschiedlichen nationalen (Fernseh-) Kulturen eine europäische Harmonisierung der entsprechenden Regelungen. Im Kern geht es um die nicht ganz neue Frage, ob der Rundfunk und die neuen Kommunikationsdienste in erster Linie als Wirtschaftsfaktor oder als Kulturgut zu betrachten seien. Wenn – wie derzeit angepeilt – die neue Richtlinie noch vor dem Ende der deutschen EU-Ratspräsidentschaft verabschiedet wird, muss sich zeigen, welche Interessen sich beim Ringen um die einzelnen Detailbestimmungen durchgesetzt haben.

Schleichwerbung ist verboten

Erwartungsgemäß gab es ein heftiges Ringen der diversen Akteure vor allem um die Regulierung der Werbung und ihrer unterschiedlichen Erscheinungsformen. Dabei tritt neben die bislang verwendeten Begriffe „Fernsehwerbung", „Teleshopping" und „Sponsoring" die neue Sprachfigur der „audiovisuellen kommerziellen Kommunikation". Damit dehnt die EU-Kommission die bislang für TV-Werbung gültigen Standards auf alle von der Richtlinie erfassten Mediendienste aus, also auch auf audiovisuelle Abrufdienste. Gegen die Inhalte dieser Standards ist aus Verbrauchersicht wenig einzuwenden: Werbung soll klar als solche erkennbar sein, darf nicht mit subliminalen Techniken Gehirnwäsche betreiben und Schleichwerbung ist generell untersagt. Ob das Europaparlament für seine Zusatzforderung, wonach die Lautstärke der Werbung nicht über der durchschnittlichen Lautstärke des restlichen Programms liegen darf, Gehör findet, ist noch ungewiss. Zu den bisherigen inhaltlichen Restriktionen bei der Alkohol- und Tabakwerbung gesellen sich weitere Anforderungen, etwa ein Werbeverbot für verschreibungspflichtige Arzneimittel und medizinische Behandlungen. Das Europaparlament strebt darüber hinaus einen Verhaltenskodex für Kinderprogramme an, um die Dauerberieselung der Kleinen etwa mit Fast-Food-Verheißungen und Süßigkeitenspots zu unterbinden.

In Sachen Werbezeiten scheinen sich die Liberalisierer weitgehend durchgesetzt zu haben. Das bisher bestehende Blockwerbegebot wird für Sportprogramme künftig voraussichtlich aufgehoben. Gleichzeitig werden die bisherigen quantitativen Werbegrenzen gelockert. Die aktuell gültige Höchstgrenze von 20 Prozent der täglichen Sendezeit für Werbe- und Teleshoppingspots sowie andere Werbeformen gehört bald der Vergangenheit an. Auch die Regeln für Abstände und Platzierung von Werbung wurden weitgehend gelockert.

Die intensivsten Konflikte kreisten um die Frage der Zulässigkeit von Produktplatzierungen. Bei der nicht ganz ein-

fachen Abgrenzung von Product Placement und Schleichwerbung kamen selbst Spezialisten gelegentlich ins Schwitzen. Gerade in Deutschland hatten in jüngster Vergangenheit die bei fast allen großen Sendern registrierten Sündenfälle die Debatte angeheizt. Erinnert sei an die von epd medien aufgedeckten Fälle beim ZDF („Sabine, Sabine“) und den ARD-„Marienhof“-Skandal. Daher war gerade hierzulade die Aufregung groß, als die für Medienpolitik zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding Ende 2005 in ihren Entwurf der TV-Richtlinie erstmals die – von kleineren kosmetischen Einschränkungen abgesehene – grundsätzliche Zulassung von Product Placement präsentierte. Zur Begründung für diesen Coup wurde von Beginn an das Argument einer größeren Chancengleichheit der europäischen Filmindustrie bei der Erschließung neuer Finanzquellen ins Feld geführt. Offenbar nach dem Motto: Was James Bond Recht ist, muss Derrick billig sein!

Diese extrem wirtschaftsfreundliche Position stieß jedoch nicht nur bei Verbraucherschutzkommissar Markos Kyprianou, sondern auch beim Europaparlament und -rat auf Widerstand. Beide Institutionen setzten sich mit ihrem Verlangen nach einem „grundsätzlichen“ Verbot von Produktplatzierung vordergründig durch. Allerdings ebenfalls mit einigen Ausnahmen: In bestimmten Programmgenres wie Kinofilmen, Fernsehfilmen und -serien sowie bei Sportübertragungen soll Product Placement erlaubt sein, soweit im jeweiligen Mitgliedsstaat keine andere Regelung vorgesehen ist. Damit die Werbung weniger „schleichend“ daher kommt, sollen die Sender entsprechende Programme bei Sendebeginn und -ende kennzeichnen. Auch bei einer Werbeunterbrechung muss eine weitere Kennzeichnung folgen.

Punktsieg für Filmindustrie

Ob solche Kompromissformeln im Zeitalter des Zapping beim Verbraucher irgendeine Wirkung erzielen? Festzuhalten bleibt, dass die Filmindustrie in dieser Frage einen klaren Punktsieg erzielt hat. Denn Filme, Serien und Sport waren bislang schon die Genres, in denen die meisten Verstöße gegen das Verbot von Product Placement registriert wurden. Was unter den neuen Regeln das grundsätzliche Bekenntnis zur Trennung von Werbung und Programm noch wert ist, bleibt abzuwarten. Auch die Hoffnung der Sender auf zusätzliche Werbeerlöse könnte sich als trügerisch erweisen. Was für die vermeintlich effizientere Werbeform des Product Placement abgezweigt wird, geht bei stagnierendem Gesamtumsatz der Branche vermutlich bei der Spotwerbung verloren.

Mit grundsätzlich anderen Weichenstellungen ist nach dem Verlauf der bisherigen Debatte nicht zu rechnen. Nach Ansicht der meisten Beteiligten gilt es als wahrscheinlich, dass der EU-Ministerrat Ende Mai der aktuellen Fassung zustimmt und das EU-Parlament in zweiter Lesung bis zur Sommerpause Ende Juni die neue „EU-Richtlinie für audiovisuelle Medien“ beschließt. Für die Befürworter einer stärkeren Entfesselung der Werbung in ihren unterschiedlichen Facetten dürfte dies ein Feiertag werden. Allerdings sind Werbeliberalisierung und Product Placement der Preis dafür, medienspezifische Regeln auch für audiovisuelle Dienste durchzusetzen.

Günter Herkel ■

Lernen von den Briten

Politische Vorgaben zum Schutz kleiner Filmproduktionsfirmen

Bei Film und Fernsehen arbeiten viele Beschäftigte befristet oder als Selbstständige. Ausgerechnet in Großbritannien ist es gelungen, die prekären Jobs durch staatliche Medienpolitik abzusichern.

Die Arbeitsbedingungen in der Medienbranche sind härter geworden. Feste Stellen sind vielerorts schon lange die Ausnahme und Auftragsarbeiten die Regel. Vor allem um die privaten Sender herum spannt sich ein weit verzweigtes Netz von Subfirmen und Freiberuflern. Gutes Geld wird nur so lange verdient, wie die Einschaltquote stimmt. Wenn die Sendung floppt, ist das Projekt zu Ende. Für langjährige Angestellte wären dann teure Abfindungen fällig, formal Selbstständige dagegen verursachen keine weiteren Kosten. Die Firmenzentralen sind personell ausgedünnt, beschränken sich auf Koordination. Sie bilden nur noch den zentralen Knoten innerhalb einer „hybriden" Struktur, in dem Auftraggeber und Auftragnehmer zeitlich begrenzt kooperieren.

Interessenverbände zersplittert

Innerhalb dieser zerfaserten Verhältnisse entstehen aber durchaus neue Verbindlichkeiten. Pauschalisten oder „Feste Freie", deren widersprüchlicher Status sich schon in der Sprache ausdrückt, umkreisen den Kern als stabile Satelliten. Für den Bereich Film und Fernsehen unterscheidet eine aktuelle Studie an der Universität Osnabrück zwischen „abhängigen" und „unabhängigen" Produktionsfirmen: Wenige große Zulieferer, so die Sozialwissenschaftler Helmut Voelzkow und Sabine Elbing, würden „systematisch bevorzugt", während Kleinunternehmen zu Opfern eines „ruinösen Wettbewerbs" zu werden drohten.

Die Untersuchung, von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert, vergleicht die Strukturen der Interessenvertretung in der deutschen Medienwirtschaft mit denen in Großbritannien. Jenseits des Kanals schützen politische Vorgaben, die eine Kooperation der Sozialpartner überhaupt erst ermöglichen. Ein vergleichbarer rechtlicher Rahmen wurde bei der Einführung des Privatfernsehens in Deutschland nicht gesetzt. „Die Medienpolitik hat darauf verzichtet, der unabhängigen Film- und Fernsehproduktion durch regulative Markteingriffe den Rücken zu stärken", heißt es in einem Bericht des Forschungsprojektes.

Anders als in Großbritannien sind die deutschen Interessenverbände stark zersplittert. In der „heterogenen" Großgewerkschaft ver.di, so die Studie, seien die Mitarbeiter von Film und Fernsehen „nur eine kleine Teilmenge". Positiv hervorgehoben wird in diesem Zusammenhang das Projekt connexx.av, das seit Ende der neunziger Jahre mit neuen Formen der Ansprache den Kontakt zu Medienbeschäftigten sucht. Auf der Arbeitgeberseite existiert eine Vielzahl von Produzentenvereinigungen nebeneinander, das gemeinsame Dach „Spitzenorganisationen der Filmwirtschaft" (SPIO) ist lediglich eine Art Branchenforum. „Wenn ver.di Vereinbarungen abschließen will, hat sie es gleich mit mehreren Verhandlungspartnern zu tun, die aber aufgrund ihrer internen Konfliktlinien zurückhaltend agieren", analysieren Voelzkow und Elbing.

Im Vergleich dazu sind die britischen Verhältnisse klar strukturiert. Es gibt nur einen Zusammenschluss der Produktionsfirmen, die „Producers Alliance for Cinema and Television" (PACT), die gegenüber der staatlichen Regulierungsbehörde „Ofcom" als Interessenvertretung auftritt und überbetriebliche Vereinbarungen aushandelt. Die Spezialgewerkschaft „Broadcasting Entertainment Cinematograph & Theatre Union" (BECTU) organisiert neben den Festangestellten auch die zahlreichen Selbstständigen der Branche. Die Mediengesetzgebung sichert den unabhängigen TV-Zulieferern eine garantierte Abnahme zu: 25 Prozent der Sendezeit in öffentlichen wie privaten Kanälen hat sie für die Kleinproduzenten reserviert.

Zugleich sind die britischen Verbände autorisiert, Arrangements über so genannte „Terms of Trade" und „Codes of Practise" zu treffen. Im Kern geht es darum, dass die Urheberrechte der gelieferten Produktionen nicht mitverkauft werden, sondern bei den Herstellerfirmen verbleiben. Weil vergleichbare Regelungen fehlen, lenken die deutschen Fernsehsender ihre Gelder zum größten Teil in von ihnen abhängige Tochterunternehmen. Für freie Anbieter bleibt kaum etwas übrig. Kleinere Filmproduzenten haben „praktisch keine Chance, ihre wirtschaftliche Eigenständigkeit über die Verwertungsrechte zu stabilisieren", kritisiert Voelzkow.

Gesetze sichern Sendegarantien

In Großbritannien, so das Ergebnis der Osnabrücker Studie, existiere ein „gewisser staatlicher Bestandsschutz", weil die Medienpolitik eine „Verschiebung des Marktes" zu Lasten der Minifirmen unterbindet. Gesetze sichern der unabhängigen Fernsehproduktion über Sendegarantien ihr Überleben. In Deutschland dagegen sehen sich die Produzenten der Marktmacht der Medienkonzerne schutzlos ausgeliefert. Die Folge sind miese Arbeitsbedingungen vor allem für freie Mitarbeiter, an die der wirtschaftliche Druck weitergegeben wird.

Die Untersuchung beschreibt „prekäre Beschäftigungsverhältnisse mit extensiven Arbeitszeiten, teilweise auch mit deutlich schlechterer Bezahlung als in den Jahren des Wachstums". In der Privatwirtschaft existiere „praktisch keine Tarifbindung", die Übernahme der Kosten für die Aus- und Weiterbildung sei ein dauernder Streitpunkt. Es fehle ein Rechtsrahmen. „Die Medienpolitik des Staates macht den Unterschied", so die Kernaussage der Studie. Noch nicht berücksichtigt wurde an dieser Stelle von den Wissenschaftlern offenbar der im Frühjahr 2006 abgeschlossene Film-Tarifvertrag zwischen ver.di und den Produzentenverbänden. Er soll und kann jedoch lediglich die „Hartz-Schäden" für Filmschaffende abfedern. Dabei werden über Zeitkonten sozialversicherungspflichtige Beschäftigungstage so berechnet, dass viele Filmschaffende nach einer Verkürzung der Anrechnungszeiten für Arbeitslosengeld überhaupt die Chance haben, ALG I zu erhalten.

Die Studie

Der Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück untersuchte die „Dienstleistungen der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in der Film- und Fernsehproduktion im deutsch-britischen Vergleich". Wichtigste empirische Grundlage waren standardisierte Interviews, die mit jeweils zwanzig Produktionsunternehmen der Branche in London und Köln geführt wurden.

Kontakt: Prof. Dr. Helmut Voelzkow, Universität Osnabrück, Seminarstraße 33, 49069 Osnabrück. Telefon 0541 / 969 – 42 07, E-Mail: helmut.voelzkow@uos.de

Die Empfehlungen des Forschungsprojektes legen dem deutschen Gesetzgeber nahe, die „Spielregeln“ der Branche zu verändern. Die Wissenschaftler schlagen vor, dass Sender, Produzentenvereinigungen und Gewerkschaften „auf der Grundlage von politisch vorgegebenen ‘Codes of practice’ über die Mindestbedingungen in ihrem Organisationsbereich verhandeln und ‘Terms of Trade’ festlegen“. Im zweiten Schritt könne man dann über Arbeitsstrukturen und soziale Sicherung der festen und freien Beschäftigten reden. Erst diese Politik der „regulierten Selbstregulierung“ habe die britischen Verbände handlungsfähig gemacht. Indirekt haben die Freelancer der britischen Film- und Fernsehwirtschaft ihren besseren Status ausgerechnet Margaret Thatcher zu verdanken: In die Amtszeit der erzkonservativen Premierministerin fielen die medienpolitischen Weichenstellungen der 1980er Jahre. Thatcher habe es mit Sicherheit fern gelegen, die Gewerkschaften zu fördern, stellt Helmut Voelzkow fest: „Das war kein politisches Projekt, sondern eher eine nicht beabsichtigte Nebenfolge.“

Thomas Gesterkamp ■

KEK: Mediale Vielfaltssicherung durch Sachverstand sicherstellen

Bei der Vorlage ihres dritten Konzentrationsberichts hat die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) vor „neuen Herausforderungen durch crossmediale Verflechtung“ gewarnt. Die Digitalisierung habe die Zahl der Fernsehprogramme in Deutschland in den letzten drei Jahren fast verdoppelt.

Nach Ansicht des KEK-Vorsitzenden Dieter Dörr führe zwar die Digitalisierung zu mehr Programmvielfalt. Zugleich werde das „mediale Einprodukt-Unternehmen aber zum Ausnahmefall“, wüchsen integrierte Konglomerate und betätigten sich neue Unternehmen auf den Medienmärkten. „Dramatische Änderungen“ bringen neue Probleme, denen sich die Medienregulierung zu stellen habe. Dazu gehören klare Definitionen, was ein Rundfunkveranstalter ist und welche Rolle Sendeplattformen spielen. Auch sollten „Kontrollverfahren vereinfacht und miteinander sinnvoll verknüpft werden“. Zum Beispiel braucht die KEK laut Dörr „Ermittlungs- und Durchsetzungsbefugnisse wie das Kartellamt“.

Die von den Staatskanzleien der Bundesländer vorbereiteten medienpolitischen Reformen sieht Dörr sehr kritisch. Unter anderem ist vorgesehen, die KEK als eigenständiges Organ der Landesmedienanstalten abzuschaffen und die sechs Sachverständigen in eine der drei zentralen Kommissionen zusammen mit sechs Direktoren von Landesmedienanstalten zu integrieren. „Vielfaltsicherung gehört in die Hand eines unabhängigen gerichtsähnlichen Spruchkörpers mit Sachverstand, sagte Dörr. Nur so könne „eine in Europa einmalige Transparenz von Medienmarktverhältnissen“ aufrechterhalten werden. Eine Weichenstellung für die Reformen im 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag soll noch im Sommer 2007 erfolgen.

how ■

Zunehmende Kontrollen

Karikatur: Petra Kaster

Künstlersozialversicherungsgesetz geändert: Beitrags-Rückzahlungen und Ausschlüsse möglich

Der Bundestag hat am 22. März die dritte Novelle des Künstlersozialversicherungsgesetzes (KSVG) beschlossen – und fast alle sind voll des Lobes: Die Novelle stärke „das finanzielle Fundament" der Künstlersozialversicherung, erklärte das Bundessozialministerium. Kulturstaatsminister Bernd Neumann (CDU) sieht jetzt „eine höhere Beitragsgerechtigkeit". Und der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Klaus Brandner, erkennt „den besonderen Vorzug" darin, dass „die drängenden Finanzierungsprobleme aus dem System heraus gelöst werden".

Obwohl die Novelle positive Elemente enthält, kann ver.di in diesen Lobgesang nicht einstimmen. Denn für einige der derzeit rund 150.000 freiberuflichen Künstler und Publizisten, die über die Künstlersozialkasse (KSK) versichert sind, könnten die Änderungen böse Folgen haben.

Dies betrifft zum einen diejenigen, die von der Pflicht zur Krankenversicherung befreit sind. Sie erhalten vielfach von der KSK einen Beitragszuschuss zu ihrer freiwilligen oder privaten Kranken- und Pflegeversicherung. Dafür müssen sie – auch derzeit schon – „zur Berechnung des endgültigen Zuschusses" bis zum 31. Mai des Folgejahres ihr tatsächlich erzieltes Jahreseinkommen vom vergangenen Jahr melden (bei den anderen Versicherten reicht bis Anfang Dezember die Schätzung des voraussichtlichen Arbeitseinkommens für das Folgejahr). Der neu eingefügte Paragraf 10b KSVG ermöglicht es nun, dass der Beitragszuschuss „für die Vergangenheit" zurückgenommen wird, wenn die Meldung zum tatsächlichen Jahreseinkommen „in wesentlicher Beziehung unrichtige Angaben enthält".

Beiträge anpassen

Bisher konnte die KSK zu viel gezahlte Zuschüsse nur dann zurückfordern, wenn bei Fehl-Meldungen Vorsatz oder grobe Fahrlässigkeit nachgewiesen werden konnte. Künftig ist das aber auch schon möglich, wenn den Versicherten gar keine Schuld an unrichtigen Angaben trifft – etwa weil er Ende Mai noch gar keine exakten Zahlen zu seinem Vorjahresverdienst hat. Darüber hinaus droht Journalisten oder Fotografen, die ihrer Meldepflicht nicht richtig nachkommen – wie bisher – ein Bußgeld bis zu 5.000 Euro. Wegen ungenauen Schätzungen seines voraussichtlichen Einkommens braucht dennoch weiterhin niemand Sanktionen zu befürchten. Beitragsanpassungen sind nach wie vor nur für die Zukunft möglich.

Auch Künstler oder Publizisten mit nicht-künstlerischen bzw. -publizistischen Einkommensquellen oder wenig Verdienst müssen jetzt Nachteile befürchten. Nach dem erweiterten Paragrafen 13b kann die KSK nämlich künftig von allen differenzierte Angaben und Nachweise darüber verlangen, „in welcher Höhe Arbeitseinkommen aus künstlerischen, publizistischen und sonstigen selbstständigen Tätigkeiten in den vergangenen vier Kalenderjahren erzielt wurde". Als Nachweise sollen insbesondere die Einkommenssteuerbescheide und Gewinn- und Verlustrechungen dienen. Die Arbeitseinkommen sollen durch „eine wechselnde jährliche Stichprobe" kontrolliert werden. Dabei geht der Gesetzgeber davon aus, dass pro Jahr „nicht unter fünf Prozent" der Versicherten überprüft werden.

Es wird also wohl bald nicht nur mehr kontrolliert, sondern dabei auch stärker auf „sonstige" Einnahmen geachtet, die nicht KSK-pflichtig sind. Dabei kann es einer literarischen Übersetzerin, die mehr als 400 Euro im Monat für die Übersetzungen von (nicht zur Veröffentlichung bestimmten) Gutachten bekommt, leicht passieren, dass sie den Schutz der Kranken- und Pflegeversicherung über die KSK verliert. Denn bei regelmäßig mehr als 400 Euro Einnahmen aus nicht-künstlerischer Tätigkeit bekommt sie keinen Zuschuss zur Kranken- und Pflegeversicherung von der KSK. Das war zwar bisher schon so, konnte aber kaum systematisch kontrolliert werden. Außerdem könnte bald wohl auch so mancher Niedrigverdiener an den neuen Kontrollmöglichkeiten scheitern. Wer als langjähriger freier Künstler in den vergangenen sechs Jahren öfter als zwei Mal weniger als 3.900 Euro – der erforderlichen Mindesteinnahme für die Versicherungspflicht – versteuert hat, muss sich darauf einstellen, dass die KSK ihn künftig rauswerfen wird.

Meldepflichten nachkommen

Auch die Verlage, Rundfunk- und Fernsehsender, Theater oder Galerien müssen sich jetzt auf andere, effizientere Kontrollen einstellen. Die vergangenen Jahre hätten gezeigt, „dass eine erhebliche Zahl der zur Künstlersozialabgabe verpflichteten Unternehmer ihren Meldepflichten nicht nachgekommen" sei, heißt es in der Begründung zur Gesetzesnovelle. Statt der KSK werden künftig die Prüfdienste der Rentenversicherung kontrollieren, ob und in welcher Höhe abgabepflichtige Honorare angefallen sind. Sie sind bislang auch schon als Kontrolleure für andere Sozialversicherungszweige tätig. Durch ihren Einsatz und die Erhöhung des maximal möglichen Bußgeldes von bisher 5.000 auf „bis zu 50.000 Euro" bei unvollständigen Honoraraufzeichnungen soll sich „der Kreis der Zahler" und die „Abgabegerechtigkeit" bei den abgabepflichtigen Unternehmen deutlich erhöhen. Dafür würde der Novelle dann tatsächlich Lob gebühren.

Hans Nakielski ■

Zähes Ringen

Erhalt eines aussagekräftigen Presseausweises eingefordert

Der Presseausweis muss als Legitimations- und Arbeitsinstrument für Journalisten in seinem Wert und seiner Aussagekraft erhalten bleiben. Darauf haben die vier ausstellungsberechtigten Verbände in einem eindringlichen Schreiben an den amtierenden Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, den Berliner Innensenator Dr. Ehrhart Körting, im Februar noch einmal nachdrücklich hingewiesen.

Nun kam es Mitte März zu einem Gespräch mit dem Senator, das Hoffnung auf einen verantwortlichen Umgang mit dem Thema macht. Zuvor waren mehrere Schreiben – auch an das bis Dezember 2006 federführende Bayerische Innenministerium – ohne Resonanz geblieben. So schien der Fortbestand des bundeseinheitlichen Presseausweises als aussagekräftigem Dokument, das seinem Inhaber die hauptberufliche journalistische Tätigkeit und damit seinen Anspruch auf behördliche Information bestätigt, nicht endgültig gesichert. Nach einem ersten Beschluss der Innenministerkonferenz (IMK) im Mai letzten Jahres sollte der Kreis der Bezugsberechtigten ebenso ausgeweitet werden wie die Zahl der Verbände, die in Zukunft dafür zuständig sein sollten – beides nach nur sehr allgemein formulierten Kriterien (siehe M 6 / 2006).

Unter Hinweis auf die Notwendigkeit für Journalisten ebenso wie für Behörden, „Irritationen über die Berechtigung von Ausweisinhabern zu vermeiden“, forderten die Verbände noch einmal die Beschränkung auf eine überschaubare professionelle Gruppe von Ausstellungsverbänden: „Alle Beteiligten sind auf ein einfach zu handhabendes Legitimationsverfahren angewiesen, wenn sie ihre jeweilige Aufgabe sachgerecht erfüllen wollen.“

Innenministerkonferenz legt Anforderungen fest

Deshalb sei das Verfahren des zuständigen Arbeitskreises I der IMK nicht sachdienlich, der auch nach mehreren Beratungen mit den Verbänden den Kreis in nicht nachvollziehbarer Weise ausweiten wollte und dabei seiner Aufgabe, die Interessenten entsprechend zu überprüfen, in keiner Weise nachgekommen sei. Immerhin sollten ja nach Beschluss der IMK künftig für alle Organisationen, die Presseausweise ausstellen, bestimmte Anforderungen gelten. Sie müssten gewährleisten, dass die Ausweise „nur nach Prüfung der materiellen Voraussetzungen ausgestellt und bei deren Wegfall auch wieder eingezogen“ werden. Dazu müssen die Verbände „ausreichend zuverlässig und funktionsfähig“, aber auch „durchsetzungsfähig“ sein, und dafür notwendige strukturelle Voraussetzungen und Branchenkenntnisse nachweisen. Die Ausgabe von Presseausweisen dürfe nicht „der Hauptzweck des Verbandes“ sein. Zur Überprüfung von Mitgliederzahl, demokratischer organisatorischer Struktur und Arbeitsweise verließ sich der AK1 auf die äußerst sparsam abgefragten tabellarischen Selbstauskünfte der Organisationen – und nahm bislang selbst die abweichenden Selbstdarstellungen auf den eigenen Internetseiten nicht zur Kenntnis.

Das haben die bisher ausstellungsberechtigten Verbände angemahnt – sie haben nämlich für ihre Mitglieder und für diejenigen, für die sie bisher verantwortungsvoll Ausweise ausgestellt haben, ein profundes Interesse auch künftig an der Legitimationskraft des Ausweises gegenüber Behörden, Justiz und Polizei. Dazu gehört auch die Überschaubarkeit, Kenntnis und Legitimation der Aussteller eines Dokuments. Dieses Interesse hat inzwischen auch der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft GdP, Konrad Freiberg, in einem Schreiben an die IMK deutlich gemacht. Mit einzelnen Verbänden, die die Kriterien der IMK erfüllen, wurde inzwischen über das künftige Procedere einvernehmlich gesprochen – auch sie wollen einen aussagekräftigen und verbindlichen Ausweis. Diese Verhandlungen waren bis Mitte März fristgerecht aufgenommen, die Bereitschaft dazu im Oktober 2006 ebenso mitgeteilt wie die begründete Ablehnung anderer Kandidaten – AK1 und IMK sind am Zuge. *Red / mf* ■

Anzeige

Puppen tanzen an der langen Leine

Madsack-Konzern unter Holding-Dach in einzelne Teile zergliedert

Die Verlagsgruppe Madsack galt bislang als Vorreiter für den perfektionierten digitalen Workflow. Nun schlagen die Niedersachsen einen neuen Weg ein: Der Medienkonzern wird aufgespalten, die einzelnen Unternehmensteile sollen sich auf ihren „Märkten" behaupten, ohne die schützende Hand des Mutterhauses.

Das zehnstöckige Anzeigerhochhaus ist eines der Wahrzeichen der niedersächsischen Landeshauptstadt. Es war das erste Hochhaus Hannovers, Ende der 20er Jahre von Madsack als Verlagshaus erbaut, wurde dort Pressegeschichte geschrieben: Der Medienkonzern nahm hier seinen Anfang und auch die Wiege des Nachrichtenmagazins Der Spiegel stand dort. Auch die heutige Geschäftsleitung hat ein Faible für innovative Architektur. Hinter dem Anzeiger-Hochhaus ließ sie von Stararchitekt Alessandro Mendini ein neues Gebäude entwerfen. Dort residiert bereits seit einigen Monaten die Madsack Supplement GmbH. In einigen Monaten wird die Neue Presse, neben der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung Madsacks zweite Tageszeitung in Hannover, dort einziehen. Nah den Wurzeln des Konzern, verlässt die Neue Presse quasi zeitgleich mit dem Umzug auf der anderen Seite den sicheren Hafen des Mutterhauses.

Foto: Oliver Förste

Dienstleister gleich Kunde

Noch befinden sich die Redaktionen der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ), der Neuen Presse (NP) und der Heimatzeitung genauso wie der Verlagsbereich und die Druckerei unter dem Dach der Verlagsgesellschaft Madsack GmbH & Co. KG. Die NP und die Heimatzeitung, in der die regionalen Beilagen zusammengefasst sind, sollen jedoch in Kürze in Kommanditgesellschaften (KG) umgewandelt werden. Die Verlagsgesellschaft fungiert dann für sie nur noch als Holding. Dies ist aber erst der Anfang: In den kommenden vier Jahren plant die Geschäftsleitung weitere Unternehmensteile in eigene Gesellschaften zu überführen. Wie viele es schlussendlich sein werden, soll noch nicht feststehen. Dies wurde der Belegschaft auf einer Betriebsversammlung Mitte März mitgeteilt.

Die Inhalte will Madsack künftig crossmedial verwerten, also im Online- und im Printbereich, im Hörfunk aber auch im TV. Die Einzelunternehmen sollen auf ihren „Märkten" freier, wendiger und schneller agieren können. „Sie sollen Dienstleister und gleichzeitig Kunden sein", fasst Rainer Butenschön, Betriebsratsvorsitzender von Madsack die Rolle dieser neuen Gesellschaften zusammen: „Die Holding lässt die Puppen an der langen Leine tanzen." Dies könnte zum Beispiel bedeuten, dass die HAZ, nicht mehr die eigene Anzeigenabteilung beschäftigt, sondern eine Fremdfirma, wenn deren Angebot günstiger ist. „Der Markt kommt näher ins Haus", beschreibt Butenschön die Pläne.

Auf den ersten Blick handelt es sich um Auslagerungen, wie sie fast alle Verlagshäuser in den vergangenen Jahren praktiziert haben. Bei Madsack liegt der Fall jedoch anders: Kostendumping durch simples Outsourcing steht bei den Hannoveranern nicht im Vordergrund. Stattdessen wurde in den vergangenen fünfzehn Jahren der digitale Workflow (computergestützte Steuerung von Arbeitsvorgängen) im gesamten Konzern optimiert. Bereits seit Mitte der 90er Jahre können zum Beispiel die Kunden am heimischen PC ihre Anzeigen aufgeben oder die Zeitung für die Urlaubszeit abbestellen. „Das Abrechnungsprocedere läuft vollautomatisch", sagt Rainer Butenschön. Madsack nahm damit eine Vorreiterrolle ein, die Branche schaute fasziniert zu und seit einigen Jahren ziehen die anderen Verlagshäuser nach.

Straff durchorganisiert, mit exakt rationalisierten Arbeitsschritten konnte Madsack die Kosten im Konzern radikal senken und die Zahl der Arbeitsplätze von 1.600 im Jahr 1992 auf heute ca. 870 fast halbieren. Im Geschäftsbericht 2005 heißt es: „Mit einem Konzern-Jahresüberschuss von 54,2 Mio. Euro (Vorjahr 46,0 Mio. Euro) konnte dennoch ein sehr zufrieden stellendes Konzernergebnis erwirtschaftet werden. Die Ergebnissteigerung basiert im Wesentlichen auf der guten Entwicklung von Konzerngesellschaften sowie langfristig angelegten Kostensenkungen vor allem im Personalbereich und bei den Produktionsprozessen."

Steigender Leistungsdruck

Doch diese Variante ist ausgereizt, die Betriebs- und Personalkosten können in dem perfektionierten System nicht entscheidend weiter gesenkt werden. Die Geschäftsführung läutet mit der Holding deshalb den nächsten Schritt für noch mehr Effizienz ein und holt den Wettbewerb der Märkte ins Haus. Wie der passgenau abgestimmte digitale Workflow nach den Ausgründungen aufrecht erhalten werden kann, ist bisher noch nicht geklärt.

Der Betriebsrat befürchtet, dass durch die Aufspaltung der Leistungsdruck steigen wird. Zudem könnte die neue Strate-

gie im Einzelfall auch schief gehen. Deshalb fordern die Arbeitnehmervertreter nicht nur die Übernahme sämtlicher Betriebsvereinbarungen für alle neuen Unternehmen sowie Qualifizierungsangebote für die Beschäftigten und das Recht auf Weiterbeschäftigung im Konzern, wenn Entlassungen drohen.

Die Geschäftsleitung hat auf der Betriebsversammlung zugesagt, dass die beiden neuen Gesellschaften den Arbeitsgeberverbänden beitreten werden. Damit wären sie tarifgebunden. ver.di und DJV fordern die Tarifbindung für alle Ausgründungen. Die Gewerkschaftsmitglieder aus dem Betrieb haben eine betriebliche Tarifkommission gewählt, die die Frage der Betriebsaufspaltung mit der Geschäftsleitung verhandeln soll. Beim Berliner Verlag konnte auf dem Weg eines Konzerntarifvertrages einiges erreicht werden, als dieser von Finanzinvestoren gekauft wurde.

Weniger Freistellungen

Dass die Verlagsgesellschaft zerlegt wird, lässt sich jedoch nicht verhindern. Deshalb beobachtet Rainer Butenschön die Entwicklung mit Sorge. „In den aufgespaltenen Betrieben werden weniger als 200 Beschäftigte tätig sein“, erklärt er. „Dies bedeutet am Ende pro Betrieb weniger Betriebsratsmitglieder und vorerst keine Freistellungen.“ Zwar bleibt der bisherige Betriebsrat im Amt, aber fünf der Arbeitnehmervertreter sind bei der Heimatzeitung und der Neuen Presse beschäftigt, die dann ausscheiden würden. Spätestens wenn alle neuen Gesellschaften gegründet sind, soll es nach dem Willen der Geschäftsleitung den Betriebsrat in der bisherigen Form nicht mehr geben. Dagegen verfolgen ver.di und der Betriebsrat das Ziel einer gemeinsamen Interessenvertretung. *Silke Leuckfeld* ■

Schon entdeckt?

Engagierte Medien abseits des Mainstreams sind hochinteressant, aber wenig bekannt. Deshalb stellt M mit dieser neuen Rubrik in jedem Heft eines davon vor.

ohrenkuss … da rein, da raus

Das ohrenkuss-Team bei einem Fototermin auf einem Kölner Hinterhof

Die Zeitschrift sticht ins Auge: ein einfallsreiches Layout im Querformat, griffiges Papier, ausgezeichnete Fotos. Die Optik kann sich sehen lassen und ist wichtig, „um den Texten einen angemessenen Rahmen zu geben“, wie Katja de Braganca, Gründerin und Chefredakteurin des ohrenkuss betont. Und tatsächlich, die Texte haben es in sich. Sie überraschen mit Poesie und Rhythmik, einer direkten Sprache und einer Art, Dinge unverblümt beim Namen zu nennen. So besonders wie die Texte sind die Autorinnen und Autoren des ohrenkuss – alle haben das Down Syndrom.

Sie haben 47 statt 46 Chromosomen, das 21. Chromosom ist dreimal da, weshalb auch von „Trisomie 21“ die Rede ist. Ärzte und Wissenschaftler meinen teilweise heute noch, dass Menschen mit Down-Syndrom weder lesen noch schreiben lernen können. Auch die Humangenetikerin Katja de Braganca glaubte dies zunächst. Als sie an der Universität alte und junge Menschen mit Down Syndrom kennen lernte, merkte sie jedoch, wie verfälschend Vorurteile sein können. Endgültig „Klick“ machte es bei ihr auf einer internationalen Tagung in Madrid: De Braganca las einen gut geschriebenen Text über Robin Hood, „mit interessanten Sätzen und schönen Metaphern.“ Der junge Autor hatte das Down-Syndrom.

Zehn Jahre später ermöglichte die Volkswagen-Stiftung ein Projekt zur Fragestellung „Wie erleben Menschen mit Down Syndrom die Welt, wie sieht die Welt Menschen mit Down Syndrom?“ Vier Hefte entstanden daraus. Angela Fritzen, ohrenkuss-Autorin der ersten Stunde, gab danach den Anstoß: „Vier Ausgaben sind noch keine Zeitschrift, wir müssen weitermachen“. Katja de Braganca war einverstanden, seitdem erscheint das Magazin zweimal im Jahr. Der Name fand sich wie von selbst bei einer der ersten Sitzungen – aus einem Kuss aufs Ohr der Redakteurin. Allen gefiel das Wort so gut, dass es blieb. Später wurde noch eine Bedeutung gefunden: Ein Ohrenkuss ist das, was Bestand hat zwischen alldem, was auf der einen Seite rein und auf der anderen raus geht.

Im ersten Jahr konnten 1.000 Abonnenten gewonnen werden, heute sind es rund 3.000. Davon können alle Rechnungen bezahlt werden – Fotos, Layout und Website werden von Externen gemacht. Auch die Autoren, die noch anderweitig arbeiten, bekommen ein kleines Honorar.

Alle zwei Wochen kommt das Team in Bonn zur Redaktionssitzung zusammen und bespricht die Hefte. Neben zwölf Bonnern schreiben rund 40 Fernkorrespondenten für den ohrenkuss. Sie produzieren alle Texte selbst – von Hand oder Computer, manchmal auch per Diktat an zusätzliche Schreibassistenten. Zensiert oder korrigiert wird nichts.

Unabhängig zu bleiben und nicht als Selbsthilfegruppe abgestempelt zu werden, ist wichtig. „Wir machen keine Lobbyarbeit, uns geht es darum, ein gutes, außergewöhnliches und anregendes Magazin zu machen“, sagt de Braganca. Mit schönen Sätzen und einer tollen Gestaltung wolle man eine Marktnische belegen. Wie gut ohrenkuss ist, zeigt das runde Dutzend Preise, die die Zeitschrift bisher erhalten hat – etwa 2004 den Ideenpreis der Körberstiftung oder 2006 den Best of Corporate Publishing Award. Gelesen wird das Magazin nicht nur von Angehörigen, Ärzten, Wissenschaftlern und Lehrern. Stetig wachse auch die Zahl von Fans aus dem Medienbereich, die sich inspirieren lassen wollen.

Der ohrenkuss widmet sich den großen Themen, so gab es Hefte über Liebe, Arbeit oder Mode. Berührend die Texte im Heft „Baby“: Die Autoren reflektieren über ihre Kindheit, Mutter- und Vaterschaft und die Zukunft des „ohrenkuss-Babys“. „Ich wünsche dem Down syndrom Baby wennes mal groß ist Daß es Lesen und Schreiben kann so wie ich“, schreibt etwa Achim Reinhardt.

Begeistert unternehmen die Autoren Reisen und spannende Ausflüge: Aus einer Mongoleireise (Foto ganz links) entstand das Mongoleiheft (ein Artikel darüber in Geo erhielt den EU-Preis „Für Vielfalt gegen Diskriminierung“), Besuche beim Schießtraining der Polizei und der Gedenkstätte Buchenwald flossen in die Ausgabe „Jenseits von Gut und Böse“ ein. 2008 wird der ohrenkuss zehn Jahre alt. Ob das Geld für eine große Geburtstagsfeier reicht, ist noch ungewiss. *Ute C. Bauer* ■

Fotos: www.ohrenkuss.de; Foto oben: Michael Bause, Fotos unten: Katja de Bragança

Cicero-Urteil begrüßt

Für Gesetzgeber dennoch Handlunsgbedarf

Der Deutsche Presserat hat auf seiner Frühjahrssitzung Mitte März in Bonn das „Cicero"-Urteil des Bundesverfassungsgerichts begrüßt. „Karlsruhe hat damit das Recht der Journalisten gestärkt, ihre Informationsquellen nicht preiszugeben", so Fried von Bismarck, Sprecher des Plenums. Nach Auffassung der Mitglieder der Freiwilligen Selbstkontrolle stärkt das Gericht die Pressefreiheit mit der Feststellung, dass die bloße Veröffentlichung eines Dienstgeheimnisses nicht ausreiche, Durchsuchungen in Redaktionen zu begründen.

Die Frage, ob Journalisten Beihilfehandlungen vorgeworfen werden können, wenn ein Dienstgeheimnis bereits verraten ist (sukzessive Beihilfe), wurde jedoch verfassungsrechtlich offengelassen. „Wir bedauern, dass sich das Bundesverfassungsgericht zu dieser juristischen Konstruktion im ‚Cicero'-Verfahren nicht weiter geäußert hat. Hätte das Gericht diese für verfassungswidrig erklärt, könnten die Strafverfolgungsbehörden mit dem Verdacht einer Beihilfe zum Geheimnisverrat grundsätzlich keine Redaktionen mehr durchsuchen", betonte von Bismarck. Hier gebe es für den Gesetzgeber noch dringenden Handlungsbedarf. Der Presserat empfiehlt der Bundesregierung, sich den Vorschlägen der Oppositionsparteien sowie der Journalisten- und Verlegerverbände anzuschließen, Journalisten von der Beihilfe zum Geheimnisverrat auszunehmen. *DPR* ■

Schleichwerbung hält an

Presserat sprach 13 öffentliche Rügen aus

Die Beschwerdeausschüsse des Deutschen Presserats haben 13 öffentliche Rügen ausgesprochen, acht davon richteten sich gegen Schleichwerbung und das Trennungsgebot. Insgesamt wurden 108 Beschwerden behandelt, fünf davon galten dem Redaktionsdatenschutz.

Gleich zwei öffentliche Rügen erhielt die Zeitschrift TV Hören und sehen für Artikel über medizinische Themen. Darin wurde auf konkrete Produkte jeweils eines Herstellers hingewiesen und die Homepages der Pharmazieunternehmen genannt. Damit verstieß die Zeitschrift gegen den Pressekodex, der in Ziffer 7 Richtlinie 2 Schleichwerbung brandmarkt .

Die Nordwest-Zeitung hatte ausführlich darüber informiert, dass in einer großen Marktkette erstmals Pkw zum Kauf angeboten wurden. Angegeben waren die Preise der Fahrzeuge sowie der Link für Bestellungen. Bild hatte unter Angabe von Preisen über das erstmalige Angebot von Reisen durch einen Lebensmitteldiscounter berichtet und dabei auf telefonische Bestell-Hotline und Webseite hingewiesen.

Die Zeitschrift go longlife! veröffentlichte einen schwärmerischen und lobenden Beitrag über das touristische Reiseziel Sultanat Oman. Dazu wurde eine Anzeige des Sultanats gestellt. Ebenfalls Schleichwerbung erkannte der Ausschuss in einem Artikel der Zeitschrift Sugar, in dem Fitness-Tipps gegeben wurden. Auf einem Foto hielt ein Model eine Getränkeflasche mit dem Namen eines bekannten Herstellers in der Hand.

Der Kölner Stadt-Anzeiger wurde wegen der Einflussnahme geschäftlicher Interessen Dritter auf einen redaktionellen Artikel gerügt. In einem Gastbeitrag hatte der Inhaber einer Hotelkette ein Hotel an der Côte d'Azur in höchsten Tönen gelobt, was er kurz darauf selbst übernommen hat (Ziffer 7 Pressekodex).

Öffentlich gerügt wurde RTV unter anderem wegen Verletzung des Trennungsgrundsatzes. Die Zeitschrift hatte in einem Artikel eine Parkinson-Heilmethode unter Angabe falscher Tatsachen werbend dargestellt. Gleichzeitig wurden durch die Darstellung nicht belegter Behandlungserfolge unbegründete Hoffnungen auf Heilung bei Erkrankten geweckt (Ziffer 14 Pressekodex).

Öffentliche Rügen gingen an den Schwarzwälder Boten und das Motorradmagazin PS wegen Verstoßes gegen die journalistische Sorgfaltspflicht nach Ziffer 2. Die Dresdner Morgenpost und die Münstersche Zeitung erhielten öffentliche Rügen weil sie Persönlichkeitsrechte verletzten (Ziffer 8 Richtlinie 1 Pressekodex). Wegen Verstoßes unter anderem gegen die wahrhafte Berichterstattung (Ziffer 1) kassierte die Bild-Zeitung eine Rüge für einen Artikel, der sich mit der Nutzung eines Hauses als Heim für schwererziehbare Kinder und der Bürgerbewegung gegen dieses Heim befasste.

Alljährlich beschäftigt sich der Presserat mit einer eingereichten Sammelbeschwerde des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma. So lagen ihm aktuell 51 in Serienbriefen abgefasste Beschwerden gegen diverse Medien wegen angeblich diskriminierender Beiträge vor. Nachdem 21 Fälle bereits im Vorverfahren als offensichtlich unbegründet bewertet und weitere 2 vom Zentralrat zurückgezogen worden sind, waren noch 28 Fälle zu behandeln.

Die Ausschüsse erkannten zwei Beschwerden für unbegründet, weitere 17 für begründet. Sie sprachen dazu sechs Missbilligungen und fünf Hinweise aus, bei sechs Beschwerden verzichteten sie auf eine Maßnahme. In weiteren neun Fällen zog der Zentralrat die Beschwerden zurück, da er sich mit den beteiligten Zeitungen offenbar auf korrigierende Artikel verständigt hatte. Die vom Zentralrat immer wieder geäußerte Behauptung, der Presserat komme seiner Pflicht zur Selbstkontrolle nicht nach, wies der Presserat ausdrücklich zurück. Die Beschwerdeausschüsse beschäftigen sich jedes Jahr auf Veranlassung des Zentralrats mit großer Sorgfalt sehr ernsthaft mit den Vorgängen.

Deutscher Presserat / www.presserat.de ■

Presserat mit fünf neuen Mitgliedern

Die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di entsendet neu in die Gremien des Presserats **Björn Richter**, Freier Journalist, und **Matthias Wiemer**, Redakteur der Lübecker Nachrichten / Lauenburger Nachrichten. Ausgeschieden sind **Udo Milbret** nach neun Jahren und **Peter Giefer** nach vier Jahren.

Für den Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) wurde **Bernd Hilder**, Chefredakteur der Leipziger Volkszeitung, entsandt. Er löst **German Vogelsang**, Verleger und Mitherausgeber der Zeitung Der neue Tag / Amberger Zeitung, ab. Vogelsang war neun Jahre Mitglied im Deutschen Presserat.

Neu sind zudem **Katrin Saft**, Leitende Redakteurin der Sächsischen Zeitung, und **Claudia Bechthold**, Redakteurin der Offenbach-Post, die der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) in den Presserat entsandt hat.

„Schmerzensgeld“ für MZ-Redakteure

Gegen die Zahlung eines, wie sie es selbst nennen „Schmerzengeldes“, haben zum Ende des Monats März ein Großteil der zum 19. Januar freigestellten Redakteure der Münsterschen Zeitung (MZ) Verträge unterzeichnet, die ihr Ausscheiden aus dem Altverlag regelt. Sie werden je nach Kündigungsfrist mehrere Monate bei gleichen Bezügen freigestellt bleiben und danach mit 90 Prozent der Bezüge in eine Transfergesellschaft wechseln. Zudem erhalten sie eine Abfindung.

Foto: Frank Biermann

Betriebsrat Stefan Clauser am Mikrofon auf der Soliparty der Münsterschen Zeitung

„Wir werden aber weiter Flagge zeigen, und diese infame Geschäftspolitik weiter an den Pranger stellen“, versprachen sie auf der wiederum gut besuchten 2. MZ-Soliparty, die am 29. März in Münster stattfand. Sie bedankten sich für die „tolle Unterstützung“ durch die dju in ver.di, die vom Beginn des Konfliktes an nicht von der Seite der Betroffenen gewichen sei. (M 1 – 2 / 2007) Aber irgendwann sei für sie einfach klar gewesen: „Dahin möchten wir nicht zurück.“ Deshalb hätten sie auf weitere rechtliche Schritte verzichtet. Drei KollegInnen, die nicht in die Transfergesellschaft wechseln wollten, soll gekündigt worden sein.

Noch nicht abgeschlossen sind die Verhandlungen des Betriebsrats über einen kollektiven Sozialplan. Vor dem Arbeitsgericht in Münster gibt es am 20. April (nach Drucklegung von M) einen Termin zur Einsetzung der Einigungsstelle. Ungeklärt ist auch weiterhin, ob die Massenkündigungen rechtens sind und ob es sich bei der Auftragsverlagerung um einen Betriebsübergang handelt.

Nicht nur mit dem Arbeitsgericht, auch mit dem Regierungspräsidenten in Münster wird es das Medienhaus Lensing-Wolff in den nächsten Wochen zu tun bekommen. Der Regierungspräsident hat jetzt auf Antrag des ver.di-Mediensekretärs im Münsterland, Michael Schulenberg, ein Ordnungswidrigkeitsverfahren nach § 121, Abs. 1 Betriebsverfassungsgesetz gegen die Geschäftsleitung eingeleitet, weil diese ihre Aufklärungs- und Informationspflichten gegenüber dem Betriebsrat nur unvollständig und wahrheitswidrig erfüllt haben soll. *Frank Biermann* ■

Anzeige

Scheinpraktika im Visier

Petitionsausschuss berät prekäre Situation junger Leute

Die „Generation Praktikum" hat jetzt alle Fraktionen des Deutschen Bundestages erreicht. In einer öffentlichen Sitzung des Petitionsausschusses offerierten die DGB-Jugend und der Verein Fairwork ihre Vorschläge zur Regelung von Praktika im und nach dem Studium vor voll besetzten Reihen im großen Fraktionssaal der CDU / CSU. Die beiden Petitionen waren von mehr als 108.000 Bürgern unterzeichnet worden.

Die Grünen und die Linke haben Gesetzesentwürfe eingebracht, die SPD berät ebenfalls über das Praktikum. Auch der FDP-Vertreter im Petitionsausschuss erkannte das Problem an, erhielt aber auf seine Frage nach den „Problembranchen" sowohl von den Petenten wie den Staatsministern aus Bundesbildungs- und Bundesarbeitsministerium nur ungenau Antwort. Es seien vor allem die Geistes- und Sozialwissenschaftler, bei der die Hälfte aller Absolventen betroffen seien. Das Wort „Medien" fiel dabei nur leise, auch wenn die kürzlich erschienene Studie von DGB und Hans-Böckler-Stiftung die Medienbranche als Tummelplatz der Generation Praktikum ausgewiesen hatte.

Einig war man sich weitgehend, dass die „Problemgruppe" die Akademiker im Praktikum sind. Studienbegleitende Praktika sollten zwar nach DGB-Forderung mit monatlich mindestens 300 Euro honoriert werden, aber hier sei die entscheidende Frage „Praktikum zur Ausbildung mit dem Schwerpunkt auf dem Lernen" oder Ausbeutung und Scheinpraktikum und damit auch ein Verstoß gegen die Sozialversicherungspflicht des Arbeitgebers oft nicht geklärt. Die Dauer des Praktikums könne ein Hinweis auf den Missbrauch sein. Dabei sei zu überlegen, ob die Nachweispflicht, dass es sich um ein Arbeitsverhältnis handle und somit angemessen zu entlohnen sei, nicht umgedreht werden könne, zu Lasten des Arbeitgebers. Schließlich gehöre zu jedem Berufseinstieg eine bezahlte Einarbeitungszeit, so die Linke. Die Grünen regten an, dass die Tarifpartner Einigungen zum Thema Praktikum verhandeln sollten, eine Idee, die sich die dju-Jugend mit ihrer Praktikumsinitiative bereits auf die Fahnen geschrieben hat. Aus den Reihen der SPD wurde zum Schluss der Anhörung noch auf die Möglichkeiten der Betriebsräte hingewiesen, das Anheuern von Scheinpraktikanten durch Einstellungswiderspruch zu verhindern.

Der Petitionsausschuss wird nun die demnächst erscheinende Studie des Hochschulinformationssystems HIS auswerten, für die rund 12.000 Absolventen befragt wurden, und versah die Vertreter der Ministerien mit etlichen Rechercheaufträgen. Die Sacharbeit findet in den entsprechenden Ausschüssen für Arbeit und Bildung statt, die Mitglieder des Petitionsausschusses wollen aber die Anregungen aus den Anhörungen einbringen. *sus* ■

Buchrezension: Medienlandschaft Deutschland

Medienüberblick zu sehr aus bayerischer Sicht

Wolfram Schrag

Medienlandschaft Deutschland

UVKVerlagsgesellschaft mbH

Konstanz, 2007

19,90 Euro

Übersichten und Lexika zur Medienlandschaft gibt es zuhauf, seltener sind schon Bücher, die Zusammenhänge herstellen und im Sinne des neuen Mediums Internet Vernetzung leisten. Ein derart ambitioniertes Unterfangen haben die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sowie der Jurist und Journalist Wolfram Schrag mit „Medienlandschaft Deutschland" jetzt zum Abschluß gebracht. Das vorliegende 380-Seiten-Buch ist wirklich lesenswert, besonders für branchenfremde Normalbürger. Fachchinesisch wird selbst bei Technikthemen vermieden, große Bögen spannen sich von Mitte des letzten Jahrhunderts bis in die Neuzeit. Das ist wirklich verdienstvoll, auch wenn nicht alle Details topaktuell sind (Stand 2005).

Ist das noch zu verschmerzen, ärgern doch einige Ungenauigkeiten, um es vorsichtig auszudrücken. So wollten Berlin (SFB) und Brandenburg mit Mecklenburg-Vorpommern zusammen nicht etwa NOR (Nordostdeutscher Rundfunk), sondern NORA bilden (S. 183). Dass mit bis zu zwei Prozent der öffentlich-rechtlichen Rundfunkgebühren auch die Landesmedienanstalten finanziert werden, der Betrag aber nun gedeckelt ist, erfährt der Leser nicht, geschweige denn, dass es eine anachronistische Gerätebereithaltungsgebühr gibt. Genau das wird nun in den nächsten 1-2 Jahren abgeschafft, ist aber schon seit Jahren umstritten! Unverständlich sind auch Behauptungen wie die, dass die RTL-Sender durch digital-verschlüsselte Ausstrahlung im Kabel ab 2009 „faktisch zu einem Bezahlsender" (S. 200) werden oder Fehleinschätzungen, dass im Radio der „UKW-Standard etwa bis zum Jahr 2010 ausgedient" hat (S. 190). 2001 wurde Multimedia Home Platform (MHP) nicht als einheitlicher Standard eingeführt (S. 189), sondern es gab nur eine Absichtserklärung, die inzwischen obsolet ist. Völlig unzureichend sind die Besitzstrukturen in der zerklüfteten deutschen Privatradiolandschaft (S. 218/219) dargestellt, da sich inzwischen neue Holdings wie etwa Regiocast gebildet haben. Und warum sich der Autor im Kapitel 6 bei Fernsehformaten nur auf einige spektakuläre beschränkt, statt auch prägende Programme wie TV-Movies, Serien und Eventmehrteiler zu beleuchten, bleibt sein Geheimnis.

Ganz offensichtlich ist aber der Bayern-Touch bei „Medienlandschaft Deutschland". Das reicht vom Redaktionsbesuch beim „Eichstätter Boten" über etliche BR-Beispiele, der falschen Bezeichnung von FrankenTV als Ballungsraumfernsehen bis hin zum Sonderweg der Münchner Landesmedienanstalt BLM. Als wäre das duale System in NRW nicht mindestens genau so ein seltsamer Sonderfall! Die einseitige Sicht von der Isar am Fuße der Alpen erreicht bei DVB-T ihren Höhepunkt (S. 188), wo noch nicht mal erwähnt wird, dass der Aufschwung des digitalen Antennenfernsehens in Deutschland wesentlich durch den frühzeitigen Analog-Digital-Umstieg in Berlin-Brandenburg ausgelöst wurde – übrigens weltweit der erste Komplettumstieg! Da fällt es fast schon gar nicht mehr ins Gewicht, dass Autor Schrag ständig die DJV-Mitgliederzeitschrift „journalist" zitiert, ohne auch nur das medienpolitische Magazin „M" der dju-Konkurrenz in ver.di zu erwähnen. *Marcus Rudolph* ■

Anzeige

Rhein-Zeitung: Kein BR für alle

Der Mittelrhein-Verlag (MRV) und die anderen ausgegliederten Unternehmen der Rhein-Zeitung (rz) haben nach dem Betriebsverfassungsgesetz keinen Anspruch auf einen einheitlichen Betriebsrat. Mit dieser rechtskräftigen Entscheidung bestätigte das Bundesarbeitsgericht den Beschluss des Landesarbeitsgerichtes Rheinland-Pfalz von 2006 und schmetterte die Nichtzulassungsbeschwerde des rz-Betriebsrates ab. Im vergangenen Jahr war ein gemeinsamer Betriebsrat für den MRV und die GmbH der rz gewählt worden. Dagegen hatte die Geschäftsführung geklagt.

Trotz des Urteils ist der jetzige Betriebsrat mit allen Rechten und Pflichten vorläufig noch im Amt und weiterhin für alle zuständig, heißt es in einer BR-Information. Es liege nunmehr an den Beschäftigten der jeweils einzelnen rz-Unternehmen einen Betriebsrat zu wählen. Deshalb empfehlen die Arbeitnehmervertreter den einzelnen Belegschaften, umgehend eigene Wahlvorstände zu bilden. ■

Anzeige

Verbandsklage gegen Springer

Der Deutsche Journalisten-Verband hat gemeinsam mit ver.di und der Fotografenvereinigung FreeLens beim Berliner Landgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Axel Springer Verlag beantragt. Damit soll dem Verlag die Nutzung der neuen Honorarregelungen gegenüber freien Journalistinnen und Journalisten untersagt werden.

Die 16. Zivilkammer des Berliner Landgerichts wird am 17. April (nach Redaktionsschluss) über den Antrag verhandeln. „Mit dem Mittel der Verbandsklage gehen die drei Verbände einen neuen Weg zur Durchsetzung angemessener Honorarregelungen“, heißt es in einer gemeinsamen Pressemitteilung. Bisher hätten die Verbände auf die Verhandlung angemessener Vergütungsregelungen gesetzt, die auch fortgesetzt werden. Der Axel Springer Verlag sei der Aufforderung allerdings nicht gefolgt, die Ergebnisse der Verhandlungen abzuwarten, sondern bestehe auf seinen einseitig festgelegten Honorarregelungen.

Die dju in ver.di hatte den Springer-Konzern nachdrücklich darauf hingewiesen, dass die erheblich verschlechterten neuen Allgemeinen Geschäftsbedingungen mit den geltenden Bestimmungen des Urhebervertragsrechts, den Honorierungsgrundsätzen im Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie und den Honorarsätzen der Mittelstandsgemeinschaft Foto-Marketing (MFM) nicht zu vereinbaren seien. Unabhängig von der Verbandsklage haben zahlreiche freie Journalisten dem Verlag bereits ihren Widerspruch gegen die Bedingungen mitgeteilt. ■

Fernsehen im digitalen Wettbewerb

40. Mainzer Tage der Fernsehkritik zur Flut medialer Angebote

Wird das Fernsehen seinen Leitmedien-charakter mit der Digitalisierung wahren können? Oder wird es in der Vielfalt der Angebote verschwinden? Diese Fragen standen bei den 40. Mainzer Tagen der Fernsehkritik zur Debatte.

„Wie ein Leuchtturm" gelte es künftig, aus der Flut digitaler Medien-Angebote herauszuragen und Aufmerksamkeit zu erregen. So schilderte ZDF-Intendant Markus Schächter den Anspruch des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auf dem Mainzer Lerchenberg, wo zum 40. Mal Experten, Wissenschaftler, Fernsehmacher und Kritiker tagten, in diesem Jahr zum Thema „Wandel der Öffentlichkeit – Fernsehen im digitalen Wettbewerb". Die neue Konkurrenz schilderte er als „Weltliga großer Finanzinvestoren", „triple player der Telekoms" und die „Monopolklasse unregulierbarer Internetriesen". Werden die Heuschrecken unser gutes, altes Fernsehen mit seinem seriösen Journalismus auffressen? Das ist die eine Sicht der Dinge.

Fotos: ZDF / Rico Rossival

ZDF-Intendant Markus Schächter appelliert an die Medienpolitiker

Doch man kann das alles auch ganz anders betrachten. So wie der langjährige Moderator des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (ZAK) und heutige Produzent (Pro-bono) Friedrich Küppersbusch in seinem satirischen Vortrag. Er zielte direkt auf einen entscheidenden wunden Punkt. Das Internet kann auch als Gegenöffentlichkeit angesehen werden: Ob wohl die Macht der Konzerne, der Gremien, die Gängelung durch diverse Institutionen und die Dominanz des Mainstream-Journalismus mit der Löschtaste des Computers zu entfernen sein wird? Derart positive Visionen verhinderten nicht etwa die „Schweinekapitalisten" und auch nicht der Gesetzgeber, vermerkt Küppersbusch ironisch. Traurige Gewissheit ist nach seiner Ansicht: „Der Mensch ist noch nicht so interaktiv, wie die Technik ihm das erlauben würde".

Pragmatische Pläne

Dennoch, das klassische Programmfernsehen werde sich ändern müssen, um gegen die sich online tummelnde Konkurrenz von You Tube über God Inc bis zu Current TV (das Portal von Al Gore) mit ihren vielfachen Teilöffentlichkeiten anzukommen. Darüber ist man sich einig. Pragmatische Pläne gibt es bereits: Ab 1. September will das ZDF die Hälfte seiner ausgestrahlten Sendungen sieben Tage kostenlos in seiner Mediathek im Internet zur Verfügung stellen. Jeder soll sich an jedem Ort der Welt und zu jeder Zeit einloggen können. Dieses Vorhaben ruft allerdings Kritiker auf den Plan. Thomas Frickel, geschäftsführender Vorsitzender der Interessensvertretung für Dokumentarfilmer, ag dok, moniert, diese Neuerung gehe auf Kosten der Produzenten. Immer mehr Rechte wollten sich die Sender sichern, von einer Honorierung sei keine Rede. Es müsse so etwas wie Tarifverhandlungen geben, entgegnete Robert Amlung, Leiter der Hauptredaktion Neue Medien (ZDF).

Jochen Wegner, Chefredakteur von Focus Online, sprach Klartext: „Ich wollte nicht in ihrer Haut stecken und all die Männer im Archiv im Keller haben, die diese Rechte verwalten müssen". Schächter konterte, das Archiv sei ein großartiger Schatz, der nachgefragt sein werde. Urheberrechte seien medienpolitisch zu klären.

Internetbeispiele, wie die Darbietungen von Videoblogger Toni Mahoni wurden bei den Tagen der Fernsehkritik indes einzig gewürdigt, weil dieser das vom ZDF so begehrte Publikum unter 30 Jahren anzieht. Beispielsweise, wenn er im Netz mit verrauchter Stimme vom Kaffeetrinken, seinem leeren Portemonnaie und anderen Alltäglichkeiten singt. Mit verblüffend ehrlichen Worten versuchte ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender die Furcht zu dämpfen, mit dem Banalen mithalten zu müssen: Ja, das habe es doch schon immer gegeben. Beispielsweise habe man sich an den Schlagzeilen der Bildzeitung orientiert.

ZDF-Moderator Steffen Seibert fragte den Chefredakteur von Focus Online: „Wofür sind Sie persönlich bereit, Gebühren zu zahlen?" Wegner interessiert sich für die Langzeitdokumentationen des Autors Martin Kessler. Ausgerechnet! Denn dieser langjährige freie Mitarbeiter des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sah sich kürzlich gezwungen, seine sozialkritische und politisch bissige Dokumentation „Neue Wut" über die Proteste gegen Hartz IV im Internet zu vermarkten. Womit er auch erfolgreich war. ZDF und ARD allerdings hatten seinen brisanten Film nicht senden wollen. Die Abteilung im ZDF für

Jochen Wegner, Otfried Jarren, Markus Schächter, Steffen Seibert (v.l.n.r.)

Gesellschaftspolitik, einst von Rudolf Blank geleitet, wurde inzwischen als eigenständige Abteilung aufgelöst. Was nicht gerade für eine neue Offenheit spricht. Nun wurde freilich beim ZDF-Intendanten Schächter nachgefragt, warum Kesslers Film nicht ausgestrahlt wird: Der berief sich darauf, es handele sich um eine Entscheidung des zuständigen Redakteurs. Das erinnert an den Satiriker Kurt Tuchol-

Fressen die Heuschrecken unser gutes, altes Fernsehen? war eine Frage auf dem Lerchenberg

sky, der jenen Typus eines hauptsächlich Journalismus verhindernden Hauptamtlichen als „Billetknipser an den Schranken der Öffentlichkeit“ bezeichnete.

Junge Kreative auf das Podium

Wie bei den meisten Tagungen gab es die interessantesten Einsichten beim Pausengespräch. Dort wurde angeregt, das nächste Mal Podien nicht nur mit jenen Chefs der populären Massenmedien zu besetzen, die „hauptsächlich Geschäftsmodelle und Quoten im Kopf haben“. In der Tat, wäre es nicht wunderbar, wenn junge Leute von Internetseiten wie www.de.indymedia.org oder politisch ambitionierten Foren wie www.nachdenkseiten.de oder www.labournet.de lässig mit Jeans neben den Herren in den grauen Anzügen Platz nehmen würden? Und es dann erhitzte Streitgespräche zwischen jungen Kreativen und professionellen Journalisten geben würde? Auf diese Weise könnte wohl umgesetzt werden, was der Züricher Kommunikationswissenschaftler Otfried Jarren vorschlug: „Der öffentliche Rundfunk muss neue Netzwerkfähigkeiten erlernen“. Es gelte nun, besondere Beziehungen zur Community aufzubauen. Nun, Seibert kündigte an: „Die Mainzer Tage der Fernsehkritik wird es ewig geben“. Und so ist längst nicht aller Tage Abend. Denn dort werden immer auch gute Ideen geäußert. Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) erklärte, sich vorstellen zu können, neue Projekte einzurichten: Etwa ein Bürgerfernsehen nach dem Beispiel Al Gores – geordnet, sortiert und moderiert von Journalisten des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. *Gitta Düperthal* ■

Neue Gesetze gefordert

ZDF-Intendant Markus Schächter stellte auf dem Lerchenberg in Mainz sein Konzept für eine medienrechtliche Regelung von Programm-Veranstaltern und Programm-Plattformen vor. Er forderte ein Gesetz, in dem unter anderem eine klare Trennung zwischen dem Betrieb von Programm-Plattformen und der Veranstaltung von Medieninhalten fixiert ist. Netzbetreiber sollen verpflichtet werden, alle öffentlich-rechtlichen Programmangebote zu verbreiten, soweit die Netze das hergeben. Schächter spricht in diesem Zusammenhang von einer Erweiterung der „must carry“-Regelung (Transportpflicht), die bereits in den analogen Kabelnetzen von Bedeutung ist. Neu ist die Darstellung der „must-found“-Regelung (Auffindepflicht) von Schächter. Danach sollen die Programme von ARD und ZDF auf der Startseite der jeweiligen Plattform angebunden werden. Hinsichtlich der Distributionskosten verlangt Schächter eine gesetzliche Regelung, die den Rundfunkanstalten „faire und marktgerechte Preise“ gewährleistet. Auch in Bezug auf Verschlüsselung solle den öffentlich-rechtlichen Sendern kein Zwang auferlegt werden. Außerdem seien nach Schächter die Programme auf Kanalplätze zu legen, auf denen sie „intuitiv, leicht und schnell“ gefunden werden können. *wen* ■

Service, PR und Promiklatsch

Immer mehr „Fremdtöne“ in vielen deutschen Radioprogrammen

Deutsche Hörer hören immer weniger eigene Sendungen bei ihrem Radio, dafür geschickt eingepasste Zulieferungen – ohne dass sie es merken. Die Palette ist sehr breit: Da gibt es Weltnachrichten oder wichtige Unternehmens-Pressekonferenzen mit O-Ton und selbst beim kleinsten Lokalsender sind die Stars von „Wetten, dass …?“ zu hören. Jahreszeitlich angepasste Servicetipps wechseln sich mit Experten ab, die zu verschiedenen Themen gute Ratschläge geben. Auffällig: Wenn zwei Mal im Jahr die telefonischen Befragungswellen der Media Analyse (MA) laufen, veranstalten die Hörfunker Gewinnspiele – zumeist mit attraktiven Preisen diverser Firmen.

Solange Werbung, PR und redaktioneller Inhalt klar voneinander zu unterscheiden sind, ist das unproblematisch. Vor allem die Nutzung von Fremdmaterial reicht vom Beitrag eines freien Reporters bis zum fertig angelieferten Format einer Nachrichtenagentur. „Kein Sender kann alles selbst produzieren“, sagt Wolfram Tech von BCI – The Broadcast Partner, eine der erfolgreichsten deutschen Radio-Beratungsfirmen. Das Geschäft nennt sich Radiosyndication, ist in entwickelteren Hörfunkmärkten wie den USA längst eine profitable Dienstleistung, in Deutschland aber noch klein und überschaubar. Doch der Durchbruch deutet sich an, weil es zunehmend auch andere Interessenten für sendefähiges bzw. als Podcast herunterladbares Audiomaterial gibt, als „nur“ klassische UKW-Radios: Webfunk, Online-Portale von Zeitungen und Zeitschriften sowie Seiten von großen Unternehmen.

Langfristige Verträge

Zu den etablierten Audio-Dienstleistern in Deutschland gehören FM Radio Network und FirstNews. Beides sind Tochterunternehmen der Klassik Radio AG. Überhaupt ist die gesamte Firma eigentlich 1989 aus dem Syndication-Geschäft entstanden, das heute immer noch fast 50 Prozent zum Umsatz beiträgt. Beide AG-Töchter stehen unter Leitung von Hans-Eckard Diehl, der besonders stolz ist auf „langfristige Verträge mit einem großen Kundenstamm“. Über 100 Sender greifen regelmäßig auf die Produkte des Syndicators zurück – und senden Formate wie „Hollywood Affairs“ und „Moments“. Neu ist „neonox“, ein Nacht-Talk-Format. Und FirstNews, die Agentur für Infos und Klatsch aus Musik-, Film- und Entertainment, hat 70 Kunden, darunter viele Radios.

Einer der wichtigsten Informations- und O-Ton-Lieferanten sind zwei Tochterfirmen der größten deutschen Nachrichtenagentur dpa: dpa / Rufa (100 Prozent) und dpa-AFX (50 Prozent). Die im dpa-Hauptstadtbüro in der Reinhardtstraße voll integrierte Rufa bietet mit 20 festen Mitarbeitern in Berlin, Auslandskorrespondenten und bundesweit vielen Freien vor allem Privatradios einen Audiodienst (O-Ton-News / Kurzinterviews), einen Radiodienst (sendefertige Radioberichte), die Hörfunknachrichten (sprechfertige Textnachrichten) und ein OnlineRadio (Audio-Files online). Nur 200 Meter von Deutschlands Börsenzentrum in Frankfurt / Main entfernt sitzt dpa-AFX und beliefert mit sechs Redakteuren zwei Dutzend Radiosender. Neben dem „Börsenaufsager“ und der „Expertennachfrage“ sind das auch zunehmend Geld-Tipps und Verbraucherservice. Selbst Yahoo streamt das dpa-AFX-Radio, Vodafone und T-Mobile bieten hörbare Handy-News und das Handelsblatt kooperiert mit dpa-AFX-Audio.

Konkurrent der etablierten Agentur-Ableger ist die netzeitung (nz) mit ihren Audio-News, die sie inzwischen an ein Dutzend Sender und Kunden liefert, darunter auch die Sendung „Sonntags ab 10: Der Talk“. Zuständig dafür ist eine 12-köpfige Truppe, die eng mit den nz-Redakteuren zusammenarbeitet. Am Berliner Sender 100,6 motor FM ist die nz Hörfunkgesellschaft sogar direkt beteiligt und liefert komplett alle Wortbeiträge. Ein ganz anderes Konstrukt sind BLR / Radio-Dienst. Die Bayern halten sich mit bis zu 70 Festangestellten, einem dreisprachigen Audioservice für 80 Sender und 20 andere Unternehmen für den „dynamischsten Radiosyndicator in Deutschland“, sagt Geschäftsführer Helge Siemers.

Hangeln von Auftrag zu Auftrag

Von solchen Erfolgen wie die der fünf Großen im deutschen Radiosyndication-Geschäft können die etwa zwei Dutzend Kleinfirmen nur träumen – sie verkaufen meist nur ein Produkt oder hangeln sich von Auftrag zu Auftrag. „Es fehlen finanzkräftige Partner, um den Sektor profitabel wie in den USA zu entwickeln“, sagt BCI-Radioberater Wolfram Tech. Außerdem macht der um sich greifende „Gratis-Service“ das Geschäft kaputt, liefern Agenturen sendefertiges PR-Material, das journalistisch daher kommt. Unbestritten die Nr. 1 bei diesen Kostenlos-Plattformen ist die dpa-Tochter newsaktuell: Ihr Originalradioservice kassiert kräftig bei den Unternehmen und Institutionen für die Verbreitung von einem Dutzend Themen pro Woche – für die abnehmenden Sender ist das Audiomaterial kostenlos.

Einen besonderen Dreh hat all4radio der orgeldinger media group GmbH in Ess-

Audio-Dienstleister und PR-Agenturen

Fünf große Audio-Dienstleister dominieren den Markt in Deutschland und beliefern viele der knapp 300 Radiosender in Deutschland: dpa / Rufa, dpa-AFX, Klassik Radio AG mit FM Radio Network und Firstnews, BLR mit dem Radiodienst. Dazu kommen noch ein Dutzend kleinerer Anbieter, die auf Nischen spezialisiert sind. Rund 20 auf Audio spezialisierte PR-Agenturen listet Band 55 der Schriftenreihe Medienforschung der LfM auf.

Helmut Volpers: „Public Relations und werbliche Erscheinungsformen im Radio“, VISTAS Verlag GmbH, Berlin, 256 Seiten, 18 Euro

lingen gefunden. Sie nennt sich „Audio-Agentur des ZDF“ und bietet vieles – von Telenovela-O-Ton bis zu „Frontal 21“-Aufregerthemen. Die ARD hat im Gegensatz zu den Mainzern so etwas nicht nötig, verfügt sie doch über fast 60 eigene Radios. Die spielen dann locker „Harald Schmidt“-Gags ab oder promoten andere Sendungen der ARD.

Die „Fremdbeiträge“ bei öffentlich-rechtlichen wie auch privaten Radios haben inzwischen so einen Umfang angenommen, dass sich die Landesanstalt für Medien Nordrhein-Westfalen (LfM), veranlasst sah, eine Studie dazu in Auftrag zu geben. In ihr kommt Prof. Dr. Helmut Volpers vom Institut für Informationswissenschaft der Fachhochschule Köln zu dem Schluss, dass es unübersehbare „Tendenzen zur Kommerzialisierung redaktioneller Programmangebote“ im deutschen Hörfunk gebe. „In dem Maße, in dem Journalisten die Produktion (scheinbar) redaktioneller Inhalte aus der Hand geben“ warnt Volpers, „verlieren sie ihre Legitimation und leisten der Unterwanderung eines unabhängigen Journalismus Vorschub“. *Holger Wenk* ■

Foto: Picture Press / Illustration Source / Campbell Laird

Tarifrunde Kino

ver.di fordert Lohnerhöhung um 5 Prozent

Für die anstehende Tarifrunde der Beschäftigten in den vom Arbeitgeberverband HDF-Kino e.V. vertretenen Kinos fordert ver.di eine Lohnerhöhung von 5 Prozent ab Juli 2007. Der HDF hat darauf ohne Angabe von Gründen mit der Kündigung des Manteltarifvertrages, also der Basisregelungen zu Arbeitszeit, Urlaub und Berufsgruppen, reagiert. Ein Termin für den Verhandlungsbeginn wurde noch nicht gefunden.

Die Vorzeichen für die diesjährige Tarifrunde stehen gut. Nach Jahren mit zurückgehenden Besucher- und Umsatzzahlen bis zum Jahr 2005 gab im vergangenen Jahr eine Trendwende auf dem Kinomarkt. Bundesweit sind die Umsätze im Kino um 9,3 Prozent und die Besucherzahlen um 7,4 Prozent gestiegen. In den alten Bundesländern noch um einiges mehr. Hier liegen hauptsächlich die vom HDF vertretenen tarifgebundenen Kinos. Die Filmförderanstalt (FFA) geht mit Blick auf 2007 von einem erfolgreichen Wachstumskurs der Branche aus.

Und das soll auch bei den Kinolöhnen spürbar werden! ver.di hat deshalb gefordert, dass die Löhne und Auszubildendenvergütungen um 5 Prozent zumindest in der jeweils niedrigsten Tarifstufe steigen sollen. Das bedeutet: In der Ortsklasse S sollen die Löhne für alle Beschäftigten einheitlich um 36 Cent pro Stunde steigen und in der Ortsklasse B um 32 Cent. Außerdem geht es um eine Anhebung der nach der Anzahl der Leinwände im jeweiligen Kinobetrieb gestaffelten Zulagen gleichmäßig um 5 Prozent. So stiege alles zusammen genommen z.B. das Monatsgehalt eines/r langjährigen Filmvorführers/in in einem Multiplexkino um 65,50 Euro. *Red.* ■

Filmrezension: Enron

Aufstieg und Niedergang in packendem Börsenkrimi

„The World’s Greatest Company“ – so nannte sich die amerikanische Firma Enron gern selbst. Der Energie-Konzern mit Sitz im texanischen Houston, der 1985 aus der Fusion zweier Erdgas-Unternehmen hervorging, zählte zu den mächtigsten Unternehmen der Vereinigten Staaten, brachte jedoch nach seinem Sturz 2002 einen der größten Finanzskandale der US- Wirtschaftsgeschichte ans Licht: Enron hatte seinen Erfolg auf konsequente Bilanzmanipulationen, Schulden und falschen Versprechungen gegründet. Ein ausgeklügeltes System von Unterfirmen hatte den Börsenwert trotz immenser Schuldenberge ins Unermessliche wachsen lassen. Der Kurs der Enron-Aktie stürzte ins Bodenlose und zerstörte die Ersparnisse von zahllosen Mitarbeitern und Kleinanlegern. 20.000 Beschäftigte verloren ihre Arbeit, und die Manager, die sich bis zum letzten Moment persönlich bereicherten, hatten zwei Milliarden Dollar des Pensionsfonds vernichtet.

Alex Gibneys packender Börsenkrimi dokumentiert nach dem gleichnamigen Buch der beiden Wirtschaftsjournalisten Peter Elkind und Bethany McLean Aufstieg und Niedergang der Firma in einer auch für den Laien verständlichen Weise. Er zeichnet chronologisch nach, wie Manager Jeff Skilling nach und nach die Produktpalette erweiterte, sich im Handel mit Speicherkapazität im Internetverkehr versuchte, mit Rohstoffoptionen und Termingeschäften spekulierte, sogar mit dem Wetter. Darüber hinaus betrieb dieser Mann eine menschenunwürdige Personalpolitik: Einmal jährlich musterte er die Mitarbeiter auf ihre Tauglichkeit aus und feuerte all jene, die seinen Leistungsansprüchen nicht genügten. Zu den Banken und ihren famosen Analysten standen er und Firmenchef Lay gleichwohl in bester Beziehung. Überhaupt hatte Enron die besten Kontakte, weshalb sich auch die Presse immer wieder damit abfand, dass sich der Konzern mit fadenscheinigen Begründungen weigerte, Bilanzen vorzulegen. Den Chef der Energieaufsichtsbehörde durfte Lay sich aussuchen, mit George W. Bush war er bestens bekannt. Nicht zuletzt an der haarsträubenden kalifornischen Energiekrise im Jahr 2000 war Enron maßgeblich beteiligt. Versorgungsengpässe wurden da inszeniert, ganze Städte ließ man in Finsternis versinken, um den Strompreis in die Höhe zu treiben. Und selbst, als der Untergang bereits absehbar war, sich Skilling schon aus „persönlichen Gründen“ aus dem Staub gemacht hatte, stellte sich Lay vor die Belegschaft und beschwichtigte, dem Unternehmen gehe es angeblich gut.

Wobei die Schuld keineswegs nur die Führungskräfte trifft. Auch Banken, Investoren und Geschäftspartner verdienten bei Enron mit, und sie alle müssen mehr oder weniger bewusst die Augen geschlossen haben. Wie konnte es soweit kommen? Gibney forscht nach Motivationen, holt eine Vielzahl von Experten vor die Kamera, will die Schuldigen verstehen, soweit das möglich ist und gibt doch in den besten Momenten seine eigene Fassungslosigkeit einfach an den Zuschauer weiter. „Enron – The Smartest Guys In The Room“ ist ein erschütternd zeitloser Film darüber, was Profitgier aus Menschen machen kann. *Kirsten Liese* ■

SA 2005. R: Alex Gibney. 109 Min.

Foto: www.filmstarts.de

12.000 bereit für Karlsruhe

Anhaltender Protest gegen Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung

Der Widerstand gegen die von der Bundesregierung geplante sechsmonatige Speicherung aller Telefon-, Handy- und E-Mail-Kontakte geht weiter. Nachdem sich im Januar über 30 Datenschutz-, Bürgerrechts-, Juristen-, Wirtschafts- und Medienverbände gegen die „weitreichende Registrierung des Verhaltens der Menschen in Deutschland" ausgesprochen haben, beteiligen sich inzwischen mehr als 12.000 an der vom Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung vorbereiteten Verfassungsbeschwerde. Jeder zehnte der Beschwerdeführer/innen ist in einem Vertrauensberuf tätig, davon waren Anfang Februar 19 % Journalisten, 7 % Ärzte, Zahnärzte oder Apotheker sowie 5 % Rechtsanwälte. Auch Geistliche, Heilpraktiker, Krankenpfleger, Psychologen, Sozialarbeiter, Sozialpädagogen und Unternehmensberater wehren sich gegen die geplante Abbildung ihrer vertraulichen Kontakte. Mehr als 3.000 Teilnehmer haben dem Berliner Rechtsanwalt Meinhard Starostik bereits eine schriftliche Vollmacht zugesandt.

Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung ist sich sicher, dass die Gerichte nach der Rasterfahndung und den Online-Durchsuchungen auch die Vorratsdatenspeicherung für unzulässig erklären werden. „Es ist ein offensichtlich unverhältnismäßiger Eingriff in unsere Grundrechte, das Kommunikations- und Bewegungsverhalten der gesamten Bevölkerung zu protokollieren, um die Aufklärungsquote um mikroskopische 0,006% steigern zu können", so der Jurist Patrick Breyer in einer Pressemitteilung des Arbeitskreises Vorratsdatenspeicherung. Das Gesetz soll noch bis zur Sommerpause, spätestens aber bis zum 15. September verabschiedet werden.

Auch die dju in ver.di bewertet dieses Gesetz als verfassungswidrig und fordert deshalb weiter auf, die Sammelverfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zu unterzeichnen:
www.vorratsdatenspeicherung.de

wen ■

Licht am Horizont

Buchverbot aufgehoben – Geschichtsschreibung zugelassen

Manche Zeitgenossen würden ihre eigene Vergangenheit am liebsten auslöschen. Diesen Eindruck hat man gelegentlich von Sven Hüber, einem hochrangigen Beamten der Bundespolizei, der einst auf der anderen deutschen Seite stand und als junger Offizier neben der Berliner Mauer auch die moralischen Grenzen der DDR zu verteidigen hatte. ver.di-Mitglied Roman Grafe, gen Westen ausgereister Ostdeutscher, nennt Hüber ohne Lob und ohne Tadel, aber eben beim Namen: auf Seite 306 im Buch „Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen DDR-Grenzschützen und ihre Befehlsgeber„ (Siedler Verlag). Hüber passt das nicht: Der als Funktionär der Gewerkschaft der Polizei mit Rückenwind Gesegnete klagte nicht nur gegen das Buch, sondern auch gegen Zeitungen wie die SZ, die über den Zwist berichteten.

Jetzt hob das Kammergericht Berlin das landgerichtlich verhängte, aber angefochtene Buchverbot auf – für Grafes Rechtsanwalt Jan Hegemann von der Kanzlei Raue in Berlin ein wichtiger Sieg: „Das war ein paradigmatischer Fall. Die Kontinuität von Führungspersonal wäre sonst tabu für die Berichterstattung. „Grafes Anwältin in der ersten Instanz, Julia Grißmer aus Frankfurt, befindet sogar: „Sonst könnte man kein politisches Buch mehr drucken." Denn auch, wenn man Grafes Buch einseitig gegen die DDR gerichtet findet, so muss Geschichtsschreibung mit Namensnennung möglich und erlaubt sein.

Die Genugtuung, die jetzt dem Buch- und Filmautor Grafe widerfährt, mag zudem Ausdruck einer Normalisierung sein: Nach dem so genannten Stolpe-Urteil Ende 2005 war das gesamte Jahr 2006 landauf, landab geprägt von überzogenen, engherzigen Auslegungen des Persönlichkeitsschutzes. Jetzt kann hier der gesunde Menschenverstand wieder mithalten: Wer, wie Hüber, ein hohes Wahlamt in der Bundespolizei (früher: Bundesgrenzschutz) innehat, muss zu seiner Vergangenheit stehen.

Allerdings gibt es noch eine Fortsetzung: Am 19. April (nach Andruck von M) trifft Grafes Anwalt erneut auf seinen Gegenspieler Johannes Eisenberg, und zwar vor dem Landgericht Berlin. Dann geht es um das von Hüber erwirkte Verbot eines Aufrufes von Grafe, den Prominente und Juristen unterzeichnet hatten. Nach dem Urteil des Kammergerichts wird man Grafe vermutlich auch hier Schützenhilfe gewähren. Immerhin birgt die Sache Präzedenz – und ein großes Hoffnungspotenzial.

Gisela Sonnenburg ■

Betreiber von Internetforen haften für Veröffentlichungen

Betreiber von Internetforen können auch dann für Beleidigungen haftbar gemacht werden, wenn diese von Dritten stammen. Wie der Bundesgerichtshof (BGH) urteilte (Az: VI ZR 101/06 vom 27. März 2007), gilt das auch, wenn die Identität des Urhebers der Beleidigung bekannt ist und direkt gegen ihn vorgegangen werden kann. Sobald der Forumsbetreiber Kenntnis vom Anspruch eines Betroffenen erhält, ist er verpflichtet, die ehrverletzenden Äußerungen von seiner Website zu löschen. „Der Fall hat zweifellos eine große praktische Bedeutung", sagte BGH-Vizepräsidentin Gerda Müller in der Verhandlung.

Im aktuellen Fall hatte der Mitbegründer und Vorstandsvorsitzende eines Vereins zur Bekämpfung von Kinderpornographie im Internet gegen den Betreiber eines Forums geklagt, das sich satzungsgemäß mit sexuellem Missbrauch und Kinderpornographie beschäftigt. Er war in zwei Beiträgen im Forum selbst als pädophil bezeichnet worden. In einem Fall kannte er den Urheber, obwohl dieser unter einem Pseudonym publiziert hatte.

Nach dem Urteil kann er jetzt nicht nur gegen den Autor der Beleidigung direkt vorgehen, sondern auch vom Betreiber des Forums verlangen, die weitere Verbreitung der Äußerungen zu unterlassen. Dies gilt auch, obwohl es sich ausdrücklich um ein Meinungsforum handelt. Weil das Oberlandesgericht Düsseldorf noch nicht abschließend entschieden hat, ob beide Äußerungen als ehrverletzend einzustufen sind, muss es noch einmal über den Fall befinden.

(nz) ■

Anspruchvolle Ziele für Journalistenarbeit

Zagreb: dju-Vertreter in Leitungsgremium der EFJ gewählt

Jährlich findet ein Treffen der Europäischen Journalistenföderation (EFJ) statt, aber nur aller drei Jahre werden Struktur- und Finanzfragen beschlossen sowie die Mitglieder des Steering Committees (SC) gewählt. In Zagreb beim General Meeting Ende März wurde Wolfgang Mayer als dju-Vertreter erneut in das EFJ-Leitungsgremium gewählt. Außerdem stellten sich die 61 Delegierten aus 27 Ländern anspruchsvolle Aufgaben bis 2010.

Foto: European Ombudsman

Aidan White, Generalsekretär der Europäischen und Internationalen Journalistenförderation

Eigentlich waren die Weichen schon Wochen vor dem Zagreb-Meeting gestellt: Wolfgang Mayer, bisher Schatzmeister im Steering Committee der Europäischen Journalistenföderation (EFJ), war für eine weitere Legislaturperiode nominiert und mit zwei Anträgen zu künftigen EFJ-Arbeitsschwerpunkten hatte die dju in ver.di Zeichen gesetzt. Da es auch einen Antrag des SC für Satzungs- und damit Strukturveränderungen der EFJ im Sinne der dju-Reformbemühungen gab, schien alles klar. Doch bei demokratischen Mehrheitsentscheidungen kann man nie sicher sein, wie die ausfallen.

Das musste besonders der DJV spüren, der zwar Michael Klehm als Mitglied für das EFJ-Leitungsgremium nominiert hatte, seinen Kandidaten aber mangels ausreichender Stimmenzahl nicht durchbrachte. Dafür wurde der dju-Vertreter Wolfgang Mayer (S. 7) für eine dritte Amtsperiode in das EFJ-Leitungsgremium gewählt mit der zweithöchsten Stimmenzahl – offenbar Anerkennung für aktive, erfolgreiche Arbeit, nicht nur als ehrenamtlicher Schatzmeister, sondern auch in der Urheberrechts-Expertengruppe. Überhaupt ist das SC eher ein Koordinierungsgremium, denn die wichtige Arbeit erfolgt bei der EFJ schon seit etlichen Jahren in diesen Expertengruppen, von denen es neben dem Urheberrecht auch drei weitere zu Rundfunk, Freien und zu Arbeitsbedingungen gibt. In allen leistet die dju durch mehrere Vertreter wichtige Sacharbeit.

Auch das zweite Ziel der dju, mit aktiver Teilnahme an den Debatten des EFJ-Jahrestreffens und entsprechende Anträge die künftige Arbeit bis 2010 mitzugestalten, gelang in Zagreb. So stimmten die Delegierten einmütig für die zwei dju-Anträge zu „Bürgerjournalismus“ und Web 2.0 sowie zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Für ersteres ist ein Erfahrungsaustausch über neue Trends und den Missbrauch von Lesern, Hörern und Zuschauern durch Verleger und Senderbesitzer geplant. Zu Lohndumping, Leiharbeit und Outsourcing ist die EFJ beauftragt, demnächst einen Workshop zu organisieren, um Gegenstrategien zu beraten. Auch der Antrag des DJV zu aktiverer Europa-Medienpolitik fand seine Mehrheit, ebenso wie Appelle zu aktuellen Journalistenproblemen in Kroatien, Polen, Slowenien, Serbien, Frankreich und Portugal.

Initiative Qualitätsjournalismus

Inhaltlich stand das EFJ-Jahrestreffen unter dem Motto „Promoting core labour standards for all journalists: The challenges of the digital era“ (Förderung grundlegender Arbeitsstandards für alle Journalisten: Die Herausforderungen der digitalen Ära). Fazit der zwei Panel-Diskussionen: Von Island bis Italien, von Frankreich bis Polen kämpfen die Kollegen mit ähnlichen Problemen, zumal Verlage und Medienhäuser zunehmend grenzüberschreitend agieren. Weitere acht Anträge zum Jahrestreffen und das neue Arbeitsprogramm bis 2010 bilden künftig den Kern der EFJ-Arbeit – die Themenpalette reicht von Arbeitsgesetzgebung (Green Paper der EU), einer Konferenz zu „public value“ im Rundfunk, medienspezifische Antikonzentrationsregeln, gleiche Arbeitsbedingungen in transnationalen Medienkonzernen bis zu einer „Initiative Qualitätsjournalismus“, die nach deutschem Vorbild europaweit ausgedehnt werden soll. Schwerpunkte im EFJ-Arbeitsprogramm sind außer den vier ständigen Experten-Arbeitsgruppen Fragen der Digitalisierung, Gender (Frauennetzwerk), die Zukunft des Journalistenberufs sowie Presse-/Informationsfreiheit (Quellenschutz etc).

Einziger Wehrmutstropfen des EFJ-Jahrestreffen war die Debatte um Finanzen und Strukturreformen. Das Steering Committee zog seinen Antrag zu Tagungsbeginn zurück mit der Begründung, der Weltkongress der EFJ-„Mutter“ Internationale Journalistenföderation (IFJ) Ende Mai werde sowieso Änderungen mit sich bringen. Auf Protest von Österreich und der dju gab es zumindest vom wieder gewählten Chef des Steering Committee, Arne König (Schweden), die Zusage, dass eine Working Group sich umgehend mit Strukturänderungen befassen werde, die nicht erst beim nächsten General Meeting in drei Jahren sondern bereits vorher beschlußfähige Veränderungen vorlegen soll. Und für den IFJ-Weltkongress in Moskau, so Generalsekretär Aidan White, sind etliche beruflich-gewerkschaftliche Veranstaltungen, Protestaktionen und eine Demonstration für Pressefreiheit in Russland geplant. *Holger Wenk* ■

service seminare

Journalismus aktuell

ABP, München. 21. bis 23. Mai: Kreatives Schreiben – Zeitschrift. 24./25. Mai: Investigative Recherche. 4. bis 6. Juni: Redigieren – Zeitschrift.
ABZV, Bonn. 22. Mai in Hannover: Rechtsfragen beim Interview.
AFP, Hamburg. 31. Mai/1. Juni: Themen machen. 7./8. Juni: Schreibcoaching – Auftaktseminar (1. von 5 Terminen). 11. bis 13. Juni: Kreatives Schreiben.
AKAD, Berlin. 31. Mai: Beginn Online-Kurs „Ghostwriting".
AM, Düsseldorf. 24./25. Mai: Veranstaltungs-Moderation. 31. Mai/1. Juni: Kreative Themenfindung für Print, Hörfunk und TV.
BKB, Wolfenbüttel. 18. bis 20. Mai: Journalistisches Schreiben. Der Reisebericht.
EMA, Berlin. 4. Juni: Textkritik.
JHB, Hagen. 21. bis 23. Mai: Spannend schreiben. 29. bis 31. Mai: Kreative Themenfindung.
KEP, Wetzlar. 15./16. Juni: Kreatives Schreiben.
KLARA, Berlin. 23. Mai: Texte verbessern. 24./25. Mai: Presserecht in der Praxis. 13. Juni: Das Textkonzept.
MAZ, Luzern. 21. bis 24. Mai: Journalistisches Texten I – Was ist ein guter Text? 25. bis 26. Mai: Einblick ins journalistische Schreiben. 11. bis 15. Juni: Schreibwerkstatt – Wider das Grau des Schreiballtags. 21. bis 23. Mai: Medienlandschaft Schweiz – Verlage, Medien, Publikum. 22. bis 24. Mai: Medienethik – Fairer Journalismus und seine Grenzen. 4. bis 6. Juni: Medienrecht Grundlagen – Im Zweifel für … 11. bis 14. Juni: Lokaljournalismus – der Ort der Belangbarkeit.
MH, Hamburg. 9. bis 10. Juni: Kreatives Schreiben. 15. bis 17. Juni: Sachbuch.

Journalistische Themen

APB, Tutzing. 21. bis 25. Mai: Lokaljournalismus. 29. bis 31. Mai: Verbraucherjournalismus.
JHB, Hagen. 11. bis 15. Juni: Aufbauseminar Wirtschaft.
MH, Hamburg. 7. bis 9. Juni: Wissenschaftsjournalismus – Aufbaukurs.

Journalistische Formen

ABP, München. 29./30. Mai: Titel, Lead, BU – Zeitschrift. 4. bis 6. Juni: Nachricht und Bericht. 11. bis 14. Juni: Portrait.
EMA, Berlin. 21. bis 25. Mai: Reportagen schreiben.
IFP, München. 20. bis 23. Mai: Die Geschichte hinter der Nachricht – Reportage für Fortgeschrittene. 3. bis 6. Juni in Augsburg: Geschliffene Meinung – Kommentar für Fortgeschrittene.
JSR, Essen. 1. Juni: Workshop Glosse. 4. bis 6. Juni: Interview-Training.
KLARA, Berlin. 4. bis 6. Juni: Textformen Reportage, Feature, Report. 6. Juni: Was zu einer Reportage gehört.
MAZ, Luzern. 29. Mai bis 1. Juni: Nachricht und Bericht – das journalistische Einmaleins.

Journalismus online

ABP, München. 21. bis 25. Mai: Online-Texten.
APB, Tutzing. 13. bis 15. Juni: Online-Journalismus.
IFP, München. 11./12. Juni in Augsburg: Web 2.0 – Herausforderung für den Online-Journalismus.
JHB, Hagen. 11. bis 14. Juni: Bewegtbilder fürs Internet.
KLARA, Berlin. 11./12. Juni: Web 2.0.
MAZ, Luzern. 12. Juni: Weblogs – publizieren, vernetzen und archivieren.

Layout / Infografik

AKAD, Berlin. 14. Juni: Beginn Online-Kurs „Typo3 erweitern".
JA, München. 1. bis 3. Juni: Web-Publishing mit Dreamweaver (dju-Mitglieder erhalten 50 % Rabatt).
KLARA, Berlin. 6./7. Juni: Zeitschriftengestaltung.
MAC, München. 18. Mai bis 16. Juni (12-tägig): Desktop Publishing. 18./19. Mai: in Köln: Photoshop/ImageReady. 25. Mai bis 2. Juni in Hamburg (4-tägig): Photoshop Grundkurs. 1./2. Juni: Photoshop Aufbaukurs. 1./2. Juni: Adobe Illustrator. 1./2. Juni: Freehand. 4./5. Juni: Infografiken erstellen. 8. bis 16. Juni (5-tägig): InDesign. 8. bis 16. Juni (5-tägig): QuarkXPress. 8./9. Juni in Hamburg: Photoshop Aufbaukurs. 11./12. Juni in Köln: InDesign für Umsteiger. 13./14. Juni in München und 13./14. Juni in Stuttgart: Acrobat Business. 13. bis 16. Juni: Photoshop Grundkurs. 15. bis 23. Juni (5-tägig): InDesign. 15. bis 23. Juni in Hamburg (5-tägig): QuarkXpress.

Volontäre

ABP, München. 11. bis 22. Juni in Kulmbach: Grundkurs I Zeitung.
ABZV, Bonn. 11. bis 22. Juni: Grundlagen journalistischer Arbeit II.
AFP, Hamburg. 4. bis 29. Juni: Kompaktkurs für Print-Volontäre.
DHA, Oberhausen. 11. bis 29. Juni: Volontärgrundkurs Radio II/07.
IFP, München. 10. bis 22. Juni in Ludwigshafen: Grundkurs II Zeitung.

Fotografie

ABP, München. 4. bis 6. Juni: Zeitungsfoto.
ADB, München. 11./12. Juni: Das wirkungsvolle Coverfoto – Professionelle Bildgestaltung für Buchverlage.
AFP, Hamburg. 30. Mai bis 1. Juni: Pressefotografie II – Reportage und Portrait.
AKAD, Berlin. 12 Juni: Beginn Online-Kurs „Mehr Erfolg mit der richtigen Bildsprache".
KEP, Wetzlar. 8./9. Juni: Grundkurs Bildbearbeitung.
MAZ, Luzern. 4. bis 6. Juni: Die Fotografie – Aus der Geschichte heraus I.
MH, Hamburg. 1. bis 3. Juni: Portraitfotografie.

Hörfunk

ABP, München. 11. bis 15. Juni: Hörfunk.
ABZV, Bonn. 4./5. Juni: Podcasting und Videocasting.
DHA, Oberhausen. 22. Mai: Strategisches Management Radio: „Radio 2.0" – Neue Verbreitungswege. 31. Mai/1. Juni: Sprechtraining (Advanced). 2./3. Juni: DHA-Ausbildung zum/ zur Moderationstrainer/in (Hörfunk) Modul 3: Übung macht den

Kontakt zu den Seminaranbietern

Die Adressen zu unten stehenden Kontakten sind im Internet abrufbar unter: http://mmm.verdi.de

ABP Fon 089 / 49 99 92 – 0, www.a-b-p.de
ABZV Fon 02 28 / 259 00 – 0, www.abzv.de
ADB Fon 089 / 29 19 53 84, www.buchakademie.de
AFP Fon 040 / 41 47 96 -0, www.akademie-fuer-publizistik.de
AKAD Fon 030 / 61655 – 0, www.akademie.de
AM Fon 02 11 / 43 69 01 50, www.medienverband.de
APB Fon 081 58/ 256 – 0, www.apb-tutzing.de
BET Fon 040 / 4 10 84 – 0, http://bet.de
BKB Fon 053 31 / 808 – 418, www.bundesakademie.de
COP Fon 02 21 / 739 32 62, www.cop-morrien.de
DHA Fon 02 08 / 62 13 50, www.hoerfunkakademie.de
DWH Fon 040 / 39 03 722, www.drehbuchwerkstatt-hamburg.de
EMA Fon 030 / 310 01 – 417, www.evangelische-medienakademie.de
FAZ Fon 069 / 75 91 – 20 76, www.seminare-faz-institut.de
FES Fon 02 28 / 883 – 0, www.fes.de
FHB Fon 040 / 399 099 31, www.filmschule-hamburg-berlin.de
FHF Fon 069 / 13 37 99 94, www.filmhaus-frankfurt.de
FM Fon: 02 51 / 230 36 21, www.filmwerkstatt.muenster.de
IFP Fon 089 / 54 91 03 – 0, www.ifp-kma.de
JA Fon 089 / 16 751 – 06, www.journalistenakademie.de
JHB Fon 023 31 / 365 – 6 00, www.hausbusch.de
JSR Fon 02 01 / 80 41 961, www.journalistenschule-ruhr.de
KEP Fon 064 41 / 91 51 66, www.cma-medienakademie.de
KFH Fon 02 21 / 222 710 – 0, www.koelner-filmhaus.de
KLARA Fon 030 / 690 415 85, www.KLARAberlin.de
MAC Fon 089 / 544 151 – 74, www.macromedia.de
MAZ Fon 00 41 / 41 / 226 33 33, www.maz.ch
MEZ Fon 030 / 68 30 20 90, www.medienkonkret.de
MH Fon 040 / 306 201 140, www.medienbuero-hamburg.de
NA Fon 040 / 41 13 – 28 42, www.newsaktuell.de
PFA Fon 069 / 92 10 72 22, www.ev-medienhaus.de
VDZ Fon 030 / 72 62 98 – 113, www.zeitschriften-akademie.de
VSM Fon 089 / 83 51 91, www.videoschule.de

Wie erscheint man / frau in der Rubrik leute / preise?

Durch unsere Auswertung von Pressediensten, Zeitungen, Informationen der Institutionen, Redaktionen, Verbände … oder besser durch eigene kurze Mitteilung an die „Redaktion M": Fax (030) 69 56 36 76 oder per E-Mail: karin.wenk@verdi.de

Moderator. 14./15. Juni: Strategisches Management Radio: Führung durch Selbstführung.
JHB, Hagen. 11. bis 14. Juni: Workshop Feature.
MAZ, Luzern. 11./12. Juni: Der besondere Beitrag II – Tipps und Tricks für die Radioarbeit.
MEZ, Berlin. 4. Juni (Abendkurs): Podcasting – was man wissen muss, um Podcaster zu werden. 7., 14., 21. Mai, 4., 11. Juni (abends): Feature – Dramaturgie, Texten, grundlegende Technik, Storyboard, O-Töne, Atmo, Produktion.
PFA, Frankfurt. 1./2. Juni: Einführung in den digitalen Schnitt.

Film & TV

AFP, Hamburg. 4. bis 9. Juni: Videojournalist II – Bildgestaltung und Montage.
AM, Düsseldorf. 31. Mai/1. Juni: TV-Doku-Soap.
EMA, Berlin. 14./15. Juni: Feedback zum langen Fernsehbeitrag.
DWH, Hamburg. 8. bis 10. Juni: Aufbaukurs III – Filmsprache.
FES, Bonn. 21. bis 25. Mai in Hamburg: TV-Dokumentation – Ein Genre im Wandel. 11. bis 15. Juni: Orientierungsseminar Einführung in den TV-Journalismus.
FHB, Hamburg / Berlin. 19./20. Mai: Regieassistenz I – Vorbereitung von Dreharbeiten. 1. bis 3. Juni: Produktion – Wie entsteht ein Kinofilm? 9./10. Juni: Regieassistenz II – Arbeit am Set. 9./10. Juni: Dokumentarfilm: Einführung / Beratung.
FHF, Frankfurt. 19. Mai: Informationsreihe Film- und TV-Produktion in der Rechtspraxis – Filmfinanzierung und Produktionsverträge. 30. Mai: Reihe Kontakte: Medienzentrum Frankfurt e.V. / Stadtbildstelle Frankfurt. 1. Juni: Fernsehserien schreiben – Es ist nicht alles Soap, was schäumt. 14. Mai: Reihe Kontakte: ABC & TaunusFilm Kopierwerk GmbH.
FM, Münster. 1. bis 3. Juni: Crashkurs Filmproduktion. 8. bis 10. Juni: Regieassistenz.
IFP, Ludwigshafen. 21. bis 25. Mai in Ludwigshafen: Fernsehen im Alleingang – Videojournalismus.
JHB, Hagen. 11. bis 15. Juni: Frei Reden und Agieren vor der Kamera.
KFH, Köln. 19./20. Mai: Stolperfrei zum roten Teppich – Schauspieltraining / Präsenz- und Mediencoaching. 31. Mai bis 3. Juni: Dokumentarfilm. 1. bis 3. Juni: Regie II – Schauspielführung. 2./3. Juni: Produktionsleitung. 9./10. Juni: Film- und TV-Recht für Medienschaffende.
MAZ, Luzern. 29./30. Mai: Top oder Flop? – So trete ich kompetent auf. 4. bis 6. Juni: Anchorwoman, Anchorman – die Kunst des Moderierens am TV II.

Film- & TV-Technik

BET, Hamburg. 4. bis 6. Juni: TV-Produktionsmethoden HD. 13. Juni: Videotechnik Editing HD.
FM, Münster. 1. bis 3. Juni: Filmschnitt.
KFH, Köln. 12./13. Mai: Dramaturgisch Denken! Die Dokumentarfilm-Montage. 19./20. Mai: Kameraführung II. 9./10. Juni: Kameraarbeit und Visual Effects.
VSM, München. 19. Mai in Wiesbaden: Mit dem Camcorder auf Du-und-Du. 20. Mai in Wiesbaden: Casablanca Kreativ-Workshop I. 21. Mai in Wiesbaden: Videofilmen mit HDV – neue Bildgestaltung. 2. Juni: Casablanca DVD Arabesk 3.

Selbst- und Medienmanagement

ABP, München. 29. bis 31. Mai: Cross-Media-Konzepte. 31. Mai: Freie Journalisten – Steuern. 11. bis 15. Juni: Websites gestalten.
ABZV, Bonn. 11. bis 13. Juni: Qualitätsmanagement in Printredaktionen.
ADB, München. 23. Mai: Allgemeines Vertragsrecht für die tägliche Praxis.
AFP, Hamburg. 29. Mai bis 2. Juni: Führungsaufgaben in Print-Medien. 14./15. Juni: Redenschreiben.
COP, Köln. 21./22. Mai in Bonn: Sinnstiftende Perspektiven und Karrieren für Medienschaffende. 26./27. Mai in Bonn: Karriere ohne Kopfzerbrechen – Gelingen durch Gelassenheit. 29./30. Mai in Köln: Einfach gelöst – traumhaft kreativ. Mit Selbst-Recherche zu neuen Lösungen. Weitere Coaching- und Karriereseminare unter: www.cop-morrien.de
FAZ, Frankfurt. 22./23. Mai in Düsseldorf: Argumentationstraining für schwierige Situationen. 11/12. Juni in Wiesbaden: 12 Führungstools für schwierige Situationen. 12./13. Juni in München: Crashkurs Rhetorik. 14./15. Juni in Heidelberg: Interne Kommunikation.
JHB, Hagen. 21. bis 23. Mai: Pressestellen im Web – Die digitale Pressemappe. 29. bis 31. Mai: Organisation und Strategie der Pressearbeit.
KLARA, Berlin. 21. bis 25. Mai: Fortbildung zum Pressesprecher. 11./12. Juni: PR-Grundlagen.
NA, Hamburg. 11./12. Juni: Reden schreiben. 24. Mai: Internet-Newsletter. 22./23. Mai: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Journalisten. 14./15. Juni: PR-Konzepte für Fortgeschrittene. 13. Juni: Aufbau von Präsentationen.
VDZ, München. 22. Mai: Kommunikation zwischen Agentur und Verlag – Was wünschen sich Agenturen von Verlagen?

termine

Journalismus

Trauma und Journalismus
HAMBURG. Ein großer Teil der Medienberichterstattung dreht sich um Gewalt, doch Journalisten lernen in der Regel wenig über den Umgang mit Opfern und setzen sich kaum mit ihrer eigenen Belastung auseinander. Was passiert, wenn Journalisten von ihrer Berichterstattung über traumatische Ereignisse emotional betroffen sind? Ob Katastrophen, Unfälle, Verbrechen – Journalisten, Fotografen und Kameraleute produzieren Bilder, die sie ihren Zuschauern und Lesern nicht immer zumuten wollen. Während Katastrophenhelfer und andere Betroffene inzwischen routinemäßig betreut werden, wächst langsam die Erkenntnis, dass auch Medienleute psychologische Unterstützung benötigen. Zu diesem Zweck wurde Ende der 1990er das „Dart Centre für Trauma & Journalism" von Therapeuten und Journalisten in den USA gegründet. Auch in Deutschland formiert sich zusammen mit der Deutschen Gesellschaft für Psychotraumatologie auf einer Konferenz in Hamburg vom 10. bis 13. Mai ein solches Netzwerk. Teilnehmerkosten entstehen nicht. Informationen: Petra Tabeling, MediaPark Süd, Sachsenring 2–4, 50677 Köln, Fon: 02 21/278 08 14, E-Mail: petra_tabeling@yahoo.de, Internet: www.dartcentre.org/german (im Aufbau).

Journalismus in der Hauptstadt
BERLIN. Das DeutschlandRadio und die BerlinMediaProfessionalSchool der Freien Universität Berlin veranstalten gemeinsam am 11. Mai 2007 eine Tagung zum Thema „Haifischbkcken Berlin: Journalismus in der Hauptstadt". Sie soll vor allem Volontären und Nachwuchsjournalisten, aber auch anderen Interessierten einen Einblick in die vielfältige Praxis des Hauptstadtjournalismus geben. Korrespondenten von regionalen und überregionalen Zeitungen, Journalisten von ARD, ZDF und n-tv sowie vom Hörfunk informieren über das Verhältnis von Journalisten, Regierungsmitgliedern und Parlamentariern. Die Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro.
Informationen: DeutschlandRadio, Laura Lehnen, Fon: 030/85 03 61 63, E-Mail: laura.lehnen@dradio.de.

„Mobile Publishing" für Zeitungsredaktionen
BONN. Mobilfunk erweist sich immer mehr als wirksamer Rückkanal für die gedruckte Tageszeitung. Über das Handy empfangen Leser nicht nur jederzeit wichtige redaktionelle Inhalte, sie stimmen auch ab, sagen ihre Meinung oder senden als Leserreporter Informationen und Bilder. Speziell für junge Zielgruppen gewinnt die – dank mobiler Angebote interaktive – Zeitung neue Anziehungskraft. Die Akademie Berufliche Bildung der Deutschen Zeitungsverlage (ABZV) bietet am 15./16. Mai in Bonn ein Seminar zu den Fertigkeiten, die das Medium Mobilfunk von Redakteuren verlangt. Stärken und Schwächen mobiler Formate werden diskutiert, Erfolgskriterien bestimmt. Seminargebühr: 320 Euro inkl. Übernachtung und Verpflegung. Information: ABZV, In der Wehrhecke 1, 53125 Bonn, Fon: 02 28/25 90 00, E-Mail: info@abzv.de, www.abzv.de.

Schreibwettbewerb Kurzgeschichte
FRANKFURT. Das Kundenmagazin „Buchjournal" veranstaltet mit „Books on Demand" einen Schreibwettbewerb, für den ab sofort Kurzgeschichten eingesendet werden können. Thema: „Feinde" – feine, falsche oder sogar geliebte Feinde. Die Kurzgeschichten dürfen maximal 10.000 Zeichen enthalten. Sie müssen unveröffentlicht und frei von Rechten Dritter sein. Prämierte Autoren werden bei Books on Demand veröffentlicht und erhalten einen Bücherscheck im Wert von 250 Euro. Der Beitrag wird in der Herbstausgabe des Buchjournals abgedruckt. Die 20 besten Beiträge erscheinen zudem im September bei Books on Demand als Buch. Einsendeschluss: 15. Mai.
Informationen: Irene Nießen, Fon: 069 / 24 27 11 21, E-Mail: rene.niessen@buchjournal.de, schreibwettbewerb@buchjournal.de, Internet: www.buchjournal.de.

Medien und Kommunikation
BAMBERG. Lebenslang lernen – die Wissensgesellschaft formuliert neue Versprechungen und Forderungen. Doch was ist daran neu? Welche Rolle spielt der wachsende Innovationsdruck, der vom Medien- und Kommunikationssektor ausgeht? Welche Wirkungen entfalten neue Medien und Kommunikationsmöglichkeiten? Einfache Fragen – schwierige Antworten, denen sich die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPuK) vom 16. bis 18. Mai nähern will. Information: Prof. Dr. Rudolf Stöber, An der Universität 9, 96047 Bamberg, Fon: 09 51 / 863 21 58, E-Mail: rudolf.stoeber@split.uni-bamberg.de, www.dgpuk2007.de

Textcoaching
BAD KREUZNACH. Viele kennen das: Die gute Idee für eine Story ist da, aber der Text will einfach nicht heraus. Wie kann man lernen, beim Schreiben seine Kreativität ins Fließen zu bringen? Das Intensivseminar zum Textcoaching macht vom 25. bis 27. Mai auf die Widerstände des Autorendaseins aufmerksam. Das Textcoaching zeigt Techniken zum Selbstmanagement und zur Organisation des Schreiballtags. Mit Bausteinen des „journalistischen Schreibens" und Methoden des „Creative Writing" werden die Seminarteilnehmer in die Realisation geplanter Projekte eingeführt. Seminargebühr: 180 Euro. Anmeldung: Inkas Institut für Kreatives Schreiben, Magister Faust Gasse 37, 55545 Bad Kreuznach, Fon: 067 21 / 92 10 60, E-Mail: info@inkas-id.de, www.inkas-id.de.

Macht der Journalisten
HAMBURG. Wie viel Macht haben Journalisten? Mit dieser Frage will die Akademie für Publizistik die Diskussion über aktuelle Entwicklungen im Journalismus beleben. Von einem rasanten Bedeutungsverlust der Medien sprechen die einen, andere sehen das Gegenteil: Medien als mächtige Meute, die Menschen vernichtet – oft einfach so, unbedacht, unkontrolliert, hemmungslos. Ist die vierte Gewalt noch Realität? Oder nur mehr ein Ideal, eine Fiktion? Die Preisfrage der Akademie ist dotiert mit insgesamt 3.500 Euro, gestiftet von der Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius. Der überzeugendste Beitrag erscheint in der Süddeutschen Zeitung. Teilnehmen können deutschsprachige Journalisten. Die Beiträge mit maximal 6.000 Zeichen dürfen nicht schon an anderer Stelle veröffentlicht worden sein.
Bewerbungsschluss: 31. Mai.
Kontakt: Kirstin Marquardt, Akademie für Publizistik, Warburgstraße 8 – 10, 20354 Hamburg, Fon: 040 / 41 47 96 0, E-Mail: K.Marquardt@Akademie-fuer-Publizistik.de, Internet: www.Akademie-fuer-Publizistik.de.

Sexualität – ohne Glamour
BERLIN. „Sex Sells" ist eine Binsenweisheit. Wunderheiler in Afrika, Zwangsprostitution in Berlin-Mitte, Morde aus verirrtem Ehrgefühl und missbrauchte Kinder: Dem Boulevard bringt es Schlagzeilen. Gute Reporterinnen und Reporter aber schauen hinter die Kulisse und gewinnen eine Idee davon, auf wessen Kosten Kasse gemacht wird. Massenvergewaltigungen, Zwangsehen und finsterster Aberglaube, selbst der ungehinderte Zugang zu Aufklärung und medizinischer Versorgung wird vielen Menschen mitten in Europa verwehrt. Selten lesen wir davon in den deutschen Publikumsmedien. Hier setzt ein Brennpunkt-Seminar an, das auf Initiative des Deutschen Parlamentarischen Forums für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte, des pro familia Bundesverbands und seiner internationalen Dachorganisation vom 15. – 17. Juni in Berlin stattfindet. Weiterer Kooperationspartner ist das Netzwerk Recherche. Im August 2007 ist eine Reise nach Malawi zu Projekten der Entwicklungszusammenarbeit geplant. Vorausgesetzt werden eine hauptberufliche journalistische Tätigkeit sowie gute Englischkenntnisse. Im Programm enthalten sind die Kosten für An- und Abreise, Verpflegung und Übernachtungen sowie die Kosten einer Studienreise nach Malawi. Teilnahmegebühren entstehen nicht. Bewerbungsschluss: 15. Mai. Informationen: www.deutsches-parlamentarisches-forum.de.

Medienpreis der Deutschen Geographie
BERLIN. Die Deutsche Gesellschaft für Geographie (DGfG) verleiht den Medienpreis der Deutschen Geographie. Mit der Auszeichnung werden herausragende journalistische Arbeiten gewürdigt, die ein geographisches Thema spannend, informativ und wissenschaftsnah darstellen und einem breiten Publikum vermitteln. In die Wertung kommen Beiträge, die zwischen dem 1. Juni 2005 und dem 1. Juni 2007 veröffentlicht wurden, das Preisgeld beträgt insgesamt 3.000 Euro. Die Jury aus Geographen und Journalisten berücksichtigt Presseartikel, Fernseh- und Hörfunkbeiträge sowie Online-Veröffentlichungen sämtlicher deutschsprachiger Medien. Einsendeschluss: 15. Juni.
Informationen: Dr. Peter Wittmann, Deutsche Gesellschaft für Geographie, Telefon: 03 41 / 255 65 74, E-Mail: p_wittmann@ifl-leipzig.de, Internet: www.geographie.de.

MIT-Medienpreis
BERLIN. MIT, die Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU / CSU, zeichnet mit dem Preis „Mittelstand vor Ort" Beiträge aus, die sich in besonderer Weise mit Problemen und Chancen mittelständischer Unternehmen beschäftigen. Das Engagement und das innovative Potenzial kleiner und mittelständischer Unternehmen sollen zum Ausdruck kommen. Es werden auch Porträts und Biografien berücksichtigt. Für den mit insgesamt 3.500 Euro dotierten Preis können sich Journalistinnen und Journalisten mit einem deutschsprachigen Beitrag, der zwischen dem 1. Juni 2006 und

Impressum

«M – Menschen Machen Medien»
Medienpolitische ver.di-Zeitschrift, erscheint neun Mal im Jahr

Herausgeber: Fachbereich 8 (Medien, Kunst, Industrie), Bundesvorstand: Frank Bsirske / Frank Werneke
Redaktion: Karin Wenk (verantwortlich), Telefon 030 / 69 56 23 26
Anschrift: ver.di Bundesverwaltung / Karin Wenk, Redaktion M, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin, Fax: 030 / 69 56 36 76
E-Mail: karin.wenk@verdi.de
Für unverlangt eingesandte Artikel und Bilder übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Gezeichnete Beiträge stimmen nicht immer mit der Meinung der Redaktion überein.

Anzeigen:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstraße 30, 10969 Berlin
Ansprechpartner: Michael Blum (Leiter)
Tel: 030 / 255 94 – 150
Fax: 030 / 255 94 – 190
E-Mail: blum@vorwaerts.de
Gültige Anzeigenpreisliste:
Nr. 12 gültig ab 1.1.2007
M im Internet
http://mmm.verdi.de

Layout: Petra Dreßler, Berlin
Tel. 030 / 322 18 57
Titelbild: Hermann J. Haubrich, Berlin, Tel. 0171 / 343 88 10

Druck und Vertrieb:
alpha print medien AG (apm)
Kleyerstraße 3, 64295 Darmstadt

Jahresabonnement:
36,– € einschließlich Versandkosten.
Abonnementsverwaltung:
Verlagsgesellschaft W.E. Weinmann mbH, Postfach 1207, 70773 Filderstadt, Telefon 0711 / 700 15 30. Für Mitglieder der Medien-Fachgruppen ist die Bezugsgebühr im Mitgliedsbeitrag enthalten. ver.di-Mitglieder aus anderen Fachgruppen zahlen 18 € – eine gesonderte Bestellung ist notwendig.

Weitere Publikationen:
„Kunst & Kultur"
verantwortlich: Burkhard Baltzer
„Druck + Papier" verantwortlich: Henrik Müller 030 / 69 56 – 10 76

Redaktionsschluss:
M 04.2007: 1.4.2007
M 05.2007: 1.5.2007
ISSN-Nr.: 09 46 – 11 32

dem 31. Mai 2007 in Print- und Rundfunkmedien veröffentlicht wurde, bewerben. Einsendeschluss: 15. Juni. Informationen: MIT – Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU / CSU, Charitéstraße 5, 10117 Berlin, Fon: 030 / 220 798 0, E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de.

Film

Festival des deutschen Films
LUDWIGSHAFEN. Das 3. Festival des deutschen Films findet vom 6. Juni bis 17. Juni auf der Ludwigshafener Parkinsel statt. Das Festival will Kino mit individueller Handschrift Filme in den Mittelpunkt rücken, wo jemand auch mal Kopf und Kragen riskiert. Da auch die Kreativität von Produzenten wichtig ist, geht der mit 50.000 Euro dotierte Filmkunstpreis je zur Hälfte an den Regisseur und an den Produzenten. Außerdem wird in der „Sommerakademie" über die Zukunft des Kinos nachgedacht. Auf das Publikum warten neueste deutsche Filme im Wettbewerb um den Filmkunstpreis 2007 – von Newcomern, Fortgeschrittenen und alten Meistern. Information im Internet: www.festival-des-deutschen-films.de

Dokville
LUDWIGSBURG. Dokumentarfilm als Ereignis in Kino und Fernsehen – das Genre ist derzeit äußerst erfolgreich. Immer häufiger werden Dokumentarfilme für die große Leinwand mit opulenten Bildern und aufwändigem Sounddesign gestaltet. Am 21. und 22. Juni trifft sich die Branche in Ludwigsburg bei „Dokville 2007". Neben der Präsentation wichtiger Beispiele werden Konzepte diskutiert. Was macht den Erfolg eines Dokumentarfilms aus? Wie ist die Position der Fernsehredaktionen? Die Leiter der Festivals von Leipzig, Duisburg, München, Kassel sowie der Berlinale debattieren bei Dokville über Qualitätskriterien, die darüber entscheiden, ob ein Film die Größe hat, auf einem Festival gezeigt zu werden. Teilnahmegebühr: 50 Euro, Studierende 25 Euro. Info: www.dokville.de.

Rundfunk

Radiocamp am Bodensee
MARKELFINGEN. Erneut treffen sich Radiomacher/innen und Gewerkschafter/innen aus Deutschland und Europa zum Radiocamp. Unterstützt von connnexx.av laden die Freien Radios vom 16. bis 20. Mai an den Bodensee auf dem Gelände des DGB-Jugendcamps in Markelfingen ein. Auf dem Programm stehen Radioworkshops im redaktionellen sowie im technischen Bereich, Kulturelles und Freizeitaktivitäten. Die Workshops sind auf Neulinge und fortgeschrittene freie Radiomacher/innen ausgerichtet. Teilnehmer/innenbeitrag: 100 Euro; ermäßigt 85 Euro. Workshop-Programm und Anmeldung: www.aff-bawue.org, www.freie-radios.de.

RBB-Hörstückwettbewerb
BERLIN. Kulturradio vom RBB lädt unter dem Motto „Innovationen" zum Hörstückwettbewerb ein. Gesucht werden Vorschläge, die den großen Wurf wagen: als Collagen, O-Ton-Kompositionen, Mini-Hörspiele und -Dramen, Szenen, Episoden, Bekenntnisse, Geständnisse und andere Monologe. Erwünscht sind alle Genres und Formen. Kulturradio nimmt Hörstücke in den Kategorien Feature oder Hörspiel entgegen. In der Kategorie Hörspiel sind Manuskripte von 4.000 Zeichen oder Autorenproduktionen von fünf Minuten Länge einzureichen, in der Kategorie Feature halbseitige Exposés mit O-Tönen bzw. Autorenproduktionen. Die besten zehn Arbeiten werden in den RBB-Studios produziert. Am 28. September stellt Kulturradio eine Auswahl vor und vergibt in den Kategorien Feature und Hörspiel jeweils einen 1. Preis (je 1.000 Euro). Die Jury verleiht außerdem einen Innovationspreis (750 Euro), dass Publikum bestimmt einen Hörerpreis (750 Euro). Einsendeschluss: 31. Mai. Einreichungen (Ideenskizzen, Exposés, Tonträger) an: Rundfunk Berlin-Brandenburg, Kulturradio, Hörspiel / Feature, 14046 Berlin.

Fotografie

Stipendium Bildkunst
BONN. Deutsche Urheber aus dem Bereich Foto und Design können sich beim Kulturwerk der VG Bild-Kunst um die Förderung eines Projektes im Bereich Fotografie und Design bewerben. Die Fördersumme kann bis zu 49 Prozent der Projektkosten, jedoch höchstens 8.000 Euro betragen. Die geförderten Projekte dürfen erst nach der Bewilligung durch die Förderkommission des Kulturwerks der VG Bild-Kunst beginnen, Publikationen erst nach dem Entscheid der Förderkommission in Druck gehen. Die Förderung von Studierenden ist ausgeschlossen. Bewerbungsschluss: 15. Mai. Informationen und Antragsformulare: Kulturwerk der VG Bild-Kunst GmbH, Dr. Britta Klöpfer, Reinhard Meyer, Weberstr. 61, 53113 Bonn, Fon: 02 28 / 915 34 13, E-Mail: info@bildkunst.de, www.bildkunst.de.

Know-how für die Bildbranche
FRANKFURT. Die Bildagenturmesse PICTA findet vom 22. bis 24. Mai in Frankfurt statt. Sie will eine Plattform sein, die eigene Spezialisierung und das eigene Know-how vorzuführen; gleichzeitig soll über die Entwicklungen innerhalb der Branche informiert werden. Im PICTA Forum wird referiert und diskutiert, wie sich die Branche verändern wird, welche neuen Probleme und Chancen auf Bildproduzenten und -verwerter zukommen. Vorträge befassen sich etwa mit neuen Problemen bei Eigentums- und Markenrechten am fotografischen Bild oder mit „Bildern und Mythen hinter den Werbebildern". Weitere Themen sind „Bilderverbote – Recht, Ethik und Ästhetik der öffentlichen Kommunikation" oder „Visuelle Darstellungslogik von Nachrichtenmagazinen". Parallel gibt es einen Workshop zu Trends und Perspektiven der Bildrecherche. Informationen: www.marketing-services.de.

ver.di Seminare für Selbstständige in Lage-Hörste

Der Einstieg in den Umstieg

Berufliche Neuorientierung für erfahrene Selbstständige vom 4. bis 6. Juni
Selbstständig arbeiten – ja. Aber: Kann ich mich noch auf dem Markt behaupten? Märkte verändern sich, wie kann ich darauf reagieren? Ziel des Workshops ist es, neue berufliche Perspektiven zu eröffnen. Inhalte sind eine aktive Auseinandersetzung mit dem eigenen Standort, den Erfahrungen und persönlichen Werten. Fähigkeiten und Stärken, Erfolge und Kompetenzen werden in intensiver Einzel- und Gruppenarbeit herausgearbeitet und präzisiert. Konkrete berufliche Ziele und/oder neue Aufgabenfelder werden erarbeitet. Auf Wunsch gibt es Informationen zu einer geeigneten Finanzplanung, zu Netzwerken und Kooperationen.
Teilnehmergebühr (incl. Übernachtung und Verpflegung): 300 Euro, ver.di-Mitglieder zahlen 120 Euro und erhalten einen Reisekostenzuschuss. Die Teilnehmer/innen sollten bereits als Selbstständige gearbeitet haben.

Was Selbstständige für ihren Beruf wissen müssen

Ein Seminar für Freie, Honorarkräfte und E-Lancer vom 4. bis 7. Juli
Der Einstieg in die Selbstständigkeit heißt auch Erkennen, dass selbstständige Arbeit ein Geschäft ist. Das ist die erste Regel für alle, die auf eigene Rechung und Verantwortung arbeiten wollen. Und oft die unbeliebteste, weil sie so gar nichts zu tun hat mit dem Traum von Freiheit und Kreativität. Goetz Buchholz, Autor verschiedener Ratgeber für Selbstständige, vermittelt anschaulich, was man wissen muss: Grundkenntnisse in Vertrags-, Sozialversicherungs-, Steuer- und Urheberrecht; Erfahrungen mit ersten Aufträgen und Akquisition, mit Verträgen und Honoraren, Tipps zu Buchhaltung, Arbeitsorganisation und Kooperation.
Teilnahmebeitrag (incl. Übernachtung und Verpflegung): 250 Euro, ver.di-Mitglieder zahlen 120 Euro und erhalten einen Reisekostenzuschuss. Angesprochen sind Alleinunternehmer/ innen der Bereiche Kunst, Medien, Bildung und IT mit praktischen Erfahrungen in professioneller selbstständiger Arbeit.

Informationen: http://freie.verdi.de/bildung/ver.di-seminare.
ver.di Referat Selbstständige, Paula-Thiede-Ufer 10, 10179 Berlin,
Telefon: 030 / 69 56 14 51

PhotoVision
ESSEN. Die Zeitschrift Photographie schreibt den mit Geld- und Sachpreisen von 21.000 Euro dotierten Nachwuchsförderpreis PhotoVision zum Thema „Freiheit" aus. Teilnehmen können Studenten, Auszubildende und Absolventen der Bereiche Fotografie und Fotodesign sowie ausgebildete Fotografen, die nicht älter sind als 32 Jahre. Gesucht werden Bildfolgen aus drei bis fünf Aufnahmen, die das Thema „Freiheit" auf fotografisch und inhaltlich originelle Weise interpretieren. Notwendiger Bestandteil der Arbeit ist eine kurze Konzeptbeschreibung. Die Fotografien müssen in den Jahren 2005 – 2007 entstanden sein. Die Siegerbilder werden in Photographie und Photographie Online veröffentlicht. Informationen: Redaktion Photographie, Förderpreis PhotoVision 2007, Theodor-Althoff-Str. 39, 45133 Essen, Internet: www.photographie.de

Varia

Neue Workshops bei News Aktuell
HAMBURG. Die dpa-Tochter news aktuell hat in diesem Jahr neue Workshops im Angebot: Seminare zu Themen wie Podcasts und Web 2.0 ergänzen das Programm. Eine Fortbildung „Digitalfotografie" richtet sich exklusiv an Journalisten. Daneben gibt es klassische Seminare zum kreativen Texten, zu den Grundlagen von PR-Konzepten und zur Bildbearbeitung für Pressestellen. Die neue Broschüre enthält Informationen zu Seminaren aus über 40 Themenbereichen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie zum persönlichen Erfolgsmanagement. Programmheft bestellen: news aktuell GmbH, media workshop Manager, Nicole Raabe, Fon: 040 / 41 13 28 41, Internet: www.mediaworkshop.newsaktuell.de.

Tage der Typografie
LAGE-HÖRSTE. Auszubildende, Designstudenten, Grafikdesigner, ambitionierte Schriftsetzer, Dozenten und Ausbilder sowie andere Teilnehmer aus den unterschiedlichen Bereichen der Druck- und Medienbranche haben vom 7. bis 10. Juni Gelegenheit zum Austausch, zur Weiterbildung und Umsetzung ihrer kreativen Ideen. Unter dem Thema „Personal Type" gestalten die TeilnehmerInnen eine Schrift, die ihr ganzes Leben widerspiegelt. Der Workshop findet auf Englisch statt, eine Übersetzung ist möglich. Eigene Arbeiten oder typografische Ansichten können vorgestellt werden. Informationen: Tanja Huckenbeck, Typografie und Layout, Waldstraße 10a, 63065 Offenbach am Main, Fon: 069 / 260 178 65. Internet: www.tage-der-typografie.de

Atempause
KIRKEL / Saarland. Das Seminar für gewerkschaftliche Multiplikatoren vom 11. bis 15. Juni untersucht, wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in ihren Positionen am Arbeitsplatz gestärkt werden können, damit neue Entfaltungsräume für gemeinsames Denken und Handeln entstehen. Das Klima am Arbeitsplatz wird rauer: Mehr Arbeit für weniger Geld, weniger Sozialleistungen für mehr Aufwand. Da fällt es schwer, Positionen eines Miteinander zu vertreten, Solidarität wird zum Fremdkörper. Das Seminar geht der Frage nach, wie dennoch menschliche Ideale am Arbeitsplatz positioniert werden können. Seminargebühr: 75 Euro inkl. Unterkunft und Vollpension. Informationen: Fon: 068 49 / 90 90, E-Mail: bildungszentrum@arbeitskammer.de, www.bildungszentrum-kirkel.de.

Geschichte des Pulitzer-Preises
BOCHUM. Unter dem Titel „Der Pulitzer-Preis – Konkurrenten, Kämpfe, Kontroversen" ist zum ersten Mal ein Buch über die Geschichte des Pulitzer-Preises in deutscher Sprache erschienen. Die Autoren Heinz-D. Fischer und Erika J. Fischer geben einen Überblick über die Preisträger, zeigen aber auch das Spektrum der Agenden vor allem der amerikanischen Presse von 1917 bis 2006. LIT Verlag, ISBN 978 3 8258 0339 1, 456 Seiten, 29,90 Euro.

leute

Der Chefredakteur der WirtschaftsWoche, **Stefan Baron**, wird neuer Kommunikationschef der Deutschen Bank. Baron leitete das Magazin seit 1991. Barons Nachfolge für den Chefredakteursposten werde „zu gegebener Zeit" verkündet, teilte die Verlagsgruppe Holtzbrinck mit.

Jan Braunholz, bisher freiberuflicher Kameramann und Dokumentarfilmer, arbeitet künftig zusätzlich auch als Videoreporter und VJ bei der „Hessenschau" (hr).

Martin Bräuning, bislang Leiter des SWR-Studios in Karlsruhe, folgt als Programmchef von SWR4 Baden-Württemberg auf **Martin Born**, der in den Vorruhestand geht.

Ulf Brychcy, bisher Leiter der Unternehmenskommunikation der Direct Group Bertelsmann und des Club Bertelsmann, übernimmt bei der Financial Times Deutschland die Berichterstattung über die Transport- und Logistikbranche von **Claudia Wanner**, die freiberufliche Korrespondentin in Hongkong wird.

Bundespressekonferenz: In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende **Werner Gößling** (ZDF) und die Vorstandsmitglieder **Petra Diroll** (BR), **Peter Ehrlich** (Financial Times Deutschland), **Eckart Lohse** (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung), **Angela Wefers** (Börsenzeitung) und **Thomas Wittke** (Bonner Generalanzeiger). Neu im Vorstand ist **Antje Sirleschtov** (Tagesspiegel).

Thorsten Dörting, zuletzt Redakteur im Ressort Lebensart (Kultur & Gesellschaft) des Schweizer Nachrichtenmagazins Facts, wurde Co-Ressortleiter.

Cord Dreyer, bislang Leiter der Pressestelle und Konzernsprecher der Volkswagen AG, löst als Geschäftsführer und Chefredakteur der Finanz-Nachrichtenagentur dpa-AFX (Frankfurt) **Roland Freund** ab, der für die dpa in den USA wirken wird. Dreyer war früher schon zwölf Jahre lang für die dpa tätig.

Bettina Feldhaus, bisher stellvertretende Leiterin des WDR-Studios Münster, übernahm die Leitung des Regionalstudios Aachen von **Ulrike Wischer**, die Gesamtleiterin der „Lokalzeiten" im WDR-Fernsehen wurde.

fjp>media, der Verband junger Medienmacher Sachsen-Anhalts, wählte einen neuen Vorstand. Vorsitzender: **Erik Staschöfsky**, Journalistik-Student; Stellvertreterin: **Tina Reinhardt**, Studentin; Schatzmeister: **Stephan Haake**, FSJ; Beisitzer: die Studenten **Tobias Proß**, **Matthias Zagermann**, **Kai Hartig** und die Studentin **Kristin Heiß**.

Anna von Garmissen und **Matthias Daniel**, im Medienfachverlag Rommerskirchen derzeit leitende Redakteure des Medienmagazins Insight sowie seit 2005 ständige Mitarbeiter von journalist, der Verbandszeitschrift des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), lösen als Chefredakteure dieses Titels **Ulrike Kaiser** ab.

Christian Hellmann, Chefredakteur von TV Digital, übernahm zusätzlich die Chefredaktion der neuen Programmzeitschrift TV Guide (beide ASV).

Gudrun Hindersin wird zum 1. April 2007 neue Unternehmenssprecherin und Leiterin der Pressestelle des WDR. In dieser Funktion übernimmt sie zusätzlich die stellvertretende Leitung der Hauptabteilung Kommunikation, Forschung und Service des Senders. Hindersin, seit Februar 2007 bereits kommissarische Leiterin der Pressestelle, folgt **Rüdiger Oppers** nach, der zur WAZ-Mediengruppe nach Essen wechselte.

Marion Horn, bisher Leiterin Bild Hamburg und Mitglied der Chefredaktion von Bild, wurde stellvertretende Chefredakteurin von Bild am Sonntag. **Kai Winckler**, zuletzt als Chefredakteur bei der Bauer-Verlagsgruppe tätig, folgt als Bild-Unterhaltungschef auf **Martin Heidemanns**, der als Mitglied der Chefredaktion einen ressortübergreifenden Reporterpool einrichten soll. Winckler übernimmt die Funktion eines stellvertretenden Chefredakteurs. **Florian von Heintze**, ebenfalls stellvertretender Bild-Chefredakteur, löst als Leiter des Ressorts Leben und Wissen **Karsten Witzmann** ab, der zusammen mit **Ralph Große-Bley** die übergreifende Redaktionsleitung der Regionalausgaben für Berlin und die neuen Bundesländer übernimmt. **Robert Schneider**, bisher Redaktionsleiter von Bild Berlin/Brandenburg, wird stellvertretender Chefredakteur bei der B.Z. (ebenfalls ASV). **Thomas Drechsler**, bislang als stellvertretender Chefredakteur von Bild für das Ressort Nachrichten zuständig, folgte in der Chefredaktion als Politikchef auf **Sebastian Graf von Bassewitz**, der den Verlag verließ.

Sabine Ingwersen, bislang stellvertretende Chefredakteurin von Frau im Spiegel (G+J), folgt als Chefredakteurin auf **Karin Schlautmann**, die Leiterin Kommunikation bei der Bertelsmann Stiftung wird.

Joachim Knuth, Chefredakteur des NDR-Hörfunks und Programmchef von NDR Info, löst Anfang 2008 als Programmdirektor Hörfunk **Gernot**

Romann ab, der zum Jahreswechsel in den Ruhestand geht.

Antje-Kathrin Kühnemann und die TV-Ratgebersendung „Sprechstunde" im BR, die sie mehr als drei Jahrzehnte lang moderierte, müssen einem neuen Wellness- und Gesundheitsmagazin weichen.

Landespressekonferenz Brandenburg: Vorsitzender bleibt der Leiter des ZDF-Landesstudios **Peter Kranz**. Als weitere Vorstandsmitglieder wurden gewählt: **Matthias Benirschke** (dpa), **Thomas Bittner** (RBB), **Hanno Christ** (RBB), **Igor Göldner** (Märkische Allgemeine), **Gerlinde Krahnert** (freie Journalistin) und **Thorsten Sydow** (RBB).

Landespressekonferenz NRW: In ihren Ämtern bestätigt wurden der Vorsitzende **Leo Flamm** (Hörfunkredakteur des WDR) und die weiteren Vorstandsmitglieder: **Michel Fritsch** (Ruhr Nachrichten), **Bettina Grönewald** (dpa), **Peter Jansen** (Neue Westfälische) und **Heidi Renz** (radio NRW).

Landespressekonferenz Thüringen: **Ulli Sondermann-Becker** (MDR) folgte als Vorsitzender auf **Eberhard Pfeiffer** (Thüringer Allgemeine). Neu gewählt wurden auch die Stellvertreter **Falk Heunemann** (Thüringer Allgemeine) und **Malte Pieper** (MDR); Kassenwart bleibt **Michael Keller** (Thüringer Allgemeine).

Marc Langebeck, u.a. Moderator des Freizeitmagazins „ReläXX" (RBB), löst in der Präsentation der Büchersendung „quergelesen" (Ki.Ka und mehrere dritte ARD-Programme) **Josephine Preuß** ab.

Pressenetzwerk für Jugendthemen e.V. (PNJ): **Marco Heuer**, freier Journalist und Bildungsreferent insbesondere für Europa-Themen, wurde als Vorsitzender wiedergewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind: **Barbara Oertel**, taz-Redakteurin (Berlin); **Stephanie Lachnit**, freie Rundfunk-Journalistin (Köln); **Martin Finkenberger**, Redakteur bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in Bonn; **Fritz-Hermann Köser**, freier Journalist (Berlin) und **Steffen Wurzel**, Volontär beim SWR (Mainz).

Der Publizist und Filmhistoriker **Hans Helmut Prinzler**, von der Berliner Akademie der Künste in den Rundfunkrat des RBB entsandt, wurde zum neuen Vorsitzenden des RBB-Programmausschusses gewählt. Seine Stellvertreterin ist die Pröbstin **Friederike von Kirchbach**.

Florian Quecke, bisher bei WDR 5 Redakteur und Moderator der Reihe „Tischgespräch" sowie stellvertretender Programmchef, folgt als Programmchef auf **Wolfgang Schmitz**, der Hörfunkdirektor wird.

Kay-Sölve Richter, Moderatorin der „heute"-Nachrichten im ZDF-„Morgenmagazin", wird künftig auch das samstägliche „ZDFwochenjournal" (bisher: „TOP 7") moderieren.

Der Bestseller-Autor **Frank Schätzing** fungiert als Moderator der dreiteiligen Doku-Reihe „2057 – Unser Leben in der Zukunft" (ZDF).

Klaus-Peter Siegloch, stellvertretender ZDF-Chefredakteur und Moderator beim „heute journal", löst als Korrespondent in Washington **Eberhard Piltz** ab, der in den Ruhestand tritt. Siegloch war schon von 1994 bis 1999 Studioleiter in Washington.

Ralf Südhoff, zuvor u.a. bei der Financial Times Deutschland und der Wochenzeitung Die Zeit tätig sowie für die Öffentlichkeitsarbeit der Weltgesundheitsorganisation WHO in Deutschland verantwortlich, wurde zum neuen Pressesprecher des UN World Food Programme (WFP) im Berliner Büro ernannt.

Verband Deutscher Sportjournalisten (VDS): Der Präsident **Erich Laaser** (Berlin) sowie die Vize-Präsidenten **Hans-Joachim Zwingmann** (Hannover) und **Christoph Fischer** (Köln) wurden, ebenso wie Schatzmeister **Christoph Schumann** (Hamburg), in ihren Ämtern bestätigt.

Verein der Chefredakteure im nordrhein-westfälischen Lokalfunk (VdC): Als Vorstandsmitglieder wiedergewählt wurden **Andrea Stullich** (Radio RST), **Christian Pflug** (Radio Siegen) und **Georg Rose** (Radio Wuppertal). **Frank Haberstroh** (Radio WAF) und **Thorsten Kabitz** (Radio RSG) lösten im Vorstand **Uwe Haring** (bisher Antenne Münster) und **Andreas Heine** (Radio MK) ab.

Thomas Wels, bisher Wirtschaftsredakteur bei der „Rheinischen Post" (Düsseldorf), löste als Ressortleiter Wirtschaft bei der WAZ (Essen) **Jürgen Frech** ab, der Leiter der Abteilung Presse im Zentralbereich Konzernkommunikation der RWE AG (Essen) wurde.

Klaus Wieking, bisher stellvertretender Leiter des Ressorts Unternehmen der Fachzeitschrift Werben & Verkaufen (Europa-Fachpresse-Verlag), folgt als verantwortlicher Redaktionsleiter News aller Zeitschriften und Online-Portale des EFV auf **Stefan Braunschweig**, der Unternehmenssprecher der Motor Presse Stuttgart wird. **Gregory Lipinski**, bislang Hamburg-Korrespondent des Handelsblatts, übernahm diese Funktion für die EFV-Titel mit dem Schwerpunkt Medien- und Unternehmensberichterstattung aus Norddeutschland von **Kai-Hinrich Renner**, der zur Welt-Gruppe wechselte.

preise

43. Adolf-Grimme-Preis 2007– Fiktion: **Daniel Speck** (Buch), **Stefan Holtz** (Regie) und das Darstellerteam für „Meine verrückte türkische Hochzeit" (ProSieben); **Max Eipp** (Buch), **Züli Aladag** (Regie), **Wolf-Dietrich Brücker** (Redaktion) und das Darstellerteam für „Wut" (ARD / WDR); **Aelrun Goette** (Regie), **Jens Harant** (Kamera), **Bibiane Beglau** (Darstellung) für „Unter dem Eis" (ARD / SWR / RBB); **Isabel Kleefeld** (Buch / Regie), **Caroline Peters**, **Jörg Schüttauf** und **Matthias Brandt** (Darstellung) für „Arnies Welt" (ARD / WDR); **Rolf Basedow** (Buch), **Dominik Graf** (Regie), **Edgar Selge** und **Rosalie Thomass** (Darstellung) für „Polizeiruf 110: Er sollte tot" (ARD / BR). Unterhaltung: **Bora Dagtekin** (Headwriter), **Edzard Onneken**, **Oliver Schmitz** (Regie) und das Darstellerteam für „Türkisch für Anfänger" (ARD / BR / NDR); **Ool Osenbrügge** (Formatentwicklung), **Kurt Pongratz**, **Catharina Niens-Klees** (Regie) und **Jürgen von der Lippe** (Präsentation) für „Extreme Activity" (ProSieben). Information und Kultur: **Artem Demenok** (Buch / Regie), **Andreas Christoph Schmidt** (Produktion) für „Deutsche Lebensläufe: Fritz Lang" (ARD / SWR); **Katrin Rothe** (Buch / Regie) für „Stellmichein!" (ZDF); **Johann Feindt** und **Tamara Trampe** (Buch / Regie) für „Weiße Raben – Alptraum Tschetschenien" (ZDF / ARTE); **Sönke Wortmann** (Buch / Regie / Kamera) für „Deutschland. Ein Sommermärchen" (ARD / WDR); **Ralph Hötte**, **Kim Otto** und **Markus Schmidt** (stellv. für das Autorenteam) für die Beiträge „Bezahlter Lobbyismus in Bundesministerien" im Magazin „Monitor" (ARD / WDR). Besondere Ehrung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes: **Hape Kerkeling**. Sonderpreis Kultur des Landes NRW: **Ben Lewis** (Buch / Regie) für „Art Safari" (ZDF / ARTE). Publikumspreis der Marler Gruppe: **Jo Baier** (Buch / Regie), **Nadja Uhl** und **Aaron Altaras** (Hauptdarsteller) für „Nicht alle waren Mörder" (ARD / SWR / BR / RBB). Mercedes-Benz-Förderstipendium: **Thomas Durchschlag** (Buch / Regie) für „Allein" (ARD / WDR).

Der 5. Deutsche Hörfilmpreis des Deutschen Blinden- und Sehbehindertenverbandes (DBSV) ging „wegen seines konsequenten und nachhaltigen Engagements für den Hörfilm" an den MDR. Einen Sonderpreis erhielt die Audiodeskriptions-Fassung des Films „Netto" (ZDF) von **Robert Thalheim**.

Deutscher Synchronpreis 2007 – eine Auswahl der Preisträger. Weibliche Synchronarbeit: **Suzanne von Borsody** für die Synchronisation von Joan Allen in Sally Potters Film „Yes" (Neue Tonfilm München); männliche Synchronarbeit: **Stefan Krause** für die Synchronisation von Philip Seymour Hoffmann in „Capote" (Hermes Synchron); Nachwuchsleistung: **Friedel Morgenstern** für die Synchronisation von Abigail Breslin Hoffmann in „Little Miss Sunshine" (R.C. Production); Dialogbuch: **Matthias von Stegmann** für das Synchrondrehbuch von „Yes"; Synchronregie: **Axel Malzacher** für „Syriana"; TV-Serie: „Monk" (RTL, Hermes Synchron).

Deutsches FernsehKrimi-Festival 2007 in Wiesbaden – Deutscher Fernseh-Krimi-Preis: „Eine Stadt wird erpresst" (ZDF / ARTE) von **Dominik Graf**. Sonderpreise: **Anne Karlstedt** und **Dorothea Goldstein**, Redakteurinnen bei SAT.1, für die redaktionelle Leistung bei der Miniserie „Blackout – Die Erinnerung ist tödlich" sowie der Schauspieler **Roeland Wiesnekker** („Blackout"). Der Publikumspreis ging an „Polizeiruf 110: Kleine Frau" (RBB).

Der Fernsehjournalist **Bernhard Albrecht** ist bei dem erstmals verliehenen Medtronic Medienpreis – Medizin Mensch Technik mit dem

Ersten Preis für sein 2005 im Wissenschaftsmagazin Galileo auf ProSieben gesendetes Feature „Letzte Hoffnung Hirnschrittmacher" ausgezeichnet worden. **Torben Müller** erhielt für seine 2006 in Stern Gesund leben erschienene Reportage „Das Ende der Stille" über den Träger eines Cochlea-Hörimplantats den Zweiten Preis. **Martina Kellers** 2006 vom WDR gesendeter Rundfunkbeitrag „Rebellion im Krankenzimmer" über das Vordringen der evidenzbasierten Medizin im deutschen Gesundheitswesen wurde mit dem Dritten Preis bedacht.

Elisabeth Dostert aus der Wirtschaftsredaktion der SZ wurde für ihr Porträt „Der Durchboxer" der mit 5.000 € dotierte Karl-Buchrucker-Preis der Inneren Mission München zuerkannt. Preise zu je 3.000 € gingen an **Ralph Gladitz** für die TV-Reportage „Wenn Elefant und Löwe den Bolero tanzen" (BR) und an **Beate Schäfer** für einen Beitrag im „Notizbuch" (BR 2).

Matthias Drobinski und **Roland Preuß**, Politikredakteure der SZ, erhielten den mit 1.000 € dotierten Caritas Medienpreis 2007 der Erzdiözese München und Freising in der Sparte Print.

Philip Eppelsheim erhielt für den Artikel „Auf der Verliererebene" (FAZ) den mit 2.500 € dotierten Hessischen Jungjournalistenpreis „Für die lokale Presse", der vom Verband Hessischer Zeitungsverleger in Zusammenarbeit mit Prof. Dr. Siegfried Quandt ausgeschrieben wird. Ein mit 500 € dotierter Anerkennungspreis wurde **Katrin Huttel** für den Beitrag „Belegte Brötchen gegen tickende Zeitbomben" (Oberhessische Presse, Marburg) zugesprochen.

Das Künstler-Duo **Beate Geissler** und **Oliver Sann** (Köln) gewann mit der Videoarbeit „Fuck the War" den mit 5.000 € dotierten Preis der Videonale 2007 in Bonn.

Den Gerd-Bucerius-Förderpreis „Freie Presse Osteuropas 2007" vergibt die Zeit-Stiftung (Hamburg) gemeinsam mit der norwegischen Institution „Fritt Ord" (Oslo). Die Förderpreise gingen an die russische Journalistin **Natalia Nowoschiwola** aus Wladimir (10.000 €); das Online-Medium „Kaukasi Usel" (20.000 €); die Tageszeitung „Inform Polis" aus Burjatien (20.000 €); **Nascha Niva** aus Minsk (30.000 €); das Digital- und Printprojekt CDMAG in Weißrussland (20.000 €) und die Nachrichtenagentur Turan in Baku (30.000 €).

8. Landshuter Kurzfilmfestival – BMW Kurzfilmpreis: 1. Fair Trade von **Michael Dreher**, HFF München, 1.500 €; 2. Security von **Lars Henning**, Veit Helmer Filmproduktion, wrong directions filmproduktion 900 €; 3. Freihändig von **Christian Gillmann**, Internationale Filmschule Köln 600 €; Newcomer Publikumspreis: 1. Aschenbrüder von **Steve Walker**, Hochschule für Gestaltung und Kunst Zürich 500 €; 2. Spürst Du was? von **Michael Watzke**, Hummel Film 300 €; 3. Rosalie und Bruno von **Katharina Nobis**, Stromberg Productions 200 €. Lobende Erwähnung an „Die Eierbrecher" von **Emanuel Strixner**, Filmakademie Baden-Württemberg; Stadt Land Jugendpreis: 1. Wunderlich Privat von **Aline Chukwuedo**, dffb Berlin, 500 €; 2. Philantrop von **Jan Raiber**, Filmakademie Baden-Württemberg 300 €; 3. Am Ende des Tages von **Anna Kasten**, Fachhochschule Hannover, 200 €; Kinderfilmpreis: Hille & Hömmel von **Anke Fuchs**, 150 €; Agent 007 1/2 von **Anja Jacobs**, Filmakademie Baden-Württemberg

Den Hansel-Mieth-Preis für engagierte Reportagen 2007 der Reportage-Agentur Zeitenspiegel (Weinstadt), mit 6.000 € dotiert, erhielten zu gleichen Teilen **Hania Luczak** (Text) und **Andreas Reeg** (Fotos) für ihre Reportage „Ärzte in Not" (Geo) sowie **Christine Keck** (Fotos: Heinz Heiss) für den Beitrag „Die ersten Tage in Freiheit" (Stuttgarter Zeitung). Das ebenfalls mit 6.000 € dotierte Gabriel-Grüner-Stipendium ging an die Journalistin **Alexandra Frank** und den Fotografen **Arnold Morascher** für das Projekt, die Rolle von Frauen in der deutschen Neonazi-Szene zu untersuchen und darzustellen.

Der Hörbuchpreis „HörKules" 2007, ein von der „Buchwerbung der Neun" in München initiierter Publikumspreis des deutschen Buchhandels, wurde dem als Hörbuch (Der Hörverlag, München) veröffentlichten Hörspiel „Im Schatten des Windes" nach dem gleichnamigen Roman von Carlos Ruiz Zafón (WDR, Bearbeiter und Regisseur: **Martin Zylka**; Musik: **Pierre Oser**) zuerkannt.

Der Entertainer und Musiker **Guildo Horn** wird für die Moderation der Talkshow „Guildo und seine Gäste" (SWR) mit dem undotierten Medienpreis Bobby 2007 der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung ausgezeichnet. Prämiert werden auch der SWR und die Produktionsfirma Format.E TV Productions.

22. Internationales Filmfestival Mar del Plata in Argentinien – Preis des Verbands argentinischer Filmkritiker für den besten Film: „Der Mann von der Botschaft" (ZDF / ARTE) von **Dito Tsintsadze**; Drehbuchpreis: **Zaza Rusadze** und **Dito Tsintsadze**. Die Schauspielerin **Sandra Hüller** wurde für ihre Rolle in dem Film „Madonnen" von Maria Speth mit einem „Silbernen Astor" ausgezeichnet.

Internetpreis „Webfish" der EKD und des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP) – 1. Preis (1.500 €): Bibelprojekt BasisB (basisb.de); 2. Preise (je 750 €): die Website der Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche (gedaechtniskirche-berlin.de) und das Kinderportal Kirche-entdekken.de; Innovationspreis (500 €): Immobilien-Vermarktung kirchengrundstuecke.de; Förderpreis (500 €): Online-Materialbörse für die Jugendarbeit stoebern.istcool.de.

Journalistenpreis „Abdruck" der Initiative proDente – Kategorie Audiovisuelle Medien: 1. Preis: **Rainer Praetorius** (WDR); 2. Preis: **Ursula Hopf** („Mona Lisa", ZDF). Kategorie Print: 1. Preis: **Helge Sieger** (Mannheimer Morgen); 2. Preis: **Jutta Rippegather** (FR).

Dem Autor und Regisseur **Schorsch Kamerun** (Hamburg), bekannt geworden als Sänger der „Goldenen Zitronen", wurde für sein Hörspiel „Ein Menschenbild, das in seiner Summe null ergibt" (WDR 3) der diesjährige Hörspielpreis der Kriegsblinden / Preis für Radiokunst zuerkannt, der vom Bund der Kriegsblinden Deutschland und von der Filmstiftung NRW getragen wird.

Dieter Kosslick, Leiter der Internationalen Berliner Filmfestspiele, erhält den mit 8.000 € dotierten Helmut-Käutner-Preis 2007 der Stadt Düsseldorf.

Die Landeszentrale für Medien und Kommunikation (LMK) Rheinland-Pfalz vergab Förderpreise für Beiträge in Offenen Kanälen 2006 zum Thema „Die Welt zu Gast (bei uns)". 1. Preis (1.500 €): **Hüseyin Ertunc** (OK Ludwigshafen); 2. Preis (1.000 €): **Roland Stichler** (OK Kaiserslautern); 3. Preis (500 €): **Nermin Ramadan** (OK Südwestpfalz); Sonderpreise (je 250 €): **Frederic Kokott** (OK Trier) und **Silke Friedrich** (OK Rheinhessen-Mitte in Alzey). Die fünf beteiligten Offenen Kanäle erhielten einen Geldpreis von je 300 €..

Die LeadAwards werden von der LeadAcademy für Mediendesign und Medienmarketing e.V. vergeben. Eine Auswahl der Preisträger 2007: Editorial / VisualLeader des Jahres: 1. **Mirko Borsche** für die Gestaltung von Jetzt, SZ Magazin, SZ Diskothek, Neon usw.; 2. **Beda Achermann** für die Gestaltung von Why Not, Programmheft Schauspielhaus Zürich usw.; 3. **Christoph Niemann** für seine Illustrationen in The New Yorker, New York Times Magazin, SZ, Die Wirtschaftswoche, Greenpeace Magazin. LeadMagazin des Jahres:
1. SZ Magazin (Magazin Verlagsgesellschaft Süddeutsche Zeitung); 2. Stern (G+J); 3. AD Architectural

Digest (Condé Nast). Beitrag des Jahres: 1. „Murat Kurnaz" (Stern Nr. 41); 2. „Iranian Surface, American Surface" (032c Nr. 12); 3. „Sagen Sie jetzt nichts" (SZ Magazin Nr. 21 – 52). Fotografie / Foto des Jahres: 1. **Juan Medina** „Gestrandet" (Stern Nr. 20); 2. **Spencer Platt** „Sightseeing" (View Nr. 12); 3. **Laci Perenyi** „Kopfloser Abschied" (Stern Nr. 29). Reportagefotografie des Jahres: 1. **Edmund Leveckis** „Märchen aus dem Untergrund" (Lodown Nr. 51); 2. **Gary Schneider** „Fettsucht" (Neon Nr. 12); 3. **Allessandro Scotti** „Weltmacht Drogen" (Geo Nr. 11). Online / Web-Leader des Jahres: 1. „Last.FM"; 2. „Spiegel Online"; 3. „Xing" (Open Business Club). WebLog des Jahres: 1. „Teutonika" (Redpoint); 2. „Elektrischer Reporter" (Verlagsgruppe Handelsblatt); 3. „Bildblog" (B-Blog).

Der Kurt-Magnus-Preis der ARD geht in diesem Jahr (2. Preis, 6.000 €) an **Nadine Rüttinger** (30) vom BR für ihre Sendereihe „MoshPits", ein einstündiges Radio-Format. Der dritte Preis (5.000 Euro) ging an **Lena Bodewein** (32) von NDR-Info, die ein radiophones Feuilleton entwickelte. Zwei fünfte Preise (je 3.000 Euro) erhielten rbb-Reporter **Leon Stebe** (30) für seine Kurzfeatures und Reportagen zum Beispiel über den Hurrikan «Katrina» aus New Orleans und **Silke Becker** (31) vom WDR. Sie wurde für den Wissenswettbewerb «Schulduell» ausgezeichnet, an dem im vergangenen Jahr 336 Schulen aus Nordrhein-Westfalen teilnahmen. Die Jury vergab keinen ersten und keinen vierten Preis. Die Auszeichnung gilt als bedeutendster Förderpreis der ARD für den Hörfunk-Nachwuchs.

Joachim Mahrholdt, Redakteur in der Umwelt-Redaktion des ZDF, erhielt für seinen Beitrag „Geodaten" in der Sparte TV den Medienpreis des Deutschen Dachverbands für Geoinformation (DDGI). In der Sparte Print wurde Dr. **Max Rauner** für den Artikel „Die Merkels von nebenan" (Zeit Wissen) ausgezeichnet. Die Preise waren mit je 1.000 € dotiert.

Der Medienpreis „Herbert-Award" wird per Abstimmung von deutschen Leistungssportlern an Journalisten vergeben. Eine Auswahl der Preisträger – bester Sportmoderator: **Günther Jauch** (RTL); beste Sportsendung: „Das aktuelle Sportstudio" (ZDF); bester Live-Kommentator: **Béla Réthy** (ZDF); beste Sportfachzeitschrift: Sport Bild.

Der französische Hörfunk- und Fernsehjournalist **Michel Meyer**, Leiter des Senderverbundes Radio France Bleu, der u.a. zehn Jahre lang als Deutschland-Korrespondent für das französische Fernsehen aus Bonn berichtet hat, wird mit dem Ehrenpreis des Deutsch-Französischen Journalistenpreises 2007 gewürdigt.

Beim „One World International Human Rights Documentary Film Festival 2007" in Prag gewannen **Ulrike Franke** und **Michael Loeken** mit dem Dokumentarfilm „Losers and Winners – Arbeit gehört zum Leben" (WDR / ARTE) den Hauptpreis Best Film Award.

Preise für Filme, die von der ZDF-Nachwuchsredaktion „Das kleine Fernsehspiel" koproduziert wurden: Beim 12. Filmfestival Türkei / Deutschland in Nürnberg erhielt **Jule Böwe** für ihre Rolle in Ian Diltheys Film „Gefangene" den Preis als beste Hauptdarstellerin. In der Kategorie Dokumentarfilm wurde „Mein Tod ist nicht dein Tod" von **Lars Barthel** (Buch und Regie) mit dem Spezialpreis der Jury ausgezeichnet. Beim 14. Filmfestival „sguardi altrove" in Mailand gewann „Das Fräulein" von **Andrea Staka** den Hauptpreis der Jury.

Willi Reiners, Redakteur bei den Stuttgarter Nachrichten, wurde für seine sechsteilige Reihe „Unsere Gesundheit" der mit 2.500 € dotierte Publizistik-Preis 2007 der Stiftung Gesundheit zugesprochen.

Dr. **Dorothee Schmitz-Köster** erhielt für ihr Feature „Kind L364 – Szenen einer Lebensborn-Biografie" (Radio Bremen) den mit 1.000 € dotierten „Feature-Preis bremer hörkino", den das Bremer Medienbüro auslobt. **Mechthild Müser** wurde für „Charlie and his orchestra – Ein fast unbekanntes Kapitel nationalsozialistischer Radiogeschichte" (BR / RB) für Themenfindung und Recherche ausgezeichnet.

Vattenfall Journalistenpreis des Energiekonzerns Vattenfall Europe – 1. Preis (10.000 €): **Mario Kaiser** für „Die Schaubühne" (Spiegel); 2. Preis (5.000 €): **Inka Schmeling** für „Zettelwirtschaft" (FR); 3. Preis (2.500 €): **Andreas Molitor** für „Das Zimmermädchen" (Berliner Zeitung). Ein Sonderpreis ging an **Sebastian Glubrecht** für die Reportage „Bis dass der Tod euch scheidet" (SZ Magazin).

Clemens Verenkotte vom BR, Leiter des ARD-Hörfunkstudios in Tel Aviv, erhielt für seinen Beitrag „Die Irak-Akte" (BR) den mit 15.000 sfr dotierten Medienpreis Davos 2007, der von der regionalen Tourismusindustrie ausgeschrieben wird. Mit dem Sonderpreis für eine Nachwuchsjournalistin wurde **Alina Rütti** (Jugendzeitschrift high5) ausgezeichnet.

„Wächterpreis der Tagespresse" 2007 der Stiftung „Freiheit der Presse" – 1. Preis (12.000 €): **Marion Girke** und **Christian Denso**, Reporter des Hamburger Abendblatts, für die Beleuchtung von Missständen im Betreuungswesen anhand eines skandalösen Falls; 2. Preis (8.000 €): Zu gleichen Teilen an die SZ-Redakteure **Hans Leyendecker** und **Nicolas Richter** für ihre Berichte und Analysen zum Fall des von der CIA entführten Deutsch-Libanesen Khaled el-Masri; 3. Preis (6.000 €): **Ekkehard Rüger**, Redakteur der Burscheider Lokalausgabe der Westdeutschen Zeitung, für die Aufdeckung der Einflussnahme von Energiekonzernen auf Lokalpolitiker.

Christina Warta („Alltag in der Hölle-Süd") und **Marc Widmann** („Fußball von unten"), beide Mitarbeiter der SZ-Sportredaktion, wurden mit dem Helmut-Stegmann-Nachwuchsförderpreis des Vereins Münchner Sportjournalisten ausgezeichnet.

Lena Wessollek, Volontärin beim Life! Mediahouse (Hamburg), wurde mit dem 19. Reportagepreis der Akademie für Publizistik (Hamburg) in Höhe von 1.500 € ausgezeichnet, der für die beste Reportage vergeben wird, die im Rahmen der Volontärskurse im Jahr 2006 an der Akademie geschrieben wurde.

Anne Will, Moderatorin der ARD-„Tagesthemen", wird der mit 5.000 € dotierte Hanns-Joachim-Friedrichs-Preis für Fernsehjournalismus verliehen.

Der Autor **Feridun Zaimoglu** erhält den neu geschaffenen, mit 6.000 € dotierten Carl-Amery-Literaturpreis, den der Verband deutscher Schriftsteller in Bayern mit Unterstützung von ver.di und des Luchterhand Literaturverlags alle zwei Jahre vergibt.

• pausder@vdk.de • www.vdk-bayern.de

ABSTIMMUNG FÜR:

- [x] eine angepasste Sozialgesetzgebung der Kultur-, Medien- und Filmschaffenden
- [x] die Berücksichtigung von Tarifstandards in der Filmförderung

5 statt 12

Fünf Monate sozialversicherungspflichtige Zeit sind genug für das Arbeitslosengeld I

WIR FORDERN:

- die Bundesregierung zu einer Berücksichtigung der besonderen Arbeitsbedingungen in Film, Kultur und Publizistik auf. Nicht 12, sondern 5 Monate müssen ausreichen, um einen Anspruch auf Alg I zu gewährleisten. In anderen europäischen Ländern existieren vergleichbare Regelungen. In Deutschland ist es höchste Zeit nachzuziehen!
- dass die Filmförderungen der Länder und des Bundes sofort die Einhaltung der tarifvertraglichen Sozialstandards zur Bedingung der Förderfähigkeit machen. Die Gesetzgeber müssen die dahingehende Grundlage schaffen.

Lesen Sie die ausführliche Begründung unserer Forderung auf unserer Website **www.connexx-av.de/5statt12**. Dort können Sie online unterschreiben und Sie finden ein PDF mit der Begründung und der Unterschriftenliste.

Unterstützen Sie unsere Initiative mit Ihrer Unterschrift.
Bitte leiten Sie diesen Aufruf an alle Freunde, Bekannte und Kollegen weiter.
Damit wir politischen Druck entfalten können. Vielen Dank!

Der BundesFilmVerband in ver.di
Fachbereich Medien und connexx.av

connexx.av
tel: 0511.12 40 06 01
mail@connexx-av.de

ver.di
BundesFilmVerband
GermanFilmUnion
Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft

connexx.av

Die Interessenvertretung von Medienschaffenden.
Rundfunk, Film, AV-Produktion und Neue Medien